



Gemeinsam stark – für die Landwirtschaft!

Geschäftsbericht des Deutschen
Bauernverbandes 2023/2024



Inhalt

- 03 Vorwort**
- 04 Spitzenverband der Landwirtschaft**
 - 04 Der DBV
 - 05 DBV bei Parteitagen
- 06 Einsatz und Erfolge**
- 08 Schwerpunkt - Wirtschaftliche Perspektiven schaffen – Demokratie sichern**
 - 08 "Zeitwende" erfordert Rückbesinnung auf Wettbewerbsfähigkeit
 - 09 Bauernproteste - medial und gesellschaftlich ein voller Erfolg
 - 10 Mobilisierung schafft politischen Erfolg
 - 11 Der Green Deal - Umsetzung mit der Landwirtschaft weiterdenken
 - 13 Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau
 - 14 Land neu wertschätzen als Transformationsraum und Demokratiewerkstatt
- 17 Unternehmerinnen im DBV**
- 18 Projekt #Zukunftsbauer**
- 19 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**
- 20 Agrarstruktur- und Regionalpolitik**
- 22 Betriebswirtschaft**
- 24 Gemeinsame Europäische Agrarpolitik GAP**
- 26 Tierische Erzeugung**
 - 26 Schweine- und Rindfleischmarkt
 - 27 Milchproduktion
 - 29 Eier und Geflügel
 - 30 Schaf-, Ziegen-, landwirtschaftliche Wildhaltung und Pferdehaltung
 - 31 Tiergesundheit
 - 33 Futtermittel
- 34 Pflanzliche Erzeugung**
 - 34 Getreide
- 35 Saatgutfragen
- 35 Eiweißpflanzen
- 36 Kartoffeln
- 37 Obst, Gemüse und andere Sonderkulturen
- 37 Pflanzenschutz
- 38 Öko-Landbau und Regionalvermarktung**
- 41 Energiepolitik**
- 42 Umweltpolitik und -recht**
 - 42 Klimaschutz und Biodiversität
 - 44 Umwelt-, Natur und Gewässerschutz
 - 45 Wolf und Weidetierhaltung
- 46 DBV-Projekte für praxistaugliche Strategien im Natur- und Klimaschutz**
 - 46 Dialog- und Demonstrationsprojekt F.R.A.N.Z.
 - 47 Kooperationsprojekt HumusKlimaNetz
 - 47 Kooperativenprojekt MoNaKo
- 48 Ländlicher Raum**
 - 48 Lebensraum und Wirtschaftsstandort
 - 50 Waldwirtschaft und Jagd
 - 50 Urlaub auf dem Bauernhof und Landurlaub liegen im Trend
- 52 Recht und Steuern**
 - 52 Allgemeine Rechtsfragen
 - 53 Steuerrecht und Steuerpolitik
 - 54 Lebensmittelrecht
- 55 Bildung, Innovation, Forschung**
 - 55 Berufsbildung, Bildungspolitik und Nachwuchswerbung
 - 56 Schorlemer Stiftung des DBV
 - 57 Wissenschaft, Forschung und Innovation
 - 58 Bund der Deutschen Landjugend
 - 58 Andreas Hermes Akademie
- 59 Agrarsozialpolitik**
- 61 Agrarpolitische Zeittafel 2023**
- 67 Impressum**

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Freiheit und Demokratie – dafür steht die Europäische Union, dafür stehen wir deutschen Bauern! Die Landwirtschaft ist ein zentraler Stabilitätsanker der EU und Garant für Versorgungssicherheit. Weltweite Krisen, allen voran die Folgen des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die Auswirkungen des Klimawandels stellen die Landwirtschaft vor enorme Herausforderungen. Damit wir diese bewältigen können, müssen wir Landwirte zusammenstehen, denn daraus erwächst Stärke. „Gemeinsam stark – für die Landwirtschaft“ lautet daher auch der Titel unseres diesjährigen Geschäftsberichts.

Eindrückliches Beispiel für Zusammenhalt und Stärke sind unsere Proteste, mit denen wir viel erreicht haben: Die Kfz-Steuerbefreiung bleibt erhalten und der Agrardiesel-Wegfall konnte gestreckt werden. Zudem haben wir ein Umdenken der europäischen Institutionen bewirkt, so dass zahlreiche wichtige Entlastungsmaßnahmen für die Landwirtschaft auf den Weg

gebracht wurden. Wir haben in Politik und Gesellschaft ein neues Bewusstsein für die Herausforderungen auf unseren Betrieben geschaffen. Und vor allem haben wir gezeigt, dass unser Berufsstand fest in der politischen Mitte dieses Landes verankert ist.

„Klima schützen, Artenvielfalt erhalten und Ernährung sichern“: Das bleibt unser Antritt, um unsere Landwirtschaft zukunftsfest weiterzuentwickeln. Das geht aber nur, wenn unsere Betriebe im Wettbewerb bestehen können und nicht von übermäßigen bürokratischen Auflagen ausgebremst werden. Es ist an der Zeit, endlich dafür die passenden politischen Rahmenbedingungen zu setzen. Dafür werden wir uns weiterhin mit größtem Nachdruck einsetzen.

Allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im und außerhalb des Bauernverbandes danken wir herzlich für ihre Unterstützung!

Joachim Rukwied
Präsident des Deutschen Bauernverbandes

Bernhard Krüsken
Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes



Spitzenverband der Landwirtschaft

DER DEUTSCHE BAUERNVERBAND

Der DBV ist **Unternehmerverband und Interessenvertreter für alle Landwirte, ihre Familien und die ländlichen Räume, wurde 1948 gegründet und ist parteipolitisch unabhängig.** Über 90 Prozent der rund 275.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind freiwillig Mitglied.

Der DBV

Der DBV ist zentraler Ansprechpartner für alle politischen Parteien und Organisationen auf nationaler und europäischer Ebene. Als Mitglied im **europäischen Bauernverband** und im **Weltbauernverband** ist er international sehr gut vernetzt.

Mitglieder des DBV

sind 18 **Landesbauernverbände**, der **Deutsche Raiffeisenverband** und der **Bundesverband landwirtschaftlicher Fachbildung**. An der Seite des DBV stehen zudem der Bund der Deutschen Landjugend, der **Deutsche LandFrauenverband** und weitere **assoziierte Mitglieder**.

Die **jährliche Mitgliederversammlung** trifft die grundlegenden **Entscheidungen** des Verbandes. Rund 450 Delegierte wählen alle vier Jahre den **Präsidenten und Vizepräsidenten**. Das **Präsidium** trifft die politischen Entscheidungen und beschließt den Haushalt. In den rund 20 **Fachausschüssen** werden die Fachthemen unter Einbindung aller Regionen beraten.

Das Haus der Land- und Ernährungswirtschaft HdLE ist zentraler Hauptstadt-Standort des DBV und von mehr als 40 weiteren „grünen“ Verbänden und Organisationen. Die HdLE Immobilien- und Tagungsmanagement GmbH organisiert das Arbeiten und Tagen – zunehmend auch für externe Nutzer außerhalb des Agribusiness.

Der DBV arbeitet eng mit anderen **Spitzenverbänden und Organisationen** zusammen, ist in den vor- und nachgelagerten Stufen aktiv und in über 40 Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene Mitglied, um die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten.

Die DBV-Service GmbH bietet allen Mitgliedern ein deutschlandweites **Service- und Dienstleistungspaket** mit attraktiven Rabatten. Zudem organisiert die Organisation Großveranstaltungen wie Bauerntage und Messen.



Quelle: Ulrich Gunka für DBV



Quelle: DBV



Quelle: Philipp Weiser

DBV BEI PARTEITAGEN

Die Präsenz auf Parteitag ist ein wichtiger Baustein in der politischen Arbeit des DBV. Hier kommen die ehren- und hauptamtlichen Vertreter des DBV mit politischen Entscheidungsträgern intensiv ins Gespräch, um Sichtweisen sowie Forderungen des Berufsstandes zielgerichtet zu platzieren.

Kerngeschäft der Interessenvertretung
Die Präsenz auf Parteitag gehört zum Kerngeschäft der Interessenvertretung. Dies bietet die Möglichkeit, viele politische Gespräche konzentriert an einem Ort und mit einer Vielzahl an Verantwortungsträgern zu führen. Wer die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik führen will, muss ins Gespräch gehen.

Im vergangenen Jahr zeigte der DBV auf dem Bundesparteitag der FDP, auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Bündnis 90/Die Grünen sowie auf dem Parteitag der SPD erneut Standpräsenz. Neben der FDP und den Bündnis 90/Die Grünen war der DBV in diesem Jahr auch wieder bei dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands vertreten.

Konstruktiver politischer Dialog unverzichtbar

Dieses Format erweist sich als überaus positiv für den politischen Dialog. Vertreter des Bauernverbandes nutzen diese Plattform, um konstruktive Diskussionen



Quelle: Andreas Prott/AdobeStock

über Chancen und Herausforderungen moderner Landwirtschaft mit den unterschiedlichen politischen Akteuren zu führen. Damit hat der Verband, unterstützt von Landes- und Kreisverbänden, einen wichtigen Beitrag geleistet, Perspektiven für lebenswerte ländliche Räume über Interessen- und Parteigrenzen hinweg aufzuzeigen und zu multiplizieren. Die hohe Bedeutsamkeit der Parteitage für den DBV spiegelt sich zudem in den verhandelten Themen wider. So sind mehrere aus landwirtschaftlicher Sicht bedeutende Anträge diskutiert worden, die vor dem

Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Versorgungslage samt Ampel-Konstellation zu sehen sind. Neben den entscheidenden Themen Haltungs- und Herkunftskennzeichen sowie SUR und der Debatte um Neue Züchtungsmethoden stand vor allem die Programmatik der Europawahl in diesem Jahr im Fokus.

Der DBV wird auch im Jahr 2024 im besten Sinne politischer Influencer sein und neben den Bundesparteitag ebenfalls auf anderen politisch bedeutenden Veranstaltungen präsent sein.

Einsatz und Erfolge

des Deutschen Bauernverbandes 2023/2024

Der DBV setzt sich bei allen agrar- und umweltpolitischen Themen kontinuierlich und engagiert für die Interessen der Bäuerinnen und Bauern, der Landwirtschaft und des ländlichen Raums ein. Darüber gibt dieser Geschäftsbericht für die einzelnen Arbeitsbereiche umfassend Auskunft. Bei etlichen Themen konnten beachtliche konkrete Erfolge erzielt werden. Die wichtigsten Erfolge aus dem Jahr 2023 bis zum Frühjahr 2024 sind hier in aller Kürze aufgeführt:

Die Landwirtschaft

und die Herausforderungen für unsere Betriebe sind wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit – starkes Medien-echo rund um die

Bauernproteste 2023/24

Die Bauernproteste

haben ein deutliches **Stoppchild** gegen Wettbewerbsnachteile sowie politische und gesetzgeberische Übergriffe gesetzt



Erhalt der Kfz-Steuerbefreiung

für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge

Die Fortführung der einkommensteuerlichen Tarifglättung

ist auf dem Weg

Deutliche Überarbeitung des europäischen Naturwiederherstellungsgesetzes

(NRL nature restoration legislation) im Sinne der Landwirtschaft

Streichung der Stilllegungsverpflichtung

der (GLÖZ 8) und zusätzliche Flexibilisierungen in den Regeln zur Konditionalität für die GAP-Förderung 2024 und Folgejahre

Zusagen

der Bundesregierung zum **Bürokratieabbau, zur Entlastung** der Landwirtschaft und zur Prüfung einer **Steuerbefreiung für erneuerbaren Agrardiesel**



Die Rinderhaltung

bleibt aus den europäischen Vorgaben zum

Immissionschutzrecht

ausgenommen, **keine** zusätzlichen immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich



Vollständige Zurückweisung der verschärften europäischen Pflanzenschutz-Anwendungsregelung

(SUR sustainable use regulation) mit pauschalen Reduktionszielen und Verboten des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten



Tierwohlvorrang

im Baurecht

Erfolgreicher Abschluss des EU-Forschungsvorhabens

Contracts2.0 Handbuchs

mit zahlreichen Empfehlungen für die Gestaltung von ökologisch wirksamen, wirtschaftlich tragfähigen und praktikablen Agrarumweltprogrammen

Unbegrenzte Hinzuverdienstmöglichkeiten für Bezieher einer vorzeitigen Altersrente



Ausbau der Mehrwert-Programme in den Systemen QM und ITW für

höhere Haltungsstufen

mit Mehrerlösen für Milchvieh- und Schweinehalter

Agri-PV

bekommt Zuschlag im EEG von 2023 bis 2028 und die **Flächen bleiben im landwirtschaftlichen Grundvermögen**



Streichung der unentgeltlichen Duldungspflicht

für die Erschließung von Erneuerbare-Energie-Anlagen auf **privaten Grundstücken**

Die Wiederzulassung eines Totalherbizids

erfolgte nicht nach ideologischen, sondern nach fachlichen Kriterien



EU-Kommission stellt offiziell fest, dass der Wolf nicht mehr gefährdet ist und schlägt

Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes vor.

Das Europäische Parlament unterstützt in einer Entschließung zum Wolf zentrale Forderungen der Weidetierhalter und fordert die EU-Kommission auf, den Schutzstatus des Wolfes zu überprüfen

Stabile Ausbildungszahlen

in der Landwirtschaft

Selbstfahrende Arbeitsmaschinen

können weiterhin über die **Betriebshaftpflicht** versichert werden.



Erfolgreicher Einsatz für einen Rechtsrahmen für

neue Züchtungstechniken

und **gegen Patente**

in der Pflanzenzüchtung

DBV und Weidetierhalter kündigen ihre Mitarbeit im Bundeszentrum für Weidetiere und Wolf,

da das BZWW den Ansprüchen nicht gerecht wird und wesentliche Themen nicht aufgegriffen und gelöst werden

Start des neuen Modellprojektes

Mo·Na·Ko zur Modellhaften Erprobung von Naturschutz-Kooperativen

nach niederländischem Modell als Innovation der Agrarumweltförderpolitik

Start des Projektes HumusKlimaNetz

gemeinsam mit dem BÖLW auf insgesamt 150 Demonstrationsbetrieben zur Erprobung und Umsetzung von humusfördernden Maßnahmen im Sinne des Boden- und Klimaschutzes





Schwerpunkt Wirtschaftliche Perspektiven schaffen – Demokratie sichern

Quelle: DBV

“ZEITWENDE” ERFORDERT RÜCKBESINNUNG AUF WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die Bauernproteste rund um die Jahreswende 2023/24 haben vor allem eines deutlich gemacht: Landwirtschaft in Deutschland kann ihren Herausforderungen und Aufgaben nur gerecht werden, wenn sie wettbewerbsfähig aufgestellt ist, wirtschaftlich nachhaltig agieren kann und für Investitionen in die Zukunft auf verlässliche Rahmenbedingungen bauen kann.

Konsequentes Umsteuern in der Agrarpolitik unverzichtbar

Auf allen drei Handlungsfeldern - Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Nachhaltigkeit und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in die Zukunft - hat die Agrarpolitik in den zurückliegenden Jahren aber in eine andere Richtung gesteuert: in Europa mit einer überzogenen und handwerklich mangelhaften Umsetzung eines Green Deal und mit ungebremster Bürokratisierung der GAP; auf



nationaler Ebene mit immer mehr gesetzgeberischen Alleingängen, die eben nicht dem Umwelt-, Tier- und Klimaschutz gedient haben, sondern allenfalls Anreiz für die Verdrängung landwirtschaftlicher Erzeugung in andere Teile Europas waren. Auch die sprichwörtliche kleinteilige regulatorische Gängelung ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

Die Erfahrungen aus der Corona-Krise, vor allem aber die geo- und sicherheitspoliti-



schen Folgen des andauernden russischen Angriffskrieges hätten nicht erst seit dem vergangenen Jahr ein konsequentes Umsteuern erfordert. Die Rhetorik von der „Zeitenwende“ bleibt aber in der Agrarpolitik praktisch folgenlos. Hinzu kommt, dass auch länger zurückliegende politische Fehlentscheidungen zu korrigieren wären, wenn man die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft ernst nehmen würde.

Proteste waren wichtiges Korrektiv für die Politik

Daher waren die Proteste folgerichtig, ein notwendiges Korrektiv für die Politik und last but not least erfolgreich. Den dadurch ausgelösten [politischen Prozess](#) – der noch nicht abgeschlossen ist - wollen wir in diesem Schwerpunkt beleuchten und einige Hintergründe darstellen, angefangen bei der europäischen Politik bis hin zu unserem [Forderungskatalog](#) zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Bürokratieabbau. Wichtiger Teil dieses Schwerpunktes ist die Auflistung der [verbandspolitischen Erfolge](#), die die augenfälligsten Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit im Berufsstand und der gemeinsamen Proteste sind.

Bekenntnis zur Landwirtschaft muss verlässlich sein

Die einsame Agrardiesel-Entscheidung



der Ampelkoalitionäre hat aus der Sicht der Landwirte deutlich offengelegt, dass es der Politik eben nicht um „Transformation“ im Dialog auf Augenhöhe geht, sondern dass im Zweifelsfall das Bekenntnis zur Landwirtschaft aus der politischen Sonntagsrede für einen fiskalischen



Übergriff über Bord geworfen wird. Die Agrardiesel-Entscheidung war auch mehr als der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat: es war eine weitere, wirtschaftlich äußerst schmerzhaft Mehrbelastung die man „einfach so“ der Landwirtschaft aufgebürdet hat.



BAUERNPROTESTE - MEDIAL UND GESELLSCHAFTLICH EIN VOLLER ERFOLG

Die Bauernproteste haben die politische Agenda in Berlin und Brüssel verändert. Da sich der DBV an die Spitze der Proteste gestellt hat, hatte Bauernpräsident Rukwied eine außergewöhnlich hohe mediale Präsenz und war das Gesicht der Bauernproteste.

Die Politik löst eine nie da gewesene Protestwelle aus

Die Meldungen am 14. Dezember 2023, dass die Bundesregierung die Kfz-Steuerbefreiung von landwirtschaftlichen Fahrzeugen und die Agrardieselerückstattung in einer Summe von fast einer Milliarde streichen wolle, löste eine nie dagewesene Protestwelle in der gesamten Agrarbranche aus. Sehr schnell wurde im DBV entschieden, noch vor Weihnachten am 18. Dezember 2023 eine [Großdemonstration in Berlin](#) zu veranstalten. Rund [10.000 Landwirte mit etwa 3.000 Traktoren](#) nahmen teil und verschafften so ihrem Unmut deutliches Gehör. In der darauffolgenden bundesweiten Protestwoche Anfang Januar 2024, die ebenfalls vom DBV ausgerufen wurde, waren zeitweise über



Quelle: Philipp Weiser

100.000 Traktoren gleichzeitig auf den Straßen unterwegs. Auf tausenden Kundgebungen im ganzen Land, organisiert von den Landes- und Kreisbauernverbänden, demonstrierten die Landwirtinnen und Landwirte gegen die geplanten Steuererhöhungen. Die Protestwoche mündete in einer weiteren [Großdemonstration](#) am 15. Januar 2024 in Berlin, für die sich etwa 30.000 Menschen mit rund 10.000 Traktoren auf den Weg nach Berlin machten. Dieser Demo schlossen sich auch andere Berufsgruppen wie etwa das Transportgewerbe, das Handwerk sowie die Gastronomie an.

Türöffner für Gespräche über weitergehende Entlastungen

Die [Proteste](#) waren ein großer Erfolg: Die Bäuerinnen und Bauern haben es geschafft, die politische Agenda in Berlin und Brüssel zu verändern. Der Plan, die grünen Kennzeichen abzuschaffen, wurde bereits kurz nach Beginn der Demonstrationen zurückgenommen und die Agrardieselabschaffung wurde zumindest gestreckt. Darüber hinaus wurden mit den Bauernprotesten Türen aufgestoßen, die Gespräche über wichtige weitergehende Entlastungen für die Landwirtschaft, wie

Von den 27 Einzelinitiativen in der ursprünglichen Farm-to-Fork-Strategie wurde beispielsweise rund die Hälfte bis auf Weiteres verschoben oder wie bei der Verordnung für die [nachhaltige Nutzung von Pflanzenschutzmitteln](#) (SUR) von der Kommission wieder zurückgezogen.

Landwirtschaft hat hohen Stellenwert bei Politikgestaltung

Auch im vergangenen Geschäftsjahr ist es den deutschen und europäischen Verbandsvertretern insofern gelungen, den hohen Stellenwert und Einfluss der Landwirtschaft in der europäischen Politikgestaltung geltend zu machen. Durch enge Anbindung an die deutschen Europaabgeordneten konnte der DBV gezielt und erfolgreich in einzelne Verfahren eingreifen. Bis zuletzt haben auch die europäischen Protestaktionen nachhaltigen Eindruck in Brüssel hinterlassen und unter anderem die von der Kommission initiierte dauerhafte Flexibilisierung der erweiterten Konditionalität bis zum Ende der laufenden Förderperiode motiviert.

DBV steht zu den Zielen des Green Deal

Gleichwohl steht der DBV weiterhin zu den Zielen des Green Deal und ist bereit, den konstruktiven Dialog über dessen Umsetzung weiterzuführen. Als einer von wenigen Sektoren ist die Landwirtschaft auch in der Lage, die aktuell geltenden sektoriellen Klimaziele zu erreichen und die Transformation zu nachhaltigerer Produktionsweise aktiv mitzugestalten. Allerdings darf man angesichts der korrigierenden Wirkung von Parlament und Mitgliedstaaten bei Agrar- und Umweltthemen konstatieren, dass der ordnungsrechtliche Ansatz der Green Deal-Instrumente mit pauschalen Zielen und ohne Gegenfinanzierung oder Anreize gescheitert ist. Für die Zielerreichung politischer Ambitionen setzt der DBV deshalb klar auf einen kooperativen Ansatz auf Augenhöhe mit der Landwirtschaft.

Kooperativer Klima- und Naturschutz mit wirtschaftlichen Perspektiven

Mittelpunkt europäischer Gesetzgebung für die Land- und Forstwirtschaft sollte zukünftig der kooperative Klima- und Naturschutz sein. In der Vergangenheit hat die europäische Gesetzgebung vor allem den Klima- und Umweltschutz priorisiert, ohne dabei die wirtschaftlichen Folgen für landwirtschaftliche Betriebe und Produktionskapazitäten abzuwägen.

In der Zwischenzeit ist die vordergründige Stellung des Narrativs der nachhaltigen Wirtschaftstransformation mit Fokus

auf Umwelt und Klima dem Thema der Wettbewerbsfähigkeit Europas gewichen. Entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung des Green Deals wird die wirtschaftliche Tragfähigkeit politischer Verordnungen sein, die die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit entsprechend berücksichtigt.

Landwirte intensiv in strategischen Dialog einbinden

Um zukünftig eine erfolgreiche Umsetzung europäischer Agrarpolitik zu gewährleisten, fordert der DBV eine deutlich stärkere Konsultation landwirtschaftlicher Verbände und die Berücksichtigung des Anliegens einer sicheren Nahrungsmittelversorgung, bevor Gesetzesvorschläge

veröffentlicht werden. Der begonnene strategische Dialog mit der Landwirtschaft bietet die Möglichkeit, den Gesetzgebungsprozess und die Unterstützung durch Landwirte auf eine gute Grundlage zu stellen.

In seinem [Kernanliegen-Papier](#) für die Europawahl und die anstehende neue Legislaturperiode formuliert der DBV einen gesamtheitlichen Überblick mit Ansätzen und Instrumenten, die die Ziele des Green Deals praxisnah und umsetzbar machen und somit die fortwährende Umsetzung europaweit anwendbar weiterdenken. Auch für die Zukunft bekennt sich der DBV zu Europa und setzt auf starke europäische Institutionen und eine transparente Gesetzgebung.

Europawahl 2024

Wahlausgang und Erstanalyse der neuen Ansprechpartner für die Landwirtschaft

Die beiden größten politischen Parteienfamilien Europas - die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialisten und Demokraten (S&D) - konnten sich bei den EU-Wahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 behaupten, während Renew und die Grünen Sitze einbüßten. Zugelegt haben indes die rechts außen Parteien Europäische Konservative und Reformisten (ECR) sowie Identität und Demokratie (ID).

CDU und CSU schicken unverändert 23 bzw. 6 Abgeordnete nach Brüssel, die FDP unverändert 5. Die SPD muss leichte Verluste hinnehmen und kommt nun auf 14 statt 16 Abgeordnete. Größere Verluste gibt es bei Bündnis 90/Die Grünen, die von 21 auf 12 Sitze fallen. Das Bündnis-Sarah-Wagenknecht gewinnt mit 6 Sitzen erstmalig Sitzplätze im Europäischen Parlament. Die AFD hat 4 Sitze hinzugewonnen und kommt nun auf 15. Die Freien Wähler haben mit 3 Abgeordneten einen Sitz hinzugewonnen. Schließlich verliert die Partei Die Linke zwei Sitze von 5 auf 3. Neben den etablierteren Parteien haben zusätzlich einige Kleinparteien den Einzug ins Europäische Parlament geschafft.

Viele wichtige Ansprechpartner für die Landwirtschaft haben den Wiedereinzug ins Parlament geschafft. Insgesamt sind 60 der 96 deutschen Abgeordneten bereits Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Martin Häusling von den Grünen und Stefan Köhler von der CSU sind zwei aktive Landwirte unter den Abgeordneten. Weitere wiedergewählte Abgeordnete von Bedeutung für die Landwirtschaftspolitik sind Norbert Lins, zuletzt Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses, Christine Schneider und Lena Düpont, jeweils CDU, Maria Noichl, SPD, und Jan-Christoph Oetjen, FDP. Die bayerische Landesbäuerin Christine Singer, Freie Wähler, wurde erstmals ins Parlament gewählt.

Als größte Fraktion wird die EVP zum neuen Königsmacher für Kompromisse in den kommenden Parlamentsverfahren. Noch unklar sind die neue Rollenverteilung und Verantwortlichkeiten der Abgeordneten in den Ausschüssen. Der DBV blickt weiterhin konstruktiv auf die kommende Zusammenarbeit mit Abgeordneten und Mitarbeitern des Europäischen Parlaments.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND BÜROKRATIEABBAU

Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Deutschland ist in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich unter Druck geraten. Angestiegen sind indes die Belastungen durch Bürokratie, unsinnige Kontrollen und Regularien, aber vor allem durch nationale Sonderregelungen. Dies schwächt die heimische Landwirtschaft innerhalb des europäischen Wettbewerbs zunehmend. Der DBV fordert daher ein umfassendes Bürokratieentlastungs- und Wettbewerbsstärkungsprogramm.



Quelle: StockPhotoPro/ AdobeStock

DBV fordert Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit

Die aktuelle wirtschaftliche Lage erfordert in allen Bereichen des landwirtschaftlichen Sektors dringend Entlastungen für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Nach der enttäuschenden [Steuererhöhung beim Agrardiesel](#) und der damit verbundenen inakzeptablen Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im europäischen Binnenmarkt fordert der DBV kurzfristig einen gleichwertigen und angemessenen Ausgleich. Zur Stärkung des einzelbetrieblichen Risikomanagement müssen auch steuerliche Entlastungen und Maßnahmen, insbesondere eine rechtsformneutrale Risikorücklage sowie die Tarifglättung auf den Weg gebracht werden.

Ferner können die Überarbeitung von Vorgaben und Verfahren zu einer europäischen Gleichgestaltung in der Tierhaltung, im Pflanzenschutz und Düngerecht, aber auch innerhalb der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik zur Entlastung beitragen.

Erzeuger auch auf nationaler Ebene stärken

Auf nationaler Ebene ist die Stärkung des Erzeugers innerhalb der Wertschöpfungskette eine wichtige Maßnahme für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. So hat zwar die Evaluierung des Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetzes

gezeigt, dass sich erste Erfolge abzeichnen und verbotene Geschäftspraktiken zurückgedrängt werden. Die 11. Novelle des [Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen](#) (GWB) hat Abhilfemaßnahmen geschaffen, die es dem Bundeskartellamt ermöglichen, auf Ungleichgewichte innerhalb des Marktes einwirken zu können und für mehr Wettbewerb auf stark verfestigten Märkten zu sorgen. Damit wurden jedoch nur erste Prozesse in Gang gesetzt, die die Position der Landwirte innerhalb der Wertschöpfungskette verbessern können. Der DBV wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass gegen problematische Geschäftspraktiken in der Lebensmittellieferkette vorgegangen und der wettbewerbschädlichen Marktmarkt des Lebensmittelhandels entgegengetreten wird.

Gegengewicht zum Lebensmitteleinzelhandel ermöglichen

Innerhalb der bevorstehenden 12. Novelle des GWB sind daher weitere Maßnahmen notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu stärken. Über die bestehenden kartellrechtlichen Möglichkeiten hinaus, muss es den von Landwirten getragenen Verarbeitungs- und Vermarktungsorganisationen ermöglicht werden, sich zusammenzuschließen. Das Kartell- und Wettbewerbsrecht darf nicht länger Landwirte und deren Vermarkter daran hindern, Gegengewichte zum Handel zu bilden. Die Ausnahme vom Kartellverbot für Nachhaltigkeitsinitiativen nach Artikel 210a GMO ist ein guter Ansatz, um die Position der Landwirte durch Zusammenschlüsse zu stärken. Diese Möglichkeit muss inner-

halb der Lebensmittelversorgungskette sichtbarer werden.

Das Voranbringen der Wettbewerbsfähigkeit stärkt nicht nur der Landwirtschaft den Rücken, sondern dient auch als gesamtgesellschaftlicher Motor des ländlichen Raumes.

DBV fordert wirksame Entbürokratisierung

„Eine ernst gemeinte und wirksame Initiative zur Entbürokratisierung auf nationaler und europäischer Ebene“ – das ist nur eine der Forderungen, die der DBV in einem offenen [Brief an den Bundeskanzler](#) Olaf Scholz am 30. Januar 2024 im Zuge der Streichung der steuerlichen Rückerstattung des Agrardiesels richtete. Es ist einer der ersten Schritte, die es braucht, um die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft wiederherzustellen.



Die landwirtschaftlichen Betriebe stehen einer Bürokratie mit unerträglichem Ausmaß gegenüber. In den Bereichen der tierischen und pflanzlichen Erzeugung, im Umwelt- und Baurecht aber auch im Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht bestehen unnötige Kontrollen und Regularien, die

enorme zeitliche und finanzielle Kapazitäten fordern.

Die Pläne der Bundesregierung reichen nicht aus, um für spürbare Entlastungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland, geschweige denn für den Agrarsektor zu sorgen. Es ist daher dringender Handlungsbedarf geboten. Entlastungsmaßnahmen müssen praxisorientiert und unter Einbeziehung der betroffenen Wirtschaftsbereiche entwickelt werden. Gleichzeitig müssen überholte und widersprüchliche Vorschriften konsequent gestrichen werden. Nationale Alleingänge müssen unbedingt vermieden werden, um

keine zusätzlichen Benachteiligungen im europäischen Vergleich zu schaffen.

DBV übergibt Forderungskatalog für Entlastungen an Agrarminister der Bundesländer

Mit einem von DBV und Landesverbänden entwickelten Katalog der fundamentalsten Forderungen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse und Belastungen der Landwirtschaft hat sich der [DBV an die Agrarminister der Bundesländer](#) gerichtet. Die Regierungen von Bund und Ländern sind gefordert, ihr Versprechen zum Bürokratieabbau umzusetzen und die einge-

reichten Entbürokratisierungsvorschläge ernst zu nehmen, um die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland nicht noch mehr zu belasten.



LAND NEU WERTSCHÄTZEN ALS TRANSFORMATIONSPUNKT UND DEMOKRATIEWERKSTATT

Landwirtschaft und ländliche Räume sind untrennbar miteinander verbunden. Die Bauernfamilien sind dort nicht nur das wirtschaftliche Rückgrat, sie sind zudem in ihrer Region fest verwurzelt und prägen das Bild der ländlichen Räume – als Arbeitgeber, im Gemeinderat und in Vereinen, sie pflegen die Kulturlandschaften und sichern durch Steuern und Abgaben die kommunalen Haushalte. Damit prägen die Landwirtinnen und Landwirte ganz entscheidend die Lebensqualität auf dem Land.

Transformation bringt multiple Herausforderungen

Die ländlichen Räume haben in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedliche Ausprägungen des gesellschaftlichen Wandels erlebt. Dazu zählten u.a. Gebietsreformen, der Ab- und Umbau öffentlicher und privater Daseinsvorsorgeeinrichtungen, die Abwanderung junger Menschen, die punktuelle Zuwanderung von Familien und Älteren, schließlich der Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft und zudem die veränderten Anspruchshaltungen an ländliche Räume im Zusammenhang mit der Trans-



Quelle: Erwin Koch

formation. Gerade die Herausforderungen der Transformation werden besonders in den ländlichen Räumen spürbar:

- Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen bringt enorme Flächenbedarfe für Windenergieanlagen und Freiflächenphotovoltaik mit sich.
- Der steigende Bedarf an biogenen Rohstoffen aus der Industrie wird neue Land- und Forstwirtschaftsflächen beanspruchen.
- Der Erhalt der Biodiversität benötigt zusätzliche Schutzgebiete.
- Der Wasserschutz und die Bindung von Kohlenstoff im Boden verändern Bewirtschaftungsformen.
- Die Mobilitätswende bringt insbesondere Mobilitätskulturen und Routinen der ländlichen Bevölkerung unter erheblichen Veränderungsdruck und neue Wohnformen werden auch auf dem Land erforderlich.

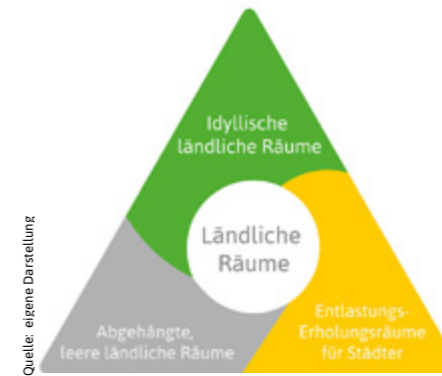
Die Zunahme der gesellschaftlichen Relevanz der ländlichen Räume bringt auch ein wachsendes politisches und mediales Interesse mit sich.

Wie kann die Transformation gelingen?

Eine erfolgreiche Transformation findet jedoch nicht nur auf technologischer Ebene statt, sondern hängt maßgeblich von der Einbindung der Menschen ab. Die Menschen im ländlichen Raum sind sein soziales und wirtschaftliches Potenzial, denn sie leben dort, gestalten und übernehmen Verantwortung für ihren Lebensraum. Wie kann die Transformation also in den ländlichen Räumen gelingen? Was zeichnet ländliche Räume im Besonderen aus? Und welche Rolle spielen dabei vor allem die Landwirtinnen und Landwirte?

Neue positive Zukunftsbilder für das Land

Spricht man über ländliche Räume, entstehen in den Köpfen der Menschen



zumeist stereotype Bilder. In der gesellschaftlichen Diskussion, die häufig aus einer städtischen Perspektive geführt wird, sind diese:

- der idyllische ländliche Raum,
- der abgehängte, leere ländliche Raum und
- der Entlastungs- und Erholungsraum Land für Städter.

Doch die ländlichen Räume sind sehr viel mehr und vielfältiger als diese drei stereotypen Bilder. Da Bilder jedoch Erwartungen bestimmen (man meint zu wissen, wie ein Ort oder eine Region funktioniert) und Identität prägen, ist es unverzichtbar, zu neuen positiven Zukunftsbildern zu gelangen und zugleich die Menschen auf dem Land in den Mittelpunkt zu rücken. Die Frage „Was zeichnet mein Dorf aus und wie soll es sich entwickeln?“ wird in Dorfentwicklungsprozessen oder in Wettbewerben wie „Unser Dorf hat Zukunft“ vielfach beantwortet und schafft regionale Identität. Umso wichtiger ist es, dass diese Bilder nicht von außen an eine Region herangetragen, sondern dass sie von innen erzeugt werden. Beispielhaft sind Dörfer, die beim Ausbau von erneuerbaren Energien vorangehen oder sich gemeinschaftlich für den Erhalt ihres Freibades einsetzen. Denn nur so wird eine eigene oder kollektive Identität und eine emotionale Bindung mit „meinem“ Dorf hergestellt.

Landwirtinnen und Landwirte prägen das Land

Landwirtinnen und Landwirte sind in ihrer Region fest verwurzelt und prägen das Bild der ländlichen Räume. Sie sind Arbeitgeber in der Region, engagieren sich in Vereinen, im Gemeinderat, bei der Freiwilligen Feuerwehr, unterstützen kommunale Winterdienste, pflegen die Kulturlandschaften, sichern in den Kommunen durch Steuern und Abgaben die kommunalen Haushalte und geben so den ländlichen Räumen in Deutschland ihr individuelles Gesicht. Diese neuen positiven Zukunftsbilder der ländlichen Räume

müssen von allen Akteuren, von der Bundes- und Landespolitik, von Verwaltungen, Unternehmen und Institutionen und von den Menschen vor Ort gezeichnet werden.

Zukunft wird vor Ort gemacht

Die Menschen vor Ort kennen am besten die Bedürfnisse und Herausforderungen und welche Maßnahmen in ihrer Region den größten Beitrag zur Entwicklung versprechen. Gute Instrumente der ländlichen Entwicklung wie die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) und LEADER sind vorhanden und sollten flächendeckend genutzt werden. Die Projekte sind so vielseitig, wie die 372 Regionen, in denen sie stattfinden, von „Kooperation Hessenfleisch“ in Nordhessen, über Förderung von artenreichem Grünland in Baden-Württemberg bis zu Qualitätsmarke „Weidewonne“ für Lammfleisch im Thüringer Becken. Der DBV macht sich dafür stark, dass die Förderprogramme der ländlichen Entwicklung auch zukünftig integraler Bestandteil der GAP-Förderung sind. Bei allen Zukunftsplanungen ist ein integrierter und partizipativer Ansatz unverzichtbar, d.h. alle Akteure vor Ort müssen frühzeitig beispielsweise über Runde Tische, Bürgerräte, Regionale Ideenwerkstätten oder Strategie-Wettbewerbe einbezogen werden. So können Kommunen und Regionen z.B. Flächenutzungskonkurrenzen vor Ort proaktiv angehen und differenziert lösen. Hier spielt auch die Multifunktionalität der Landnutzung, z.B. Agri-Photovoltaik oder Bioökonomie-Startups eine wichtige Rolle. Denn es ist das Kerngeschäft von Landwirtinnen und Landwirte, multifunktional zu denken und zu entscheiden. Dieses Wissen kann vor Ort in den Gemeinden für ein sinnvolles und nachhaltiges Flächenmanagement genutzt werden. Best-Practice und Neuerungen in anderen Regionen bieten wertvolle Anregungen für alle. Für die Bürgermeister und Gemeinderäte bedeutet dies aber auch, Verantwortung für die Eigenentwicklung zu übernehmen und Konflikte vor Ort zu lösen. Bund und Länder müssen die jeweiligen Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Bereitstellung von ausreichenden Mitteln in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) setzen. Und sie müssen den Kommunen und ländlichen Landkreisen zutrauen, ihre Potenziale selbst auszuschöpfen.

Engagement und Ehrenamt bilden Rückgrat der Regionen

Ehrenamtliches, freiwilliges sowie bürgerschaftliches Engagement haben

eine lange Tradition, sind ein essentieller Bestandteil des sozialen Zusammenlebens in ländlichen Räumen und laut einer aktuellen [Studie der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt](#) (DSEE) gut aufgestellt. Das Ehrenamt und ein lebendiges Vereinsleben stiften Gemeinschaftsgefühl, tragen zum Wohlbefinden bei und schaffen starken Zusammenhalt. Vor allem Landwirtinnen und Landwirte engagieren sich ehrenamtlich in ihrer Region und wenden dafür laut einer Studie von agriEXPERTS im Durchschnitt fast 15 Stunden pro Monat auf.

Ehrenamtliches Engagement leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur örtlichen Daseinsvorsorge und schafft Orte sozialer Integration. Gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen ist ehrenamtliches Engagement besonders bedeutend, um Angebote in Sport und Freizeit, in Mobilität, Rettungs- und Katastrophenschutz aufrecht zu erhalten. Klar ist aber auch, dass ehrenamtliches Engagement angewiesen ist auf öffentliche Infrastrukturen, an die es sich anheften kann. Bürgerschaftliches Engagement kann nicht politisch als Wunderwaffe gegen den Abbau von Infrastruktur, Zusammenhaltverlust oder Demokratieschwäche eingesetzt werden und darf nicht an knappen Kassen scheitern.

Demokratie stärken durch Teilhabe

Ehrenamtliches Engagement zeigt auch: Wer sich mit Leidenschaft und guten Ideen in seinem Dorf engagiert und bereit ist, Lösung zu erarbeiten, stärkt Demokratie und Stabilität vor Ort. Denn im Ehrenamt werden demokratische Grundwerte tagtäglich mit Leben gefüllt und erprobt. So kann die Entstehung demokratiefeindlicher Haltungen und extremistischer Einstellungen verhindert sowie Radikalisierungs- oder Entfremdungsprozesse frühzeitig unterbrochen werden. Wenn antidemokratische Kräfte versuchen, Vereine zu unterwandern, ist zivilgesellschaftlicher Zusammenhalt gefragt - das wirksamste Mittel gegen Hass und Hetze. Viele Dörfer gehen hier mit gutem Beispiel voran, wenn sie sich mit Kreativität und Enthusiasmus im Dorfwettbewerb für ein attraktives Dorfleben engagieren. Eine aktuelle [Studie des Kieler Institut für Weltwirtschaft](#) zeigt, dass regionalpolitische Maßnahmen die Unterstützung populistischer Parteien wirksam verringern. Insbesondere Investitionen in die Entwicklung strukturschwacher Regionen führen dazu, dass der Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien bei Wahlen signifikant sinkt. Die Regionalpolitik und eine Förderung strukturschwacher Regio-

nen stärkt das Vertrauen in demokratische Institutionen und verringert die Unzufriedenheit. Der DBV spricht sich dafür aus, regionale Förderpolitiken künftig noch stärker auf ländliche Räume mit hohem strukturellem Anpassungsbedarf auszurichten.

Raumwissen zum Land ausbauen

Lebensqualität definiert sich aus soziologischer Sicht als Zusammenspiel von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden. Die Lebensqualität auf dem Land kann somit nie nur durch einen Blick „auf die Karte im [Deutschlandatlas](#)“ bestimmt werden. Vielmehr bestimmt sie sich aus subjektiven Perspektiven zu wichtigen Themen wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, Teilhabe und Engagement. Die objektiven Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen lassen sich mittlerweile gut anhand des [Thünen Landatlas](#) abbilden. Schwieriger gestaltet sich, aufgrund von Forschungslücken bei der empirischen Sozialforschung in ländlichen Räumen, ein kohärentes Bild zum subjektiven Wohlbefinden auf dem Land abzugeben; u.a. aber auch deshalb, weil sich die Vorstellungen vom „guten Leben“ je nach Lebensphase, Erwartungen und Vorstellungen unterscheiden. Diese Erkenntnislücke kann möglicherweise durch den ersten Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung, der im Juli 2024 vorgelegt werden soll, ein Stück weit geschlossen werden.

Verlässliche Daseinsvorsorge sicherstellen

Was ein „gutes Leben“ auf dem Lande kennzeichnet und was ein solches aus Sicht der Bevölkerung erfordert, muss also immer vor Ort beantwortet werden. Die große Mehrheit der Deutschen (69 Prozent) finden das Leben auf dem Land attraktiver als das Leben in der Stadt. Beim Leben auf dem Land wird nachbarschaftliches Miteinander, Familienleben, ehrenamtliches Engagement und hohe Lebensqualität in Verbindung mit Natur, Erholung und Freizeit besonders geschätzt.

Damit das so bleibt und sich nicht in ein Gefühl des „Abgehängtseins“ verändert, muss eine dauerhafte Bereitstellung eines verlässlichen Grundangebots an öffentlicher Daseinsvorsorge inklusive stabiler und auch digitaler Infrastrukturen sichergestellt werden. Zwar ist der Anteil der Haushalte mit einer Breitbandverfügbarkeit von mindestens 50 Mbit/s zwischen 2018 und Ende 2021 in sehr ländlichen Gemeinden von 64 % auf 83 % gestiegen. Allerdings verfügen in den ländlichen Ge-

meinden nur weniger als zwei Drittel der Haushalte über eine Bandbreite von mehr als 1.000 Mbit/s (Basisstandard einer Gigabitverbindung). Gerade in einigen strukturschwachen ländlichen Räumen insbesondere im Osten konnten in den vergangenen Jahren durch einen starken Breitbandausbau Aufholerfolge erzielt werden. Dennoch: Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland hinkt seit Jahren den politischen Zielsetzungen und Ankündigungen hinterher. Die Digitalisierung in ländlichen Räumen ist jedoch die Grundbedingung für die Teilhabe an der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts und unverzichtbar für die Wirtschaft und das Leben in ländlichen Räumen.

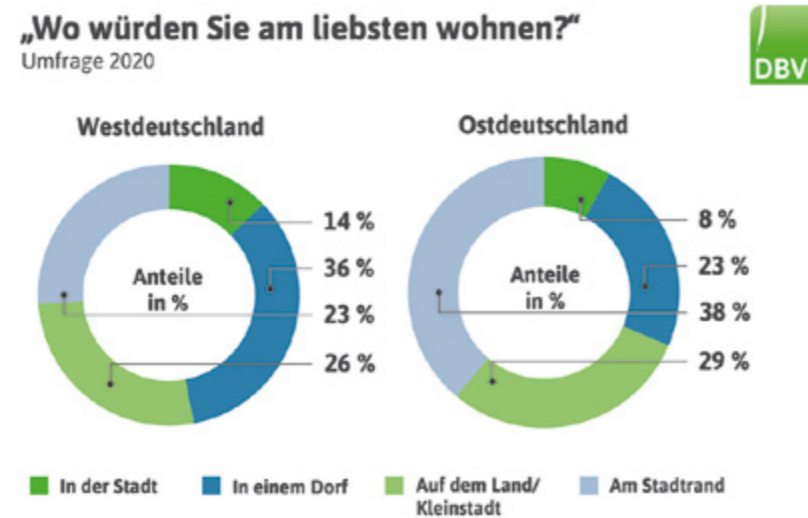
Wertschöpfung und Innovationskraft sind auf dem Land zu Hause

Eine von Mittelstand, Handwerk, Land-, Forst- und Ernährungsbetrieben geprägte Wirtschaft sowie der Tourismus sind die ökonomische Grundlage und das wirtschaftliche Rückgrat der ländlichen Räume. Regionale Wertschöpfungsketten von Zulieferern, Produzenten und Dienstleistern stabilisieren ländliche Räume. Auch wenn die Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland nur etwa 3 Prozent ausmacht, sind zahlreiche andere Wirtschaftsbereiche sowie das Agribusiness eng verbunden und prägen die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume maßgeblich. Dreiviertel der rund 1.700 Hidden Champions – der heimlichen Weltmarktführer – befindet sich in Klein- und Mittelstädten und im ländlichen Raum in Deutschland. Für das Gelingen von Innovationsprozessen in ländlichen Räumen spielen neben weichen Standortfaktoren wie unternehmerische Erfahrung auch harte Faktoren wie eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur und die regionale Anbindung von Verkehrsinfrastrukturen eine entscheidende Rolle. Auch finanzielle

Gestaltungsspielräume mit belastbaren Kommunalfinanzen sind für eine wirtschaftliche Entwicklung zwingend nötig. Das Geld, das vor Ort verdient wird, muss auch dort bleiben. Erneuerbare Energien sind hier eine große Chance, mehr Wertschöpfung in die Regionen zu bringen. Die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume brauchen jedoch auch Entwicklungsvoraussetzungen. Investitionen in Arbeitsplätze und ländliche Infrastrukturen über die beiden Gemeinschaftsaufgaben Agrar- und Küstenschutz (GAK) und regionale Wirtschaftsstruktur (GRW) leisten hier wichtige Beiträge und müssen gestärkt werden.

Transformationskraft der ländlichen Räume nutzen!

Mehr als die Hälfte aller Menschen in Deutschland lebt in ländlichen Räumen. Wir brauchen diese lebenswerten ländlichen Räume, in denen Menschen heute und in Zukunft gerne leben. Diese Lebensräume werden von einer multifunktionalen Landwirtschaft geprägt, denn ohne die Landwirtinnen und Landwirte gibt es keine Ernährungssicherung, keine Energiewende, keine Klimaneutralität, keine regionalen Wirtschaftskreisläufe und weniger Innovationen. Neben den wirtschaftlichen und ökologischen Funktionen nimmt die Landwirtschaft heute auch zahlreiche gesellschaftliche und sozialen Funktionen im ländlichen Raum wahr. Die Transformation der ländlichen Räume ist daher untrennbar mit der Transformation der Landwirtschaft verbunden, muss zusammen stattfinden und aufeinander einzahlen. Das gelingt jedoch nicht durch zentrale Maßnahmenpläne und die eine Lösung gibt es nicht. Die Kraft liegt in den Menschen auf dem Land, die mit guten Ideen gemeinsam anpacken und die Zukunft ihrer Region gestalten wollen. Die Transformationskraft auf dem Land ist enorm. Nutzen wir sie!



Unternehmerinnen im DBV

Die Landwirtschaft wird weiblicher und das spiegelt sich auch im DBV wider.

Stärkere Vernetzung und mehr Sichtbarkeit

Ziel des DBV-Fachausschusses Unternehmerinnen ist eine bessere Sichtbarkeit und Vernetzung der Frauen im Verband. Das Unternehmerinnennetzwerk ist auf über 100 Mitglieder gewachsen. Nach dem ersten [Unternehmerinnen-Fachforum](#) auf der Internationalen Grünen Woche 2023 unter dem Motto „Selbstständig-Selbstbewusst-Selbstverständlich - Unternehmerinnen in Landwirtschaft und Verband“, widmeten sich die Unternehmerinnen in diesem Jahr dem Thema „[Agrarfinanzierung in Zeiten der Taxonomie](#) – Fortschrittsbremse oder Chance?“.

Auch die Vernetzung in die Politik ist gelungen. Anlässlich des Deutschen Bauerntages 2023 hat der Fachausschuss an einem gemeinsamen Frühstück mit Bundesminister Özdemir teilgenommen. Diskutiert wurden die Themen Mindestlohn, Pflanzenschutz und Mutterschutz. Zudem waren die Mitglieder des Fachausschusses im November im Bundestag zu einem Gespräch mit MdB Nicole Bauer.

Start des Mentoring Programmes „Kompass“

Im Sommer 2023 hat der DBV den [Auf-ruf](#) für das neue Mentoring Programm „Kompass“ gestartet, um Teilnehmerinnen zu gewinnen. Nach einer großen Resonanz mit über 40 Bewerbungen wurden 10 Kandidatinnen für das Programm ausgewählt. Der erste [Mentoring-Jahrgang](#) startete im Herbst. Kompass ist auf zwei Säulen aufgebaut, damit mehr Unternehmerinnen den Weg in die Verbandsarbeit des Bauernverbandes finden. Die erste Säule des Programms ist das Mentoring durch eine erfahrene Unternehmerin aus dem Verband. Die zweite Säule ist die Teil-

nahme an vier Coachingmodulen zu den Themen Persönlichkeitsentwicklung, politische Arbeit in Berlin, Zeitmanagement und Social Media. Aufgrund der guten Resonanz wird der DBV das Programm im Herbst 2024 wiederholen.

Weiterentwicklung von Fortbildungsangeboten

Als nächstes sollen die digitalen Weiterbildungsangebote für die Mitglieder des Unternehmerinnen-Netzwerks ausgebaut werden. Einmal im Monat sollen in 90-minütigen digitalen Seminaren Experten zu aktuellen Themen eingeladen und diskutiert werden.



Projekt #ZukunftsBauer

Quelle: Ulrich Gunkel für DBV

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Quelle: DBV

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Lösung bei vielen gesellschaftlichen Fragen. Das zu zeigen, ist ein Ziel des Projektes #ZukunftsBauer des DBV.

Projekt #ZukunftsBauer in Fahrt

Mit dem Votum der Delegierten des Deutschen Bauerntags 2022, über ein neues Selbst- und Rollenverständnis und eine gewandelte Kommunikation der Landwirtschaft zu diskutieren, war das Projekt #ZukunftsBauer in seine nächste Phase getreten. Auf der DBV-Internetseite ist seit dem Frühjahr 2023 nun auch ein Werkzeugkasten hinterlegt, der Hilfestellungen zur Umsetzung von konkreten Projektideen bietet. Auf dem Deutschen Bauerntag 2023 in Münster wurden erste Projektideen präsentiert und diskutiert.

Wort-Bild-Marke entsteht

Das Projekt wird zeitnah eine eigene Wort-Bild-Marke erhalten. Durch Serien in Landwirtschaftlichen Wochenblättern werden dessen Ideen und Grundgedanken immer verständlicher und sichtbarer. Erste Unternehmen aus dem vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft unterstützen das Projekt mit eigenen kommunikativen Maßnahmen. Wie sich die innovativen Projektideen mit

dem eher traditionellen Kommunikationsformat der Schlepperdemonstrationen in Übereinklang bringen lassen, verdeutlichte das [Fachforum](#) zum Thema #ZukunftsBauer auf der Grünen Woche 2024.



Landwirtschaft ist Teil der Lösung

Aktuell konzentriert sich die Arbeit zum ZukunftsBauer darauf, Projekte zu entwickeln, die beispielhaft zeigen, wie umfassend die Landwirtschaft Teil der Lösung bei vielen gesellschaftlichen Fragen ist. Die DBV-Arbeitsgruppe #ZukunftsBauer versteht sich dabei als Ideenpool und Austauschplattform für neue Formate, die sich inhaltlich vor allem um die Themen Klimawandel und Klimaschutz sowie den Erhalt der biologischen Artenvielfalt drehen.


Kampagne „Ich bin ZukunftsBauer...“



Mit den unterschiedlichen Kommunikationsformen und -formaten hat der DBV eine starke mediale und publizistische Präsenz.

Bauernproteste überlagern alles

Die Bauernproteste zwischen Dezember 2023 und März 2024 haben die Kommunikationsabteilung des DBV vor eine nie dagewesene Herausforderung gestellt. Durch die beiden [Großdemonstrationen](#) und die [Aktionswoche im Januar](#) erreichten die Pressestelle fast 500 Presseanfragen aus der ganzen Welt - so viele, wie sonst in einem Jahr. Mit intensiver Medienarbeit, darunter zahlreichen TV-Auftritten und Interviews des Präsidenten hatte der DBV eine nie dagewesene mediale Präsenz. Das PMG-Medienbarometer zeigte allein am 16. Januar 456 Treffer an, ein extrem hoher Ausschlag. Über Wochen war die Landwirtschaft Thema in Talkshows und an den Esstischen. Der DBV konnte in dieser Zeit die agrarpolitische Deutungshoheit für sich beanspruchen und hat durch aktive Medienarbeit die politische Agenda in Berlin und Brüssel verändert.

 **Youtube-Video**
Großdemonstration in Berlin
am 15. Januar 2024

Social Media: Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft platzieren

In den digitalen Netzwerken war es neben der Platzierung der Forderungen und der Demoaufrufe während der Bauernproteste vor allem entscheidend, sich eindeutig von radikalen Trittbrettfahrern abzugrenzen. So ist es gelungen, die Bauernproteste in der politischen Mitte der Gesellschaft zu verankern. Es ist nicht gelungen, die legitimen Proteste in die rechte Ecke zu stellen und damit zu delegitimieren. Die Zahl der Follower auf den Digitalkanälen des DBV hat sich weiter gesteigert. Auf dem [Instagram Profil des DBV](#) hat sie sich in den Protestwochen sogar vervierfacht.

Darüber hinaus konnte über das Jahr auch mit den gemeinsamen Kampagnen des DBV, der Landes- und Kreisbauernverbände starke Reichweiten erzielt und die Politik gezielt erreicht werden. So konnte mit [Videostatements](#) von Zukunftsbauern gezeigt werden, wo die Landwirtschaft in der Gesellschaft steht und was sie über die Erzeugung von Lebensmitteln hinaus alles zu bieten hat. Auch die gemeinsamen digitalen DBV-LBV-KBV-Aktionstage wurden mit dem [#TagderMilch](#) und dem [#TagdesWolfes](#) fortgesetzt.

Grüne Woche überschattet vom Agrardiesel

Nach der Demo-Aktionswoche im Januar war mit dem „Agrardiesel“ aus landwirtschaftlicher Sicht das Thema für die Grüne Woche gesetzt. Der Stand des DBV war auf dem ErlebnisBauernhof ein Magnet für sehr viele Spitzenpolitiker. In insgesamt [9 Fachforen](#), die sowohl in Präsenz als auch Digital zu erleben waren, wurde intensiv über Agrarpolitik diskutiert. Insbesondere der [Agrarpolitische Jahresaufakt](#) mit den Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien erreichte erneut viele Zuschauer und eine hohe Aufmerksamkeit im politischen Berlin.

Verbandszeitschrift dbk-online – für alle Mitglieder kostenlos

Das Monatsmagazin des DBV, die Deutsche Bauern Korrespondenz dbk, hat den Umstieg ins rein Digitale vollzogen. Damit steht das Magazin in der dbk-App [allen Bauernverbands-Mitgliedern kostenlos](#) zur Verfügung. Die Aufarbeitung der wichtigsten agrarpolitischen Themen macht die dbk zu einem fundierten Argumentationsmedium und ist damit für Entscheidungsträger und Multiplikatoren der Agrarbranche ein unverzichtbarer Informationspool.





Agrarstruktur- und Regionalpolitik

Eine Verbesserung der Agrarstruktur und Investitionen sind unverzichtbar, um die ländlichen Räume als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturräume weiterzuentwickeln. Dabei nimmt die Förderlandschaft und hier insbesondere die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) als wichtigstes nationales Förderinstrument eine Schlüsselrolle bei der Transformation der Landwirtschaft ein.

Kürzungspläne in der Gemeinschaftsaufgabe abgewendet

Trotz angespannter Haushaltslage ist es dem DBV in intensiver Zusammenarbeit mit den Bundesländern und zahlreichen Verbänden der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in den parlamentarischen Beratungen gelungen, die [Mittel für die GAK 2024](#) gegenüber den Kürzungsplänen im Haushaltsentwurf auf 907 Millionen Euro aufzustocken. Für die GAK-Waldmaßnahmen konnte erreicht werden, dass die Mittel in Höhe von 125 Millionen aus dem Klima- und Transformationsfonds

(KTF) finanziert werden können. Eine Flexibilisierung der GAK-Mittel wurde schon lange vom DBV gefordert und konnte mit der Abschaffung der Zweckbindung und der Sonderrahmenpläne umgesetzt werden, um den Mittelabfluss zu verbessern. Dennoch sind auch 2023 GAK-Mittel in Höhe von 196 Millionen Euro nicht abgerufen worden. Der DBV mahnt weiterhin eine bessere Mittelverteilung unter den Bundesländern an.

Auch bei den Maßnahmeninhalten konnten für das Jahr 2024 Verbesserungen erreicht werden. So wird eine Ausweitung des Erschwerenausgleichs Pflanzenschutz auf Flächen außerhalb von Natura 2000-Gebieten geprüft, die laufenden Betriebsausgaben zum Schutz vor Schäden durch den Wolf wurden erhöht und es wurde die Möglichkeit geschaffen, Öko-Prämien auf bestimmten Bracheflächen (GLÖZ 8-Flächen) zu zahlen.

Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung startet

Nach intensiven Diskussionen mit der EU-Kommission, den Bundesländern und den Verbänden startete im März 2024 das [Bundesprogramm](#) zur Förderung des Umbaus der landwirtschaftlichen Tierhaltung (BUT). Im Rahmen des BUT werden investive Vorhaben und laufende Mehrkosten für Betriebe, die in Haltungsfarm 3 und höher wirtschaften, gefördert. Um bundeseinheitliche Bedingungen sicher zu stellen, mussten Anpassungen

in bestehenden Förderungsmaßnahmen der GAK erfolgen. Der DBV hat das BUT intensiv begleitet und immer wieder Kritik an der geringen Mittelausstattung, der fehlenden Verknüpfung zwischen der Förderung investiver Vorhaben für den Wechsel in höhere Haltungsstufen und der Förderung der damit verbundenen höheren laufenden Mehrkosten sowie die deutlich zu geringen Tierobergrenzen geäußert. Es bleibt abzuwarten, ob Schweinehalter einzelbetrieblich dieses Förderangebot in Anspruch nehmen werden. Klar ist zudem: Die Förderung darf nicht das Hauptmotiv für den Umbau des Stalles sein. Zuallererst muss die längerfristige Vermarktung gesichert sein, denn am Ende müssen die Mehrkosten der höheren Haltungsstufe über die Erlöse am Markt getragen werden.

Endspurt im Investitionsprogramm Landwirtschaft

Aufgrund der angespannten Haushaltsituation wurden die Mittel für das [Investitions- und Zukunftsprogramm](#) (IuZ) für das laufende Jahr um 65 Millionen Euro gekürzt, was der DBV deutlich kritisierte. Da das Förderprogramm Ende 2024 ausläuft, wurde kein weiteres Interessensbekundungsverfahren angeboten. Vielmehr werden die bereits vorliegenden Antragstellungen der landwirtschaftlichen Unternehmen von der Landwirtschaftlichen Rentenbank genutzt, um die bis zum Programmende zur Verfügung stehenden Fördermittel (125,2 Millionen

Euro) schnellstmöglich an die Betriebe auszuzahlen. Das große Interesse am IuZ und die hohe Investitionsbereitschaft der landwirtschaftlichen Betriebe in klima- und umweltschonende Technik zeigt, dass die landwirtschaftlichen Unternehmen die Transformation der Landwirtschaft vorantreiben. DBV und Landesverbände haben das IuZ über die vergangenen vier Jahre intensiv begleitet, um die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel (800 Millionen. Euro) möglichst vollständig auszuschöpfen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse: Fundament für Regionalpolitik und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Als querschnittsorientierte Fachpolitik trägt die Regionalpolitik dazu bei, ländliche und strukturschwache Regionen zu stärken, regionale Disparitäten abzubauen und wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Nicht nur das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) unterstützt mit der Integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) und zahlreichen Programmen in BULEplus die ländliche Entwicklung, auch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) fördert beispielsweise mit dem Programm „Region gestalten“ (ebenfalls BULEplus) oder dem [Wettbewerb Menschen und Erfolge](#) sowie das Bundesmi-

nisterium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) mit der Gemeinschaftsaufgabe [„Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“](#) (GRW) und mit Wettbewerben wie [„Zukunft Region“](#) eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Regionen. Der DBV bringt sich kontinuierlich in die Weiterentwicklung der Förderprogramme und Wettbewerbe ein.





Betriebswirtschaft

Die wirtschaftliche Situation der landwirtschaftlichen Betriebe ist stark von volatilen Märkten, Witterungseinflüssen und politischen Unsicherheiten geprägt. Umso mehr stehen eine unternehmerische Betriebsführung und eine gute Risikovorsorge im Mittelpunkt des landwirtschaftlichen Wirtschaftens.

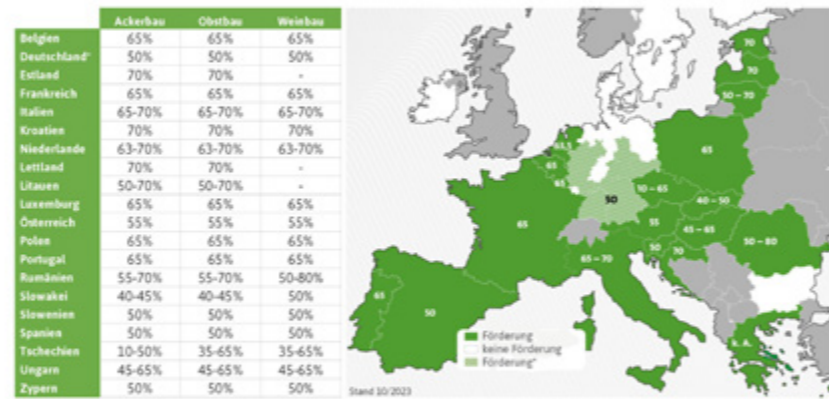
Risikomanagement der Betriebe endlich stärken

Die Situation auf den landwirtschaftlichen Betrieben zeigt, dass die bestehenden Instrumente zur Risikoabsicherung nicht ausreichen. Der DBV fordert staatlich geförderte Versicherungslösungen für die Risiken Spätfrost und Dürre. Gleichzeitig muss die Risikoabsicherungsfunktion der GAP-Mittel für Marktkrisen und Ernteaussfälle deutlich gestärkt werden. Dazu gehört eine kurzfristige Untersuchung und Erprobung von Erlössicherungssystemen nach den Erkenntnissen ähnlicher Modelle, z.B. in den USA. Steuerlich bleibt die Einführung einer Risikorücklage in Deutschland vordringlich.

EU- und Bundeshaushalt unter Druck

Nach intensiven Verhandlungen stehen

MGV-Prämienförderung in den EU-Mitgliedstaaten



© Situationsbericht 2024/G/24-10

Quelle: Vereinigte Hagel

im EU-Haushalt 2023 bis 2027 rund 30 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für Direktzahlungen und Ländliche Entwicklung im GAP-Strategieplan zur Verfügung. Für den EU-Haushalt nach 2027 setzt sich der DBV für eine starke Landwirtschaft und ländliche Räume ein.

Im Bundeshaushalt 2024 musste das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Kürzung von 319 Millionen Euro auf 6,93 Milliarden Euro hinnehmen. Hinzu kommen Einschnitte außerhalb des Einzelplans, etwa durch das Abschmelzen der Agrardiesel-Rückvergütung. Weitere

Kürzungen, etwa beim „grünen Kennzeichen“, konnten auf Drängen des DBV abgewendet werden (siehe auch [Schwerpunktthema](#) in diesem Geschäftsbericht). Der nächste Bundeshaushalt steht nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteils vom November 2023 besonders unter Druck. Für 2025 fordert der DBV neue Impulse für die Landwirtschaft.

Zahlungen an Landwirte als Kompensation begreifen – Einkommenswirksamkeit stärken

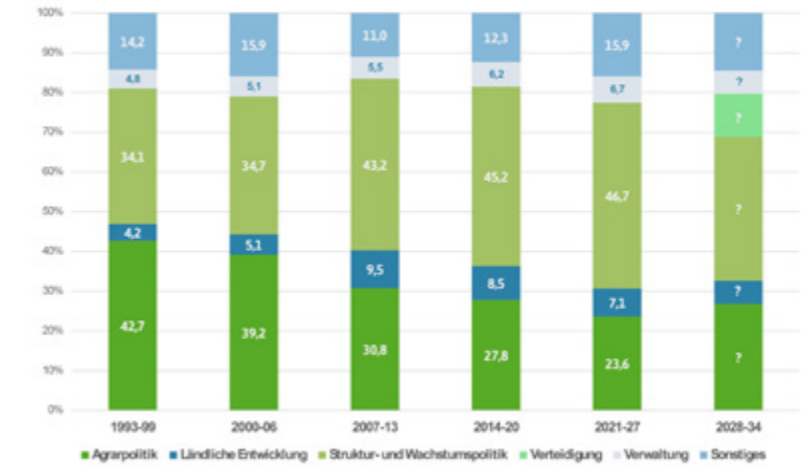
Das starke mediale Interesse an der Landwirtschaft konnte genutzt werden, um die besondere Bedeutung der Landwirtschaft für Gemeinwohlleistungen zu verdeutlichen. Dabei ist die wissenschaftliche Untermauerung, etwa durch die vom DBV vor einiger Zeit in Auftrag gegebenen [Studie](#) zu „Kosten europäischer Umweltstandards und von zusätzlichen Auflagen in der deutschen Landwirtschaft“, unverzichtbar. Im Sinne einer wettbewerbsfähigen heimischen Landwirtschaft setzt sich der DBV dafür ein, dass Maßnahmen im Umwelt- oder Klimaschutz für die Landwirte einkommenswirksamer werden.

Berichtspflichten und Anforderungen einer nachhaltigen Finanzierung machbar gestalten

Banken und größere Unternehmen sehen sich mit steigenden Anforderungen an das Risikomanagement und Pflichten im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung konfrontiert. Das darf nicht zulasten der Landwirte gehen. Der DBV drängt darauf, dass weiterhin auf Proxy-Daten zurückgegriffen werden kann und bei der Erhebung von Daten einheitliche Tools herangezogen werden. Kosten, die bei Landwirten für andere berichtserstattungspflichtige Unternehmen in der Wertschöpfungskette anfallen, müssen erstattet werden. Maßnahmen der Landwirte, die zur Verbesserung bei berichtserstattungspflichtigen Unternehmen führen, müssen honoriert werden.

Europäische Union

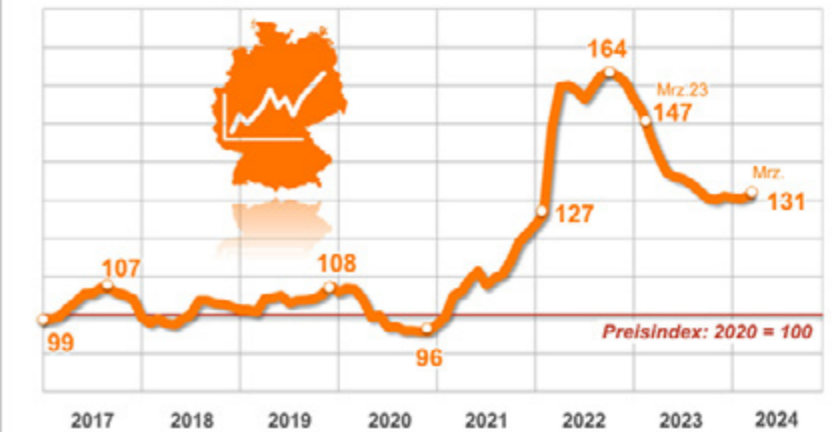
Entwicklung der Haushaltsstruktur 1993-2034



Quelle: Europäische Kommission

AMI Agrarrohstoff-Index für Deutschland

Entwicklung des monatlichen AMI Agrarrohstoff-Index auf Basis der Erzeugerpreise in Deutschland



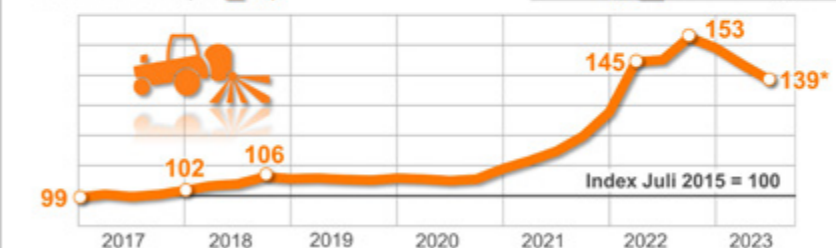
Produkte: Brotweizen, Brotroggen, Futterweizen, Futtergerste, Braugerste, Mais, Raps, Rohmehl, Jungbullen, Kühe, Färsen, Schweine, Hähnchen. – Index für März 2024 vorläufig.

© AMI 2024/AB-123 | AMI-informiert.de

Quelle: AMI

Landwirtschaftliche Betriebsmittelpreise

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel in Deutschland, Index 2015=100



*Juli 2023

© AMI 2023/BM-107 | AMI-informiert.de

Quelle: Destatis, 2023



Gemeinsame Europäische Agrarpolitik - GAP

Kaum eine Förderperiode ist mit einer solchen Komplexität und Ungewissheit für die Landwirte gestartet wie die nach der GAP-Reform 2023. Nach dem massiven Misserfolg der von der Bundesregierung konzipierten Ökoregelungen gehen die Betriebe nun in das zweite Antragsjahr 2024. Abzuwarten bleibt, ob die wenigen Nachbesserungen zu einer größeren Inanspruchnahme der Ökoregelungen führen.

Späte Entscheidungen erschweren Anbauplanung für Landwirtschaft

Nach Genehmigung des GAP-Strategieplans 2023-2027 im November 2022 waren zahlreiche Rechtsgrundlagen erst spät Anfang 2023 in Kraft getreten. Für eine solide Anbauplanung der Betriebe kamen zahlreiche Entscheidungen viel zu spät. DBV und Landesbauernverbänden ist es teils gelungen, einige wichtige Korrekturen insbesondere bei der Konditionalität zu erwirken, wenngleich die neue „Grüne Architektur“ für die Landwirte eine wenig praktikable und kaum einkommenswirk-

same Herausforderung bleibt. Der DBV setzt sich weiterhin bei den Ökoregelungen für attraktiv bezahlte und praktikabel gestaltete Maßnahmen ein.

Zahlreiche GAP-Schulungen durchgeführt

Während zuständige Landes- und Regionalbehörden insbesondere zu Beginn

Erfolge des DBV bei der GAP-Reform 2023-2027

1. Weitgehend stabiles GAP-Budget im EU-Haushalt 2021-2027;
2. Wegfall des bürokratischen Systems der Zahlungsansprüche (ZA);
3. Weitgehend bürokratiearme Umsetzung des „Aktiven Landwirts“ über die Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV);
4. Tierkennzeichnungs- und -registrierungspflichten nicht mehr kürzungs- und sanktionsrelevant bei Direktzahlungen (Ausnahme: gekoppelte Tierprämien);
5. Keine Kappung und Degression in Deutschland zugunsten der Weiterentwicklung einer maßvollen Förderung der ersten Hektare;
6. a) Aussetzung der Fruchtwechselflicht (GLÖZ 7) und Anrechenbarkeit von Erzeugungsf lächen bei der Stilllegungspflicht (GLÖZ 8) im Antragsjahr 2023, b) Erfüllung der 4 % GLÖZ-8-Fläche im Antragsjahr 2024 durch Anrechnung von Leguminosen und Zwischenfrüchten, c) Eventuell langfristige Abschaffung der pauschalen Pflicht zur Stilllegung von Erzeugungsf lächen;
7. Im Einzelnen praktikable Verbesserungen bei der Konditionalität: u.a. Länderklauseln bei Gewässerrandstreifen (GLÖZ 4), Mindestbodenbedeckung auf 80 % statt 100 % der betrieblichen Ackerfläche (GLÖZ 6), kluge „Drittel-Lösung“ und Anrechnung von Zwischenfrüchten beim jährlichen Fruchtwechsel (GLÖZ 7), Ermöglichung einer aktiven Begrünung von Brachen (GLÖZ 8);
8. Nach 2023 besteht auch für 2024 im Falle schwacher Nachfrage bei den Ökoregelungen die Möglichkeit zur Aufstockung der Prämie um bis zu 30 % (bzw. um bis zu 10 % in den Folgejahren);
9. Ab 2023 praktikable Stichtagsregelung zur genehmigungsfreien Umwandlung von Dauergrünlandflächen, die seit 1. Januar 2021 neu entstanden sind (ggf. Ländervorgaben beachten);
10. Keine über die Konditionalität sanktionierte Nährstoffbilanzierung für Stickstoff und Phosphor durch ein pflichtmäßiges „Farm Sustainability Tool for Nutrients“;

des Antragsjahres 2023 teilweise nur unzureichend in der Lage waren, auf die praktischen Fragen der Landwirte zu antworten, bereiteten der DBV sowie die Landes-, Regional- und Kreisbauernverbände die Mitglieder in zahlreichen GAP-Informationsrunden im Frühjahr 2023 und 2024 auf die Antragstellung vor. Nach dem Wachtümmeln der politischen und fachlichen Entscheidungsträger durch die Bauerndemonstrationen im Winter 2023/2024 geht der Blick nach vorn. EU, Bund und Länder haben in Sachen Praxistauglichkeit, wirtschaftlicher Attraktivität und Entbürokratisierung der neuen „Grünen Architektur“ einschließlich der Ökoregelungen vor allem für 2025 und die folgenden Jahre weiter nachzubessern.

Mehr Wettbewerbsgleichheit bei den Förderbedingungen der GAP

Zumindest auf EU-Ebene erkannte man mit den jüngsten Vorschlägen für mehr Praxistauglichkeit der Konditionalitätspflichten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte und eine tragfähige Ernährungssicherung wieder deutlich stärker Einzug in die praktische GAP-Förderung finden müssen. Bund und Länder sind aufgefordert, im EU-weiten Gleichklang mitzuziehen. Gleichzeitig setzt sich der DBV für eine ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogene Weiterentwicklung und Modernisierung der GAP-Förderung nach 2027 ein.

Künftige GAP frühzeitig gestalten

Die politischen Weichen für die nächste und übernächste GAP-Förderperiode werden nach der Europawahl 2024 und der Neubesetzung der EU-Kommission gestellt. Trotz politischer und wirtschaftlicher Ungewissheit sind Impulse aus dem Berufsstand für eine „neue“ GAP-Förderung bereits jetzt notwendig. Wichtiger Anhaltspunkt sind die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL). Sehr frühzeitig hat der DBV gemeinsam mit den Landesbauernverbänden im September 2022 den Denkprozess zur Zukunft der Agrarförderung über das Jahr 2030 hinaus angestoßen. Im November 2023 stellte Präsident Rukwied in einer Pressekonferenz das DBV-Diskussionspapier für die GAP-Förderung nach 2027 vor.

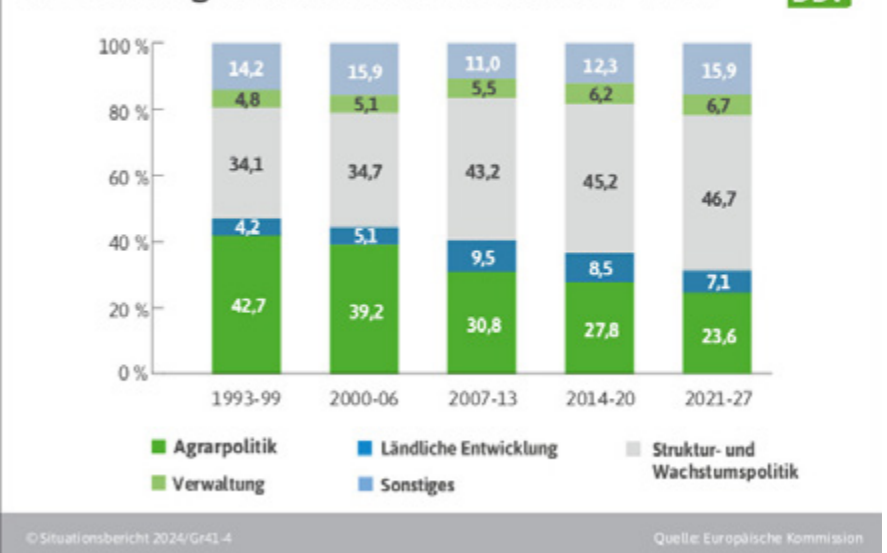
Neun Ziele für den GAP-Strategieplan 2023 – 2027



© Situationsbericht 2024/Gr42-2

Quelle: EU-Kommission

Europäische Union: Entwicklung der Haushaltsstruktur 1993 - 2027



© Situationsbericht 2024/Gr41-4

Quelle: Europäische Kommission

Forderungen des DBV für eine verbesserte GAP-Umsetzung bis 2027

- Ausrichtung von Verbesserungen und Weiterentwicklungen an den Grundsätzen der Planungssicherheit, Kontinuität und Verlässlichkeit sowie wirksamer Entbürokratisierung;
- Keine weiteren Kürzungen beim Budget für die Basisprämie sowie keine weitere Umschichtung von Mitteln aus der 1. Säule in die 2. Säule über den von Bund und Ländern beschlossenen Pfad hinaus;
- Ökoregelungen attraktiv verbessern und mehr nationale Ziel- und Mittelflexibilität erwirken, statt über das EU-rechtliche Mindestmaß hinaus pauschal das Budget für die Ökoregelungen zulasten der Basisprämie anzuhäufen;
- Weniger Kannibalisierung der länderspezifischen Agrarumweltprogramme durch Ökoregelungen; Verein-fachte Förderbedingungen, mehr Praktikabilität und ein deutlich höheres Niveau der Fördersätze; Verbesserung der Teilnahmemöglichkeit für Obst-, Gemüse- und Weinbaubetriebe sowie Ökolandbau- und Agro-forstbetriebe durch verbesserte, korrigierte und damit praxistaugliche Förderbedingungen bei den Ökoregelungen;



Tierische Erzeugung

SCHWEINE- UND RINDFLEISCHMARKT



Für den Umbau der Tierhaltung fehlt weiterhin der nötige politische Wille, obwohl das Kompetenznetzwerk Tierhaltung, die sogenannte Borchert-Kommission, eine effektive, verbindliche und zukunftstaugliche Strategie dafür vorgelegt hat, die der DBV vollumfänglich unterstützt.

Tierhaltungskennzeichnungsgesetz für (Mast-) Schweine praktikabel umsetzen

Der DBV sieht in der Nicht-Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission eine vertane Chance. Damit wird die Möglichkeit verspielt, den gesellschaftlich gewünschten Umbau der Tierhaltung auf den Weg zu bringen. Stattdessen besteht weiterhin großer Handlungsbedarf und die Tierhaltung droht aus Deutschland exportiert zu werden.

Hinsichtlich der Umsetzung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetz hat der DBV die Bundesländer aufgefordert, sich zeitnah auf eine bundeseinheitliche, praktikable und bürokratiearme Umsetzung

zu verständigen. Dazu müssen bestehende Systeme und Datenbanken sinnvoll integriert werden. Insbesondere die Einbindung bestehender wirtschaftstragender Systeme ist eine wichtige Voraussetzung für eine effiziente und praxistaugliche Umsetzung. Der DBV kritisiert, dass die Bundesländer bezüglich einer bundeseinheitlichen Datenbank offenbar eigene Interessen verfolgen, obgleich es in der Wirtschaft Lösungen gibt. Der DBV fordert daher eine klare Entscheidung für eine einheitliche Lösung.

Darüber hinaus gilt es, insbesondere den Sauenhaltern eine Perspektive zu eröffnen. In diesem Sinne ist der investive Programmteil des Bundesförderprogramms aus Sicht des DBV ein Anfang, der jedoch mit Blick auf die finanzielle Ausstattung und das Genehmigungsrecht ausgebaut werden muss.

Initiative Tierwohl Schwein und staatliche Tierhaltungskennzeichnung

Die Erfolgsgeschichte der [Initiative Tierwohl](#) wird fortgesetzt. Für die Zukunft muss eine Anpassung an die staatliche Haltungskennzeichnung Schwein erfolgen. Der DBV hat sich in einer entsprechenden Arbeitsgruppe zur Ausgestaltung der zukünftigen Kriterien eingebracht. Derzeit wird das Ergebnis mit der amtlichen Seite auf den für die Kontrollen

zuständigen Länderbehörden abgeglichen. Aus Sicht des DBV ist es außerordentlich wichtig, hier zwischen der wirtschaftstragenden Initiative Tierwohl und der für die amtliche Kontrolle der staatlichen Haltungsstufe 2 zuständigen Länderbehörden eine Abstimmung zu erreichen, um Planungssicherheit zumindest für die Haltungsstufe 2 sicherzustellen. Der DBV begrüßt die Offenheit der Bundesländer für diesen Prozess. Darüber hinaus verfolgt der DBV in der Initiative Tierwohl das Ziel, möglichst zeitnah die sogenannte „Nämlichkeit“ zu erreichen. Das heißt, dass alle Mastschweine als Ferkel von einem Sauenhaltungsbetrieb stammen, der ebenfalls an der Initiative Tierwohl teilnimmt.

Branchenkommunikation Fleisch gegründet

Der DBV und der Verband der Fleischwirtschaft (VDF) haben eine gemeinsame Kommunikationsinitiative gegründet, die von der Wertschöpfungskette Fleisch, d.h. von Landwirtschaft und Fleischwirtschaft gemeinsam, getragen wird. Die Organisation soll im Laufe des Jahres 2024 aufgebaut werden und die Kommunikations- und Imagearbeit organisieren. Die Gründung ist erfolgt, ein Start zur Jahresmitte ist angestrebt. DBV und VDF sind der festen Überzeugung, dass die Fleischproduktion in Deutschland eine starke gemeinsame

Stimme braucht, um aktuelle und künftige Herausforderungen zu meistern. Insofern ist jedes einzelne Schlachtunternehmen aufgefordert, sich an dieser Branchenkommunikation zu beteiligen.

Industrieemissionsrichtlinie belastet Familienbetriebe

Der DBV hat sich auf Bundes- und EU-Ebene aktiv in die Überarbeitung der [Industrieemissionsrichtlinie](#) (IED) eingebracht. Nach dem ersten Entwurf der IED sollten die Schwellenwerte für eine immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht auf nur 500 Mastschweineplätze abgesenkt werden. Zusätzlich sollte die Rinderhaltung mit einbezogen werden. Damit wären sogar viele Nebenerwerbsbetriebe betroffen gewesen. Der DBV hat sich vehement dafür eingesetzt, diese Schwellenwerte deutlich nach oben anzupassen und die Rinderhaltung weiterhin komplett auszunehmen. Letztendlich konnte erreicht werden, dass zukünftig die bestehenden Schwellenwerte bei Schweinen von aktuell 2.000 auf nur noch ca. 1.150 Mastschweineplätze bzw. von 750 Sauen auf ca. 450 bis 470 Sauen

incl. Ferkelaufzucht abgesenkt werden. Die politisch Verantwortlichen müssen sich darüber im Klaren sein, dass diese abgeschwächte Absenkung immer noch eine massive Verschärfung darstellt. Denn viele klassische Familienbetriebe werden nun im Bereich der Schweinehaltung durch erhöhte Auflagen voll getroffen.

Im Parlament und in den Trilogverhandlungen konnte hingegen durchgesetzt werden, die Rinderhaltung weiterhin aus dieser Regelung auszunehmen. Eine Überprüfung und damit mögliche Aufnahme der Rinder in die Richtlinie sind 2026 vorgesehen, weshalb der DBV das Thema intensiv weiterverfolgt.

Kälberhaltung im Wandel

Neben den neuen Regelungen für den Transport von Kälbern kamen ebenfalls Vorgaben für Platz und Bodengestaltung zum Tragen. Kälber dürfen seit Januar 2023 erst ab einem Mindestalter von 28 Tagen überbetrieblich transportiert werden. Die verlängerte Haltungsdauer um 14 Tage bedeutet für die Milchviehbetriebe höhere Aufzuchtungskosten. Gleichzeitig

ergeben sich neue Herausforderungen hinsichtlich der Stallplatzkapazitäten, da auch mehr Platz für die älteren Kälber vorgehalten werden muss.

Initiative Tierwohl Rind

Der DBV hat gemeinsam mit den Partnern in der Wertschöpfungskette an der Etablierung der Initiative Tierwohl Rind im Markt für die Haltungsstufe 2 gearbeitet. Das ist insofern wichtig, weil viele Bullenmäster in den vorhandenen Gebäuden die höheren Kriterien der Haltungsstufe 2 erreichen können, jedoch nicht diejenigen der Haltungsstufe 3. Unabhängig davon gibt es aber durchaus Bullenmastbetriebe, die entweder schon die Haltungsstufe-3-Kriterien erfüllen oder aber sich dahin entwickeln wollen. Der DBV setzt sich deswegen für die Entwicklung und Einführung eines ITW-Standards für die Haltungsstufe 3 ein. Zwar können Bullenmastbetriebe jetzt über Label-Programme in die Haltungsstufe 3 liefern. Viele Betriebe möchten sich aber nicht an ein Label und den damit verbundenen Vermarktungsweg binden.

MILCHPRODUKTION



Auch in der Milchwirtschaft bleiben Tierwohlthemen im Fokus und stellen die Milchbauern vor große Herausforderungen. Die anstehende Zwischenbilanz der Sektorstrategie 2030 nimmt zentrale Themen einer zukunftsfesten Milchwirtschaft in den Fokus.

Strategie Milch 2030 – Halbzeitbilanz steht an

Die Initiativverbände der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#), zu denen auch der DBV zählt, entwickeln seit 2020 für die Milchbranche relevante Themenfelder entlang der Wertschöpfungskette weiter, zu denen u.a. Branchenkommunikation, QM-Milch und Nachhaltigkeit, Lieferbeziehungen, Digitalisierung und Milchforschung zählen. Die Strategie 2030 sieht für Anfang 2025 eine Zwischenbilanz vor, die die Branche derzeit vorbereitet.



Branchenkommunikation Milch mit Fokus auf Nachhaltigkeit

Hinter der Branchenkommunikation des Milchsektors [„Initiative Milch 2.0“](#)

liegen mit ihrem Start im Jahr 2021 drei erfolgreiche Jahre. Kernthemen der verschiedenen Aktivitäten auf Social Media, Pressekampagnen, Leitmedieninterviews,

Messe-Auftritte sind die Ernährung mit Milch und deren nachhaltige Erzeugung. Ihre erfolgreiche [Podcast-Reihe](#) „Let's talk Milch“ setzt die Initiative Milch fort. Mit [„Let's do Zukunft“](#) startete die Initiative Milch ein Kommunikationsprojekt zu dem Thema Nachhaltigkeit rund um die Milcherzeugung. Der DBV setzt sich als Gesellschafter der Initiative Milch 2.0 GmbH für die Fortführung der bundesweiten Branchenkommunikation ein.

QMilch-Tierwohlprogramm erfolgreich gestartet

In die Weiterentwicklung des [QMilch-Programms](#) zu einem auslobungsfähigen System mit zusätzlichen Tierwohl- und Tiergesundheitskriterien hat sich der DBV als ein Gesellschafter des QM-Milch e.V. intensiv eingebracht. Zwei Jahre nach Einführung des QMilch-Programms haben sich QM+ und QM++ zum anerkannten Branchenstandard in der Haltungskennzeichnung für Molkereiprodukte entwickelt. Bis Februar 2024 waren bereits 22 Molkereien als Systemteilnehmer registriert, liefern in Zukunft Trinkmilch, Frischkäse und Sahneerzeugnisse für die beiden Haltungsstufen 2 und 3 in die Regale des deutschen Lebensmittelhandels. Um die steigende Nachfrage bedienen zu können, werden bis Ende 2024 voraussichtlich mehr als 4.000 Milchviehbetriebe in Deutschland und dem benachbarten Ausland nach den Zusatzmodulen QM+/++ zertifiziert sein. Alle größeren Schlachtunternehmen erkennen QM++Schlachtkühe in ihren Tierwohlprogrammen für Rindfleisch der Haltungsformstufe 3 an. Ebenso haben die Initiative Tierwohl Rind sowie McDonalds für sein [BESTBeef-Programm](#) die Tierwohlprogramme QM+ und QM++ anerkannt. Damit hat sich neben der Vermarktung der zertifizierten Milch auch über das Rindfleisch eine zusätzliche Einnahmequelle für die Milchviehhalter entwickelt.

Nachhaltigkeits-Innovationsprozess bei QM-Milch begonnen

Das vor zehn Jahren in Zusammenarbeit mit dem Thünen-Institut entwickelte [QM-Milch Nachhaltigkeitsmodul](#) wird aktuell in einem Innovationsprozess, an dem auch der DBV beteiligt ist, überarbeitet. Damit soll den Anforderungen innerhalb der Lebensmittelkette Milch, der Gesellschaft und Politik mit passgenauer Transparenz zur Nachhaltigkeit auf Erzeugerebene besser entsprochen werden.

Weiterentwicklung der Lieferbeziehungen - Art. 148 GMO - Preisabsicherung

Die auf die Hochpreisphase im Jahr 2022



Quelle: AdobeStock/ Syda Productions

folgenden schwächeren Milcherzeugerpreise haben sich im weiteren Jahresverlauf 2023 stabilisiert. Die Milchbranche ist weiterhin gefordert, mit schwankenden Erzeugerpreisen durch das erforderliche untere Sicherheitsnetz der Politik zur Abfederung von Strukturbrüchen und durch eine marktorientierte Gestaltung der Lieferbeziehungen eigenverantwortlich umzugehen. Dazu zählen die Preisabsicherung, unternehmensindividuelle Mengenplanung und -abstimmung sowie die frühere Weitergabe von Preissignalen. Dagegen ist die vom BMEL geplante Umsetzung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu verpflichtenden Verträgen für die Rohmilchanlieferung kritisch, da aufgrund der dann notwendigen Vertragsgestaltung und -kontrolle ein erhöhter Bürokratieaufwand ohne bessere Milchauszahlungspreise für die Milchviehhalter zu erwarten ist.

Das in den letzten Jahren vermehrte Angebot von Festpreismodellen der Molkereien ist indes weiter auszubauen. Der DBV bringt sich in das Thema Festpreisabsicherung als ein Kooperationspartner der jährlichen [Seminarreihe](#) des ife-Instituts für Ernährungswirtschaft in Kiel zur Fortbildung von Milcherzeugern, Molkereien und Multiplikatoren ein. Im März 2024 wurde hierzu erneut ein [Diskussionsforum](#) unter Federführung des ife-Instituts gemeinsam mit den Kooperationspartnern DBV, DRV und StoneX Group durchgeführt.

Digitalisierung in der Milchwirtschaft

Die Arbeitsgruppe Digitalisierung der Strategie 2030 beschäftigt sich unter Mitwirkung des DBV auf Basis der in 2023 erstellten digitalen Landkarte und des [„10-Punkte-Plans“](#) mit den Themen Datensicherheit und -hoheit sowie Schnitt-

stellen und dem Austausch von Daten entlang der Wertschöpfungskette. Zudem wird derzeit ein Projekt mit dem Fraunhofer Institut FIT mit dem Ziel „Forecasting Produktionsvolumina“ bearbeitet.

Milchforschung intensivieren

Als ein Baustein der Strategie 2030 wird eine zu intensivierende Milchforschung in Deutschland adressiert. Das Themenfeld Forschung und Lehre bedarf abgestimmter Maßnahmen, um die Milchforschung in Deutschland praxistgerecht mit dem Ziel einer nachhaltigen Milchwirtschaft weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse des Auftaktworkshops Anfang 2023 bieten erste Lösungsansätze. Dazu zählen der Ausbau des Netzwerks zwischen Wissenschaft und Praxis, die Forschungsförderung, der internationale Austausch sowie die Außenkommunikation zur Sicherung der Proteinversorgung durch die inländische Milcherzeugung.

Tierwohlthemen weiter im Fokus

In den nächsten Jahren werden mit dem Umbau der Tierhaltung weitere Tierwohlthemen die Verbandspolitik in der Milchviehhaltung prägen: darunter die staatliche Haltungskennzeichnung beim Tierwohl, die aktuelle Novellierung des Tierschutzgesetzes und anstehend die der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Der DBV wirkt u. a. auch als Mitglied des [Expertenbeirats](#) für Rind im „Netzwerk Fokus Tierwohl“ an der Setzung von [Schwerpunkttiteln](#) für die Arbeit des zuständigen Kompetenzzentrums Rind mit, welche für Milchviehhalter praxisnah aufbereitet werden und über Fortbildungsveranstaltungen bzw. Online-Medien zur Verfügung stehen. Das Netzwerk Fokus Tierwohl ist Teil des Bundesprogramms Nutztierhaltung und wird durch das BMEL gefördert.

EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch

Das [EU-Schulprogramm](#) für Obst, Gemüse und Milch wird seit 2021 von der EU überarbeitet. Um das Schulprogramm attraktiver zu gestalten, [fordert der DBV](#) vor allem höhere Finanzierungsbeiträge aufgrund gestiegener Betriebsmittelpreise, erleichterte Umsetzungen des Programms durch Bürokratieabbau und Digitalisierung sowie eine flächendeckende Belieferung der Bildungseinrichtungen.

Milchveranstaltungen finden hohen Zuspruch

Traditionell findet Anfang des Jahres das DBV-Fachforum Milch statt, das 2024 im Rahmen der IGW unter dem Titel „Milchviehhaltung: Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft!“ durchgeführt wurde. Die Veranstaltung stieß erneut auf reges Interesse und wurde mehr als 800-mal über den YouTube-Kanal [„Die Deutschen Bauern“](#), abgerufen.

Traditioneller Branchentreff der deutschen Milchwirtschaft ist das [Berliner Milchforum](#) im Frühjahr eines jeden Jahres. In diesem Jahr traf sich das „Who's who“ der Branche unter dem Motto: „Zeitenwende in der Milchwirtschaft: Wie geht es weiter?“ für den fachlich-politischen Austausch und zum Netzwerken. Das Berliner Milchforum wird vom DBV gemeinsam mit dem MIV und in Kooperation mit dem DRV und der DLG veranstaltet.

EIER UND GEFLÜGEL



Deutschland übernimmt eine führende Rolle beim Ausstieg aus dem Kükentöten, während dies in der EU und weltweit weiterhin üblich ist. Dies führt zu Wettbewerbsnachteilen für die heimische Geflügelwirtschaft.

Verbot des Kükentötens

Mit Beginn des Jahres 2024 trat eine Änderung beim [Verbot des Kükentötens](#) in der Legehennenhaltung in Kraft. Während bisher bereits ab dem 7. Tag ein Verbot des Abbruchs beim Brüten galt, wurde dieser Zeitpunkt nun auf den 13. Bebrütungstag verschoben. Hintergrund ist das Ergebnis einer Studie, die belegt, dass eine [Schmerzempfindung bei Hühnerembryonen](#) erst ab dem 13. Bebrütungstag einsetzt. Der DBV begrüßt diese Anpassung ausdrücklich, da sie die Anwendung sämtlicher verfügbarer Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Ei ermöglicht. Deutschland übernimmt eine führende Rolle beim Ausstieg aus dem Kükentöten, was jedoch zu Wettbewerbsnachteilen für die heimische Geflügelwirtschaft führt. Denn das routinemäßige Töten männlicher Küken der Legehennenrassen ist weiterhin in der EU und weltweit üblich.

Verschärfung der Geflügel-Salmonellen-Verordnung

Ende September 2023 wurde im Bundesrat die Zweite Verordnung zur Änderung der Geflügel-Salmonellen-Verordnung verabschiedet und damit die Angleichung an EU-Recht umgesetzt. Ende letzten Jahres hatte der DBV zum Referentenentwurf kritisch Stellung bezogen. Als äußerst pro-



Quelle: Andreas Göttinger/ Pixabay

blematisch wertete der DBV die zentrale Änderung der Verordnung, wonach bereits positive Befunde aus betriebseigenen Untersuchungen ohne weitere amtliche Untersuchung die Feststellung von Salmonellen begründen.

Novelle der europäischen Vermarktungsnormen für Eier und Geflügelfleisch

Der DBV hat sich aktiv an der Diskussion über die Überarbeitung der Vermarktungsnormen für Eier und Geflügelfleisch beteiligt. Positiv hervorzuheben sind der Wegfall der Aufstallungspflicht im Falle von HPAI, die Erweiterung des Mindesthaltbarkeitsdatums von Eiern auf 28 Tage sowie die Zulässigkeit von Photovoltaik-Anlagen in Freilandhaltungsausläufen. Jedoch lehnt der DBV die wesentliche Änderung in den Vermarktungsnormen ab, nämlich die Kennzeichnung der Eier in der Produktionsstätte, da der damit

verbundene übermäßige Verwaltungsaufwand und die hohen Investitions- sowie Transportkosten insbesondere für die kleinen Erzeuger belastend sind.

Da bei den Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch nicht alle Änderungen in der zurückliegenden Legislaturperiode umgesetzt werden konnten, steht diese Thematik auch nach der Europawahl auf der Agenda. Bei der Überarbeitung hat der DBV gefordert, dass nationale Programme für zusätzlichen Tierschutz neben den neuen europäischen Standards existieren sollten, ohne die bestehenden nationalen Programme zu beeinträchtigen. Die Kennzeichnung der Tierhaltung sollte in das neue System integriert werden. Seitens des BMEL wurde erklärt, dass die Verträglichkeit zwischen dem Informations-technischen Warenverkehr (ITW) und den Vermarktungsnormen grundsätzlich gegeben ist.

SCHAFE, ZIEGEN, LANDWIRTSCHAFTLICHE WILDHALTUNG UND PFERDE



Die Weidetierhaltung ist eine nachhaltige Nutztierhaltungsf orm. Schaf- und Ziegenhaltung, Robust-Rassen in der Pensionspferdehaltung und insbesondere die landwirtschaftliche Wildhaltung finden teils ganzjährig im Außenbereich art- und tier- schutzgerecht statt.

Wirtschaftlichkeit sichern

Gemeinsam mit den Spezialverbänden – [Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände VDL](#), [Bundesverband Deutscher Ziegenzüchter](#), [Bundesverband für landwirtschaftliche Wildhaltung](#) – und der [Deutschen Reiterlichen Vereinigung](#), ist es Ziel des DBV, diese besondere politisch wie auch gesellschaftlich gewünschte Form als wirtschaftliche Weidetierhaltung zu sichern. Besonderes Konfliktpotenzial ergibt sich aus der unkontrollierten Verbreitung des Wolfes (mehr zum Wolf in Kapitel [Umweltpolitik](#)).

Gemeinsame Agrarpolitik muss wirtschaftliche Perspektiven sichern

Mit der Kopplung in der ersten Säule der GAP für Schafe und Ziegen wird mit ca. 38 Euro je Tier über 10 Monate Alter und damit insgesamt ca. 43 Mio. € eine sichere einkommenswirksame Unterstützung vorgenommen: eine wichtige Weichenstellung, um eine Erhöhung des Selbstversorgungsgrades, der mittlerweile deutlich unter 50 Prozent abgefallen ist, sicherzustellen. Diese Prämie ist ein tierbezogener Einkommensausgleich, der durch effiziente Agrarumweltprogramme der zweiten Säule, zu der Weidetierprämien zählen dürfen und auch sollten, aufgestockt werden muss. Es bedarf daher bei den Zweite-Säule-Maßnahmen einer stärkeren einkommenswirksamen Budgetierung, um den besonderen Leistungen im Küsten- und Erosionsschutz und bei den FFH-Aufgaben Rechnung zu tragen. Mit der Einführung dieser Tierprämie mit der neuen GAP haben sich die Schafbestände im Bundesgebiet mit ca. plus 2 % leicht positiv entwickelt. Allerdings wird diese Tierprämie durch eine überhöhte Bürokratie begleitet, die es zwingend abzubauen gilt.



Quelle: AdobeStock/powell83

Beweidung von Öko-Flächen durch Schafhaltung ermöglichen

Die neue Öko-Verordnung verbietet aus unbegreiflichen Gründen die seit Jahrzehnten praktizierte kurzzeitige Beweidung von Öko-Flächen durch die konventionelle Schafhaltung. Ein wichtiger und erfreulicher Erfolg ist, dass in einigen Bundesländern Sonderregelungen für die Beweidung vereinbart und festgelegt wurden, zumal durch die Überweidung kein Nährstoffeintrag, sondern vielmehr ein Nährstoffaustrag stattfindet. Diesen Beispielen haben sich dankenswerterweise weitere Bundesländer angeschlossen.

Export nach neuer TSE- und TBC-Regelung

Nachdem die Ziegenzuchtbetriebe jahrelang zahlreiche Auflagen für den Export erfüllen mussten, ist es seit wenigen Jahren möglich, TSE-resistente (Transmissible Spongiforme Enzephalopathie) Ziegen zu züchten. Das Monitoring, mit dem „TSE-freie“-Rassen identifiziert werden, wird fortgesetzt. Dennoch erschweren überzogene TBC-Vorsorgemaßnahmen weiterhin den Export. Erfreulicherweise wurde eine neue Risikobewertung auf den Weg gebracht, um basierend auf den aktuellen Ergebnissen die Handelsbeschränkungen neu verhandeln zu können. Hier braucht es rasche Lösungen, um eine Einengung der genetischen Vielfalt zu vermeiden - auch von gefährdeten und vom Aussterben bedrohten Rassen.

Arzneimittelnotstand – ein großes Tierschutzproblem

Für kleine Wiederkäuer besteht bei speziellen Erkrankungen ein zunehmender Arzneimittelnotstand, was ein großes Tierschutzproblem darstellt. Arzneimittel für „große“ Wiederkäuer können nicht ohne weiteres für den Einsatz bei kleinen Wiederkäuern umgewidmet werden. Ein weiteres Problem ist, dass die Entwicklung von neuen Arzneimitteln für die Pharmunternehmen aufgrund der hohen Kosten nicht lukrativ ist. Der DBV fordert daher, dass Arzneimittel für kleine Wiederkäuer, die in anderen EU-Mitgliedsländern zugelassen sind, auch in Deutschland eingesetzt werden dürften.

Export von Schlachtnebenprodukten und leichten Lämmern nach China

China bezieht nicht nur Lammfleisch aus Neuseeland, sondern auch aus Europa, insbesondere aus Irland. Auch von deutscher Seite wird intensiv an der Grenzöffnung für deutsches Lammfleisch gearbeitet. Bestimmte Teilstücke der Schlachtkörper und leichte Lämmer, die im Zuge der Agrarumweltprogramme zunehmend zum Einsatz kommen, lassen sich beim Lebensmitteleinzelhandel kaum bzw. nicht vermarkten, werden jedoch wegen der landestypischen Verzehrsgewohnheiten von China nachgefragt. Damit würde dem ganzheitlichen Gedanken und damit der fast vollständigen Verwertung des Tieres auch aus ethischen Gründen

Rechnung getragen, anstatt wegen des fehlenden Binnenabsatzes Teilstücke entsorgen zu müssen. Bisherige Gespräche u.a. mit Vertretern der chinesischen Botschaft waren erfolgreich. Auch die jüngsten Aktivitäten des BMEL mit Bereisung der VR China sind zu begrüßen und lassen auf eine Grenzöffnung hoffen.

Schafwolle als nachwachsenden Rohstoff fördern

Schafwolle kann durch seine vielseitigen Eigenschaften auch fossile Rohstoffe, die immer weniger verfügbar sind, ersetzen. Allerdings wurde Schafwolle als Agrarprodukt in den Römischen Verträgen bei der Auflistung „vergessen“. Damit ist die Förderung dieses Rohstoffs aus dem Agrarretat nur schwer möglich. Zudem ist Rohschafwolle als K3-Produkt gleichsam wie Schlachtnebenprodukte (Blut, Innereien) eingestuft worden und bedarf für den Transport als frisch gewonnene Schweißwolle besonderer Behältnisse; diese Bedingungen erschweren eine effiziente Vermarktung der Schafwolle als Rohstoff. Auch die fehlende Wollwaschanlage erschwert die Verwertung dieses wertvollen Rohstoffes. Deshalb bedarf es einer Behandlung der gesamten Schafwollthematik anlässlich einer AMK-Sitzung, weil das Thema alle Bundesländer und hier die Landwirtschaftsressorts betrifft.

Tierschutz – eher verschlechtert

Mit den aktuellen Vorschlägen auf nationaler Ebene zur Änderung des Tierschutzgesetzes und auf EU-Ebene zur Änderung der TierschutztransportVO wird aus nicht nachvollziehbaren Gründen erneut die Haltung, Betreuung und Vermarktung von Schafen, Ziegen und der landwirtschaftlichen Wildhaltung verschärft. Am Beispiel des Schwanzkupierverbotes wird deutlich, dass eine Maßnahme zur Vermeidung des Befalls mit Ektoparasiten, die zudem nur bei einigen Rassen in bestimmten Haltungsformen Anwendung findet, zukünftig untersagt werden soll, was letztendlich den Tierschutz und damit das Tierwohl verschlechtert.

Auch die Transporteinschränkungen werden zu einem Rückgang des Zuchttierausstausches und damit einer genetischen Verengung führen. All diejenigen, die keine Direktvermarktung vornehmen können, sind zudem auf den Transport der Tiere zur Sicherung der Absatz- und damit der Vermarktungswege angewiesen.

Bekämpfung von BTV3

Nach BTV 8 vor einigen Jahren ist der aktuelle Erreger BTV 3, der bereits zur Ausweisung von Restriktionsgebieten in Niedersachsen, NRW und neu in Rheinland-Pfalz geführt hat, für die kleinen

Wiederkäuer deutlich gefährlicher. Deshalb wird dafür gekämpft, dass rechtzeitig vor dem Gnitzenflug im Jahr 2024 nicht nur der Impfstoff verfügbar wird, sondern die Impfaktionen finanziell unterstützt werden; eine wichtige Maßnahme zur Vermeidung von massiven Ausfällen auch bei den Jungtieren.

Pferdehaltung ist wichtiger Wirtschaftsfaktor

Die Pferdehaltung ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein wertvolles Kulturgut, das im Bundesgebiet von ca. 2 Mio. Menschen genutzt wird. Allein die Pensionspferdehaltung verzeichnet jährliche Umsätze von über 700 Millionen Euro. Der DBV thematisiert die für die Pensionspferdehaltung relevanten Themen im DBV-Arbeitskreis Pferdewirtschaft. Eingebunden sind neben der Reiterlichen Vereinigung (FN) als assoziiertes DBV-Mitglied auch Experten aus anderen Organisationen wie beispielsweise der Bundesvereinigung der Berufsreiter (BBR). Dauerthema ist der Schutz vor Wölfen und das dringend notwendige Wolfsmanagement, der Tierschutz, der Arbeitsschutz und die Ausbildung. Eine neue Herausforderung ist die Gebührenordnung für tierärztliche Leistungen, die zu erheblichen finanziellen Belastungen führt.

TIERGESUNDHEIT



Die Tierseuchenbekämpfung wird weiterhin mit höchster Priorität vorangetrieben. Im Fokus stehen neben Biosicherheitsmaßnahmen vor allem auch mögliche Impfungen.

HPAI: Seuchensituation und Impfschutz für Geflügel in Deutschland

Ein zentrales Thema im DBV ist die hochpathogene aviäre Influenza (HPAI) sowie Überlegungen zum Impfschutz von Geflügel in Deutschland. Die Impfung gegen HPAI zielt darauf ab, nicht nur vor der Krankheit zu schützen, sondern auch das Infektionsrisiko durch eine reduzierte Virusausscheidung bei kontrolliert geimpftem Geflügel zu mindern. Zwischen dem 1. Oktober 2023 und dem 10. April



2024 gab es in Europa 212 Ausbrüche von Geflügelpest, wobei etwa 6,4 Millionen Tiere gekeult wurden. Ungarn verzeichnete die meisten Ausbrüche (76), gefolgt von Polen (34), Bulgarien (16) und Deutschland (29). In Deutschland wurde mittlerweile eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um die Rahmenbedingungen für eine nationale Impfkampagne festzulegen, da seit drei Jahren keine Woche ohne neue Fälle von HPAI bei Wildvögeln vergeht. Bisher wurden in Deutschland über 4 Millionen Stück Geflügel gekeult. Das Friedrich-Löffler-Institut (FLI) führt derzeit eine Studie zur Impfstoffeffizienz an Gänsen durch und untersucht fünf verschiedene Vakzine von vier Herstellern. Ebenso wie das FLI erachtet der DBV die Impfung als sinnvolle Maßnahme, die differenziert und je nach Geflügelart und Umgebung betriebsindividuell angepasst werden sollte, vor allem in Gebieten mit erhöhtem Risiko.

Afrikanische Schweinepest: Fortschritte bei Bekämpfung

Im vergangenen Jahr gelang es, die Afrikanische Schweinepest (ASP) in vielen Gebieten von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg erfolgreich zu tilgen, was zur weitgehenden Aufhebung der sogenannten Sperrzone II (infiziertes Gebiet) führte. Auch im Freistaat Sachsen ist es durch den Bau von Zäunen, durch Suche und Bergung von Kadavern sowie durch intensive Bejagung des Schwarzwilds auch in eingerichteten Schutzkorridoren trotz der weiteren Ausbreitung gelungen, die ASP auf die Landkreise Görlitz und Bautzen sowie Teile des Landkreises Meißen zu beschränken.

Durch die intensive Zusammenarbeit einer Expertengruppe wurden umfassende Leitlinien für die Haltung von Schweinen in Auslauf- und Freilandhaltung trotz ASP erarbeitet. Der Erlass vom 8. Mai 2019, der ein generelles Verbot der Auslauf- und Freilandhaltung im Falle von ASP vorsah, wurde aufgehoben. Künftig müssen verstärkte Vorsorgemaßnahmen geplant werden, um im Falle eines Ausbruchs schnell reagieren zu können. Im Ernstfall obliegt es der zuständigen Behörde, zu entscheiden, welche zusätzlichen Biosicherheitsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um die Auslauf- und Freilandhaltung weiterhin zu ermöglichen.

Blauzungenkrankheit (BTV-3): Impfstoff dringend benötigt

Angesichts der besorgniserregenden Lage, ähnlich dem BTV-8-Geschehen im Jahr 2007, hat der DBV das BMEL frühzeitig



Quelle: AdobeStock/Sonja Filitz

auf die Dringlichkeit eines Impfstoffs gegen die Blauzungenkrankheit Serotyp 3 hingewiesen. Es wurden bereits auf verschiedenen Ebenen Maßnahmen ergriffen, um sich gegen die bevorstehende Gefahr durch die Gnitzen zu wappnen. Seit dem ersten Auftreten der Blauzungenkrankheit Serotyp 3 (BTV-3) am 12. Oktober 2023 wurden in Deutschland knapp 50 Ausbrüche bei Schafen und Rindern registriert (Stand: April 2024). Die meisten Ausbrüche traten in Niedersachsen auf, aber auch Nordrhein-Westfalen meldete Ausbrüche. In allen anderen Bundesländern bleibt der Status weiterhin seuchenfrei.

Im November letzten Jahres lockerte die EU-Kommission die Vorschriften für das innergemeinschaftliche Verbringen empfindlicher Tiere in die Niederlande und nach Belgien. Der DBV hatte sich zuvor intensiv für Erleichterungen im Kälberhandel beim BMEL eingesetzt. Zuvor waren eine Repellentienbehandlung mindestens sieben Tage vor dem Transport und ein negativer PCR-Test erforderlich. Ende Januar wandte sich das BMEL mit einer Anfrage zur Impfbereitschaft gegen BTV-3 an den DBV. Die rückgemeldeten Informationen wurden dem Verband der Impfstoffhersteller im Bereich Tiergesundheit (Animal Health Europe) zur Verfügung gestellt, um den Markt für BTV-3-Impfstoffe zu bewerten. Die Rückmeldungen der Landesbauernverbände zeigten eine hohe Impfbereitschaft in den von BTV-3 betroffenen

Regionen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, mit einer überraschend hohen Zustimmung von 90 % der Rinderhalter am Niederrhein. Für Schafe und Ziegen kann insgesamt eine hohe Impfbereitschaft von knapp 80 % angenommen werden, da Berichte aus den Niederlanden zu großer Verunsicherung unter den Tierhaltern geführt haben. In noch nicht betroffenen Regionen Deutschlands ist die Impfbereitschaft geringer, wobei Verbringungsverbote und Vermarktungsmöglichkeiten eine entscheidende Rolle für die Impfbereitschaft spielen.

Tierarzneimittelgesetz: neue Nutzungsarten sowie neue Fristen und Pflichten

Ab Anfang 2023 wurden die Vorschriften zur Meldung von Antibiotikaeinsätzen erweitert, um Milchkühe, Sauen, Saugferkel, Legehennen und Junghennen einzubeziehen. Außerdem wurde die Meldepflicht vom Tierhalter auf die Tierärzte übertragen. Zusätzlich müssen Tierhalter nun auch Tierbewegungen in der staatlichen Antibiotika-Datenbank (TAM) dokumentieren. Der DBV hatte gemeinsam mit anderen Verbänden bereits in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf auf die potenziellen Probleme hingewiesen, die sich aus der umfangreichen Erweiterung und den kurzfristigen Anpassungen der Eingabemasken und Schnittstellen ergeben könnten. Als sich im Verlauf des Jahres 2023 diese Bedenken durch Rückmeldungen aus der Praxis bestätig-

ten, wandte sich der DBV zusammen mit weiteren Verbänden Anfang 2024 an das BMEL und die Bund-Länder-TAM-Gruppe, um auf die entstandenen Fehler bei den Ergebniswerten hinzuweisen. Aus Sicht des DBV sollte dieses erste Auswertungsjahr lediglich als Testjahr gesehen werden ohne Umsetzung von Maßnahmenplänen.

Tiergesundheitsdatenbanken: DBV fordert wirtschaftsgetragene Lösungen
Gemäß den Vereinbarungen im Koali-

tionsvertrag strebt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Tiergesundheitsstrategie die Etablierung einer umfassenden staatlichen Tiergesundheitsdatenbank an. Der DBV hat hierzu bereits auf verschiedenen Ebenen Gespräche mit relevanten Akteuren geführt. Eine Arbeitsgruppe hat dazu ausführlich das neue Informationssystem Tiergesundheit 4.0 aus Nordrhein-Westfalen beleuchtet und eingehend diskutiert. Der DBV betont dabei seine Präferenz für eine Lösung, die von der Wirtschaft getra-

gen wird, z.B. wie sie bei der QS Qualität und Sicherheit GmbH aufgebaut wurde. Wichtig ist, dass es zu keiner doppelten Datenerfassung kommt und vorhandene wirtschaftsgetragene Datenbanken nach Zustimmung des Landwirts in ein staatliches System integriert werden können. Dazu wurde im Rahmen der Grünen Woche 2024 ein Fachforum durchgeführt, um verschiedene Lösungsansätze in einer Diskussion zu vertiefen.

FUTTERMITTEL

Mit einer hohen Qualität der Nutztierfütterung leisten die Tierhalter einen entscheidenden Beitrag für die Tiergesundheit und das Tierwohl.

Zusatzmodul QS-Sojaplus

Damit ab 2024 künftig jedes QS-zertifizierte Futter aus zertifizierter landwirtschaftlicher Primärproduktion stammt, konnte mit dem Zusatzmodul für sojahlaltige Futtermittel bei QS ein weiterer Schritt in Richtung nachhaltiger Fütterung und Verbesserung des CO₂-Fußabdrucks erreicht werden. Die neue Regelung soll sicherstellen, dass Futterkomponenten auf Sojabasis nachhaltig und entwaldungsfrei angebaut wurden. Das QS-Prüfzeichen steht somit nicht nur für Lebensmittelsicherheit, sondern auch für eine nachhaltigere Eiweißpflanzenstrategie. Für den DBV bedeutet das Ergebnis der intensiven Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Beteiligten der Branche einen bedeutenden Schritt für nachhaltigeres Futter auf den Betrieben.

Neue Futtermittelvereinbarung für QM-Milch

Wesentliche Änderungen in der QM-Futtermittelvereinbarung ab 1.1.2024 betreffen den verpflichtenden Bezug von nachhaltig und entwaldungsfrei zertifiziertem Soja (z.B. nach QS Sojaplus) sowie die Verbesserung des Kontroll- und Warnsystems in Ereignisfällen. In Ereignisfällen, also beim Fund unerwünschter Stoffe in Futtermitteln, wird künftig ein detaillierter Informationsfluss von Futtermittelunternehmen über QM-Milch direkt zu ggf. betroffenen Molkereunternehmen und



Quelle: Elena/Adobe Stock

LandwirtInnen gewährleistet. Es wurden außerdem ein Aktionsgrenzwert sowie ein Höchstgehalt für Aflatoxine eingeführt, die an die Stelle des bisherigen Aflatoxin-Richtwerts treten. Mit Einführung dieser

Werte wird neben der Gewährleistung des Meldewesens insbesondere die Rücknahme betroffener und bereits ausgelieferter Ware geregelt.



Pflanzliche Erzeugung

Quelle: © DBV/ Johannes Meierhofer

GETREIDE



Der Ackerbau ist mit den deutlich spürbaren Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert. Auch der anhaltende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine schlägt weiterhin auf den europäischen Getreidemarkt durch.

Von der Achterbahn in die Geisterbahn

Der Witterungsverlauf 2023 zeigte auf Neue die deutlich spürbaren Auswirkungen des Klimawandels. Gerade die extreme Trockenheit in den Wachstumszeiträumen, gepaart mit den Niederschlägen zur Ernte, stellte die Landwirte in Deutschland erneut vor große Herausforderungen. Die Bestände hatten unter dem wochenlangen Regen teilweise stark gelitten. Die

Ernte war dementsprechend logistisch extrem anspruchsvoll und in Menge und Qualität insgesamt deutlich unterdurchschnittlich. Zu allem Überfluss glichen die Märkte im Jahr 2023 spätestens seit Jahresmitte einem Besuch auf dem Jahrmarkt: Voller Spannung und Überraschung und mit leider erschreckendem Ende. Waren die Preise bis zum Sommer noch durchaus ansehnlich, änderte sich dies rapide, nachdem klar wurde, dass Russland die ukrainischen Exporte auf dem Seeweg auch nach dem Auslaufen der sogenannten „Schwarzmeer-Initiative“ nicht behindern konnte oder wollte. Verstärkt wurde der Preisdruck auch durch die nach wie vor auf dem Landweg stattfindenden Importe ukrainischer Ware in die EU. Wesentlich größere preisliche Auswirkungen hatten jedoch die erheblichen Mengen an russischem Getreide, die zu niedrigen Preisen in den Weltmarkt gedrückt wurden. Sie sorgten dafür, dass sich

die Kurse rund um den Globus bis zum Jahresende weiter im Sturzflug befanden.

Dies gilt indes nicht in gleichem Maße für die Betriebsmittelpreise. Zwar ist Dünger wieder deutlich billiger als noch im Sommer 2022, die Preise bewegen sich aber immer noch weit über dem Niveau der Jahre davor. Bei Pflanzenschutzmittel und Diesel hingegen sind die Preise nach wie vor sehr hoch. Kosteneffizienz ist also wichtiger denn je und war daher auch Schwerpunkt des [DBV-Ackerbauforums](#) im badischen Kippenheimweiler. Intensiv wurde an zwei Tagen die Frage diskutiert, welchen Beitrag digitale Techniken hier leisten können und welche Potenziale sich mit teilflächenspezifischer Bewirtschaftung noch erschließen lassen. Für eine schnellere Verbreitung der Technik in die Praxis braucht es nach Einschätzung der Teilnehmer neben finanziellen Anreizen vor allem eine gezieltere Beratung.

SAATGUTFRAGEN



Nachhaltiger Pflanzenbau braucht hochwertiges Saatgut. Doch die Saatgutverfügbarkeit ist insbesondere aufgrund widriger Witterungsverhältnisse knapp. Auch muss das Potenzial innovativer Techniken in der Züchtung genutzt werden.

Saatgutsektor stärken

Die Qualitäten im Saatgutbereich waren im Jahr 2023 eher unterdurchschnittlich. Die schwierigen Vegetationsbedingungen führten dazu, dass sich das Getreide oft nicht optimal entwickeln konnte und die Keimfähigkeit hat häufig gelitten. So ist die Saatgutverfügbarkeit zum Ende des Jahres knapp. Verschärft wird die Situation zusätzlich durch die Überflutungen in einigen Regionen kurz vor Weihnachten, da vielerorts eine erneute Aussaat notwendig wurde. Diese Problematik hat der DBV politisch thematisiert und wird dies auch weiter aktiv begleiten.

Im Juli 2023 wurde von der EU-Kommission ein Entwurf für eine Verordnung für das Inverkehrbringen und Zulassen von Pflanzenvermehrungsmaterial veröffentlicht. Dieser zielt auf eine Harmonisierung auf europäischer Ebene ab. Der DBV setzt sich hier für plausible und praxisnahe Regularien ein, die den Saatgutsektor stärken.



Quelle: Countrypixel/ Adobe Stock

Neue Züchtungsmethoden ermöglichen

Der Umgang mit dem Klimawandel und Klimaanpassung sind gemeinsame Aufgaben für Landwirte und Züchter, die neue Wege erfordern. Mit den Neuen Züchtungstechniken (auf Englisch New Breeding Techniques und im Folgenden NBTs genannt) werden diese Herausforderungen besser zu meistern sein. Der Werkzeugkasten der Pflanzenzüchtung sollte daher um dieses Instrument erweitert werden. Dazu notwendig ist ein neuer Rechtsrahmen. Das derzeitige Gentechnikrecht ist für die NBTs nicht sinnvoll anwendbar und ist eine faktische Blockade. Dabei liegen die Vorteile der Genomeditierung durch die deutliche Beschleunigung des Züchtungsprozesses und der damit möglichen schnellen Verbesserung alter Landsorten oder der Domestizierung stressresistenter Wildpflanzen auf der Hand. Die Hauptanwen-

dungsbereiche sind in der Verbesserung agronomischer Eigenschaften (Ertrag und Wachstumseigenschaften), einer verbesserten Nahrungs- und Futtermittelqualität und nicht zuletzt einer verbesserten Krankheitsresistenz zu sehen.

Im Sommer 2023 hat die EU-Kommission nun den lang erwarteten Vorschlag zu einer Deregulierung der sogenannten Neuen Züchtungsmethoden vorgelegt. Diese werden vom DBV überwiegend positiv beurteilt. Der pragmatische Vorschlag ist eine brauchbare Grundlage für eine Diskussion. Insbesondere bei der Patenfrage besteht aber noch erheblicher Nachbesserungsbedarf. Es darf grundsätzlich keine Patente auf Organismen, biologisches Material oder Gensequenzen geben. Das ist sowohl eine ethische Frage als auch eine klare Forderung von Seiten der Landwirtschaft.

EIWEISSPFLANZEN



Die heimischen Öl- und Eiweißpflanzen stellen ein breites Portfolio für erweiterte Fruchtfolgen, die ein wichtiges Element des Ackerbaus – gerade auch mit Blick auf den Klimawandel – sind.

Erzeugung für den Lebensmittelmarkt immer wichtiger

Mit der neuen GAP-Förderperiode haben



Quelle: WFR

sich die Rahmenbedingungen für den Eiweißpflanzenanbau geändert: Die ehemalige 2. Säule-Maßnahme „Vielfältige Fruchtfolge mit 10 % Leguminosen“ wird ab Anfang 2023 als einjährige Maßnahme in Form der Ökoregelung 2 bundesweit einheitlich angeboten. Im Hinblick auf den zunächst deutlich niedrigeren Fördersatz von nur noch 30 Euro/ha waren DBV und UFOP mit der Forderung nach einer Erhöhung erfolgreich: zunächst auf 45 Euro/ha und für 2024 auf 60 Euro/ha. Mehr Bundesländer müssen jetzt mit einer Komplementärmaßnahme der 2. Säule die Körnerleguminosen noch deutlicher unterstützen. Im Ackerbau

war die Ökoregelung 2 im Jahr 2023 die erfolgreichste Maßnahme und konnte 65 % der vom BMEL kalkulierten Zielfläche erreichen.

LeguNet mit Schwerpunkt bei Absatzmärkten

Im Rahmen der Eiweißpflanzenstrategie des BMEL wurden bisher einzelne Netzwerke gefördert. Ab Anfang 2023 wurde das bereits seit Anfang 2022 laufende neue Netzwerk [LeguNet](#) nochmals deutlich erweitert. Mit jetzt 17 Projektpartnern steht nun nahezu in jedem Bundesland auch ein Regionalmanager zur Verfügung, um sich sowohl um Anbaufragen bei Ackerbohnen, Körnererbsen, Süßlupinen

und Sojabohnen als auch um die Vermarktung und den Aufbau von Wertschöpfungsketten bis zum Endverbraucher zu kümmern.

UFOP-Strategie „10+10“

Insbesondere pflanzliche Proteine aus heimischem Anbau wie z.B. Proteinisolate aus Süßlupinen und Körnererbsen sowie glutenfreie Mehle aus Ackerbohnen stoßen bei Verbrauchern und Ernährungsindustrie auf immer mehr Akzeptanz. Aber auch die Futtermittelhersteller interessieren sich zunehmend für heimische [Eiweißfuttermittel](#).

KARTOFFELN



Der DBV setzt sich für beschleunigte Zulassungen neuer Pflanzenschutzmittel im Kartoffelanbau ein.

frage vorhanden. Auch die deutschen Verbraucher kaufen gerne Kartoffeln ein, wobei der Preis die Nachfrage entscheidend beeinflusst.

Wenig Pflanzgut aufgrund widriger Witterungsverhältnisse

In der letzten Vegetationsperiode sorgten starke Regenfälle im August für einen erhöhten Schädlingsdruck, so dass die Qualitäten litten. Zusätzlich verzögerte die fehlende Befahrbarkeit der Flächen die Ernte. In diesem Jahr wurden die Knollen teilweise mit erheblicher Verzögerung ausgepflanzt und konnten sich durch das kalte und nasse Frühjahr nur langsam entwickeln. Es steht außerdem nur wenig Pflanzgut zur Verfügung, weil es zu

vielen Aberkennungen auf Grund geringer Qualitäten kam. Um dafür Lösungen zu finden, ist der DBV im Austausch mit den Züchtern, der Bundesregierung und der EU-Kommission.

Zulassung von Pflanzenschutzmitteln beschleunigen

Der Rückgang verfügbarer Wirkstoffe beim Pflanzenschutz im Kartoffelanbau macht sich immer deutlicher bemerkbar. Besonders bei der Lagerung gibt es zunehmend Probleme mit verfrühter Keimung, die ohne entsprechende Mittel nicht verhindert werden kann. Der DBV setzt sich daher dafür ein, auch im Kartoffelbereich die Zulassungen für neue Pflanzenschutzmittel zu beschleunigen.



Quelle: Pixabay/Wolfgang Ehncke

OBST, GEMÜSE UND SONDERKULTUREN



Die Rahmenbedingungen für die Erzeugung von Obst und Gemüse in Deutschland haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Dies stellt den Sektor vor neue große Herausforderungen.



Quelle: Pixabay/Jai79

Hoher Kostendruck belastet

Drastisch gestiegene Kosten insbesondere im Mindestlohnsegment, aber auch für nahezu alle Produktionsmittel, eine unzureichende Zulassungssituation bei Pflanzenschutzmitteln und weiterhin rückläufiger Konsum besonders beim Obst, bringen viele Obst- und Gemüsebaubetriebe in Bedrängnis. Dabei hat sich die Marktsituation speziell für Tafeläpfel nach zwei ruinösen Jahren in den vergangenen Monaten entspannt.

Agrarpolitik dringend anpassen

Für den Erhalt einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Produktion von Obst und Gemüse in Deutschland und um den

Selbstversorgungsgrad von ca. 30 % bzw. knapp 40 % nicht noch weiter absinken zu lassen, fordert der Bundesausschuss Obst und Gemüse (BOG) gemeinsam mit seinen Trägerverbänden DBV, DRV und ZVG eine ideologiefreie und zukunftsfähige Agrarpolitik noch in dieser Legislaturperiode. Konkrete Forderungen und Lösungsvorschläge sind:

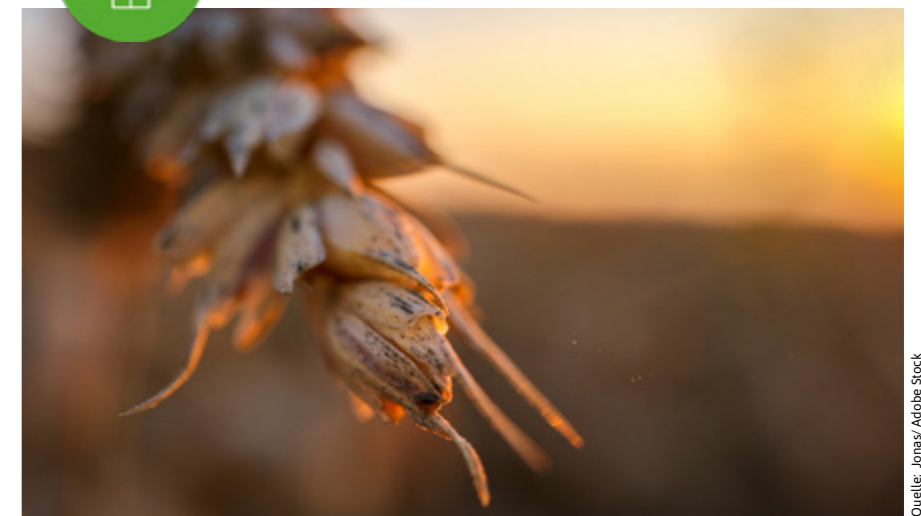
- Sonderregelungen bei der Beschäfti-

- Nachhaltigkeitskonzepte zur Weiterentwicklung der integrierten Produktion,
- Förderung von Mehrgefahrenversicherungen auf Bundesebene,
- Bildung steuerfreier Risikorücklagen,
- Verbesserung der Zulassungssituation im Pflanzenschutz.

PFLANZENSCHUTZ



DBV erringt wichtigen Erfolg: Der EU-Vorschlag zum Nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (SUR) muss überarbeitet werden.



Quelle: Jonas/Adobe Stock

SURprise in Brüssel

Am 23. November 2023 sorgten die Abgeordneten des Europaparlaments für eine riesige politische Überraschung und legten der EU-Kommission den Vorschlag zum Nachhaltigen Einsatz von [Pflanzenschutzmitteln \(SUR\)](#) gewissermaßen als vorgezogenes Nikolaus-Geschenk zur Überarbeitung wieder vor die Tür. Dies ist vor allem das Ergebnis einer hervorragenden Leistung des DBV gemeinsam mit der gesamten Verbändefamilie. In vielen Gesprächen auf allen Ebenen konnte der Politik erfolgreich vermittelt werden, welche drastischen negativen Auswirkungen eine Umsetzung der Pläne in der vorliegenden Form mit sich gebracht hätten.

In Brüssel scheint insgesamt angekommen zu sein, dass man sich nicht vollständig von der Realität verabschieden kann. Denn nur wenige Wochen nach diesem Paukenschlag gab es eine weitere kleine Überraschung: Den Empfehlungen der dafür zuständigen Fachbehörden (EFSA und ECHSA) folgend wurde Glyphosat erneut zugelassen, und zwar für 10 Jahre.

Diese Entwicklungen geben Anlass zur Hoffnung, dass wieder stärker fachliche Abwägungen statt politischer Ideologien die Grundlage für Entscheidungen beim Thema [Pflanzenschutz](#) werden. Entscheidend wird sein, wie sowohl die neue EU-Kommission als auch das neue Parlament ab Mitte 2024 aussehen werden.



Öko-Landbau und Regionalvermarktung

ÖKO-LANDBAU

Seit vielen Jahrzehnten vertritt der DBV auch die Interessen der Öko-Landwirte. Die im DBV engagierten Öko-Landwirte sind überwiegend zugleich Mitglieder in einem der deutschen Öko-Anbauverbände. Der DBV plädiert für ein marktorientiertes Wachstum des Öko-Landbaus statt für politische Zielvorgaben.

Ambitionierte politische Ausbauziele für den Öko-Landbau seit Jahren im Hintertreffen

Die politischen Ziele für den Öko-Landbau sind sehr hochgesteckt. Das nationale Ziel wurde im Jahr 2021 von der Bundesregierung von 20 % Flächenanteil bis 2030 auf 30 % erhöht. Auf EU-Ebene wird im Rahmen der Farm-to-Fork Strategie ein Anteil von 25 % angestrebt. Damit gibt die Politik ambitionierte Ziele für das weitere Wachstum vor.

Der Flächenanteil in Deutschland im Dezember 2023 beträgt aber 11,8 %. Über zwanzig Jahre nach Ausrufung des 20-Prozent-Ziels durch die damalige Bundes-

ministerin Künast hinkt die Entwicklung des Öko-Landbaus noch immer der Erreichung dieser politischen Zielsetzung hinterher. Das liegt daran, dass der gesicherte Öko-Absatz zu auskömmlichen Erzeugerpreisen für umstellungsinteressierte Landwirte wichtiger ist als politische Ziele und Förderinstrumente. Allein die gewährten staatlichen Öko-Fördermittel machen eine Umstellung i.d.R. nicht rentabel. Die Betriebe sind daher neben der staatlich gewährten Ausgleichsprämie auf ein höheres Preisniveau und Absatzsicherheit im Öko-Segment angewiesen ist, um ökonomisch nachhaltig zu wirtschaften. Daher plädiert der DBV für marktorientiertes Wachstum des Öko-Landbaus. Nach DBV-Einschätzung besteht je nach wirtschaftlicher Konjunktur genügend Nachfragepotenzial, um mittelfristig rund 20 % Öko-Anteil an der deutschen Landwirtschaftsfläche zu erreichen. Auch das Umstellungsinteresse in der deutschen Landwirtschaft ist hoch genug, um bei Absatzsicherheit schnell 20 % Flächenanteil zu erreichen.

Nachfrage hat sich 2023 erholt nach Rückgang im Jahr 2022

Das Inflationsjahr 2022 mit erheblichen Reallohnverlusten ließ die Öko-Nachfrage erstmals um 3,5 % zurück gehen. 2023 hat sich wieder ein Umsatzwachstum von 5 % eingestellt. Der deutsche [Öko-Gesamt-](#)

[umsatz](#) erreichte mit 16 Mrd. Euro einen neuen Spitzenwert.

In den 2010er Jahren belief sich das durchschnittliche Nachfragewachstum auf gut 7 % jährlich und im Jahrzehnt davor auf nahezu 10 % jährlich. Einen Spitzenwert von plus 22 % wurde im ersten Coronajahr 2020 erzielt. Diesen extremen Zuwachs konnte der Öko-Markt 2023 sogar ausbauen, inflationsbereinigt zumindest halten. Die Wachstumszahlen der ersten zwei Jahrzehnte des Jahrhunderts würden fortgerechnet zur Absicherung von 20 % Öko-Flächenanteil in Deutschland bis zum Jahr 2030 reichen. Die weitere Entwicklung hängt davon ab, wie die deutschen Konsumenten ihre wirtschaftliche Lage einschätzen, nachdem die Energiepreise wieder auf dem Niveau von vor 2022 liegen. Ein dauerhaftes Ende des Megatrends zu mehr Öko-Lebensmitteln ist nicht zu erwarten. Angebotsgetrieben wächst die Nachfrage dadurch, dass die großen Ketten des Lebensmitteleinzelhandels ihre Sortimente weiter ausbauen, und dabei verstärkt auf deutsche Öko-Verbandsware setzen.

Förderpolitik: auf Absatzstärkung, Forschung und verlässliche Öko-Prämie setzen

Die Entwicklung bestätigt die Einschätzung des DBV, dass ambitionierte politi-

Preis-Premium schafft Umstellungsinteresse

Die ambitionierten Wachstumsziele korrespondierten lange mit einem besonders hohen Umstellungsinteresse der deutschen Bauern. Im Dezember 2021 erreichte das Umstellungsinteresse laut DBV-Konjunkturbarometer einen Höchstwert von rund 20 % der deutschen Landwirte. Die veränderte Marktlage nach dem Beginn des Ukrainekrieges führte zu einem starken Rückgang des Umstellungsinteresses. Im Dezember 2022 waren laut Umfrage nur noch 11 % der Landwirte an einer Umstellung interessiert. Das war der niedrigste Wert seit 2014.

Die Umstellungsrate belief sich 2023 auf 4,1 %. Seit 2018 – damals betrug sie 9,1 % - ging sie stetig zurück und stabilisierte sich nun bei etwa 4 % jährlich. Das sich nach acht Jahren besonders starken Umstellungsinteresses wieder der Wert von vor zehn Jahren einstellt, liegt v.a. am zu geringen

Preis-Premium der Öko-Erzeugerpreise (also der Rohwarenpreise) und an der als zu gering wahrgenommenen Absatzsicherheit. Darauf weisen die Antworten auf die Zusatzfragen nach den wichtigsten Voraussetzungen für eine Umstellung hin. 53 % der an einer Umstellung interessierten Landwirte sahen höhere Preise (Vorjahreswert 35 %) und 42 % gesicherte Abnahmeverträge (Vorjahreswert 34 %) als erforderlich an. Die Relevanz der Öko-Flächenprämie sank hingegen von 33 % Nennungen auf 23 %. Wichtig für die geänderte Einstellung war, dass die konventionellen Erzeugerpreise im Ackerbau, in der Milchviehhaltung und beim Rindfleisch 2022 auf einem Rekord-Niveau lagen, während der Öko-Absatz ab Mitte 2022 das erste Mal nach Jahrzehnten des Wachstums unter einem Umsatzrückgang litt.

sche Ziele zum Ausbau des Öko-Landbaus mit einer absatzzeitigen Förderpolitik einhergehen müssen. Der DBV unterstützt die Arbeit der *„bio-offensive“*. Das mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank geförderte Projekt macht umstellungsinteressierten Landwirten Beratungsangebote. Außerdem werden Kooperationsprojekte zwischen Erzeugern und Verarbeitern unterstützt, um den Absatz heimischer Rohstoffe zu fördern.

Verlässlichkeit braucht es auch seitens der Agrarförderung. Der DBV setzt sich seit vielen Jahren für die Stabilität der Öko-Ausgleichszahlungen ein. Die politischen Wachstumsziele für den Öko-Landbau müssen von Bund und Ländern auch im Agrarbudget für die nächsten Jahre berücksichtigt werden. Der nationale Strategieplan zur neuen GAP bescherte den meisten Öko-Betrieben 2023 eine Reduzierung der Agrarförderung in der ersten Säule der GAP. Die Öko-Ausgleichszahlung im Rahmen der Agrarumweltprogramme der zweiten Säule gleichen den Rückgang in der ersten Säule in den meisten Bundesländern nicht aus. Wichtig wird daher die volle oder zumindest verbesserte Kombinierbarkeit der Öko-Ausgleichszahlungen mit den einjährigen Programmen der Öko-Regelungen (Eco-Schemes) in der ersten Säule.

Der Ökolandbau soll ertragsstärker und in empfindlichen Kulturen wie beispielsweise Wein oder Ölfrüchten vor allem auch ertragssicherer werden. Daher wird vom DBV ein weiterer deutlicher Ausbau der staatlichen Agrarforschung für die ackerbaulichen Herausforderungen des Öko-Landbaus unterstützt. Seine Produktivität soll nachhaltig gesteigert werden und die Ernten besser vor Krankheiten und Schädlingen geschützt werden können.

Knappheit an Eiweißfutter begrenzt Tierhaltung

Die leistungs- und artgerechte Tierernährung stellt die Öko-Tierhaltung vor Herausforderungen. Mit der neuen EU-Öko-Verordnung sind seit 2022 eine hundertprozentige Öko-Fütterung auch in der Öko-Schweinemast und Legehennenhaltung vorgeschrieben. Das hat die Öko-Eiweißfutterknappheit verschärft und verstärkt die Abhängigkeit der EU von Öko-Eiweißfuttermittelimporten aus Drittstaaten. Es muss einerseits die deutsche oder wenigstens europäische Erzeugung von Eiweißfrüchten quantitativ gesteigert werden. Es bedarf aber andererseits dringend eines höheren Anteils wertgebender essenzieller Aminosäuren im Öko-Eiweißfutter, da diese nicht durch synthetische Aminosäure und Vitamine ergänzt werden dürfen. Daher braucht es praktikable Lösungen, um v.a. die

Monogastrier mit genügend Öko-Eiweißfutter der benötigten Aminosäurequalität versorgen zu können. Der DBV begrüßte daher die Wiederzulassung der Kreuz-Verfütterung von sicheren Schlachtresten von Schweinen und Geflügel der Kategorie III an Monogastrier. Auch die Kreuz-Verfütterung von Schlachtresten vom Rind an Monogastrier sollte wieder zugelassen werden. Es sind viel mehr Schlachtreste vom Öko-Rind verfügbar als von Öko-Monogastriern. Diese Ausweitung auf das Rind wäre gut für die Tiergesundheit der Öko-Monogastrier und gleichzeitig ein positiver Klimaschutzbeitrag durch die Reduzierung von Futtermittelschwendung. Außerdem unterstützt der DBV die Zulassung innovativer pflanzlicher Extraktionsmittel zur Gewinnung von öko-kompatiblen Extraktionsschrotten. Das würde die Verdaulichkeit der Öko-Futtermittel verbessern und so ebenfalls der Tiergesundheit und der Reduzierung von Futtermittelschwendung dienen. Auf europäischer Ebene leitet der DBV im Copa/Cogeca-Fachausschuss „Organic Farming“ die Arbeitsgruppe zum Thema Öko-Eiweißfuttermittel, da dies als dringlichster Engpass für die weitere Entwicklung ökologischer Tierhaltung bewertet wird.

Hohe Importabhängigkeit bei Eiweißfuttermitteln schafft Handlungsdruck

Wie störanfällig die starke Importabhängigkeit bei Eiweißfuttermitteln ist, zeigte sich im März 2022 als sich infolge des Angriffskriegs Russlands in der Ukraine der Öko-Eiweißfuttermangel mehrere Monate dramatisch verschärfte. Die Importe von ukrainischem Öko-Soja und Sonnenblumenkuchen wurden zeitweise fast komplett unterbrochen. Die EU-Kommission erließ daher eine Verordnung, die den Katastrophenfall explizit für den nachweislichen Ausfall der Eiweißfuttermittelimporte infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine zuließ. Der Entwurf galt rückwirkend ab 24. Februar 2022 und lief zum Jahresende 2022 aus, da im Laufe des Jahres die Lieferungen aus der Ukraine wieder eintrafen.

DBV-Position zur nachhaltigen Stärkung des Öko-Landbaus



Die Kernpositionen praxistaugliche Gesetzgebung, marktorientiertes Wachstum, verlässliche Prämie und Ausbau der staatlichen Agrarforschung bilden seit dem Jahr 2015 die Leitlinien des DBV für den Öko-Landbau.

Das [Bundesprogramm Ökologischer Landbau](#), mit dem Öko-Forschung finanziert wird, belief sich 2022 auf 32,5 Mrd. Euro und wurde für 2023 auf 35,9 Mio. Euro aufgestockt. Der DBV forderte in seiner Positionierung von 2015 einen deutlich höheren Jahresetat von 60 Mio. Euro, da die Forschungsherausforderungen enorm sind. Zudem sind in vielen Forschungsfeldern und Anwendungen positive Synergien zwischen ökologischem und klassischem Landbau erwartbar. Ebenso wichtig wie das Budget sind langjährige Finanzierungszusagen. Der DBV begrüßt die Weiterentwicklung der BMEL-Zukunftstrategie Öko-Landbau als Bio-Strategie 2030, bedauert aber, dass es nicht gelungen ist, diese als Strategie der gesamten Bundesregierung aufzustellen. Der DBV ist im BMEL-Beirat zur Zukunftsstrategie Öko-Landbau durch den stellvertretenden Fachausschussvorsitzenden, den Ökolandwirt Carsten Niemann, vertreten. Damit wird die Perspektive der Praktiker in der Weiterentwicklung des wichtigen Förderrahmens Bundesprogramm Öko-Landbau vertreten.

Es gilt auch weiterhin, in der im Herbst 2023 vom BMEL veröffentlichten [Bio-Strategie 2030](#) und im operativen Bundesprogramm Öko-Landbau die Schwerpunkte auf die Nachfrageentwicklung und auf

produktivitätssteigernde Öko-Agrarforschung zu legen. Besonders wichtig ist die bundesländer übergreifende Vernetzung der bäuerlichen Vermarktungsstrukturen (Wertschöpfungsketten) als Partner für den bundesweit aufgestellten Lebensmittel Einzelhandel (LEH) und den Naturkost- sowie den Gastronomie-Großhandel aber auch als ein Gegengewicht zum LEH. Produktgruppenbezogene Netzwerke wie der Bio-Kartoffelerzeuger-Verein oder das „Aktionsbündnis der Bio-Schweinehalter Deutschlands e.V.“ schaffen es, Angebot und Nachfrage zielgenauer zu verknüpfen und die Erzeugerpreise damit zu stabilisieren.

Die Ende 2023 gelaufene [BMEL-Kampagne „Bio? Na Logo“](#) sollte öffentlichkeitswirksam und schlagkräftig wiederholt werden. Weiterer Schwerpunkt sollte der bessere Transfer von Forschungsergebnissen zur nachhaltigen Intensivierung des Öko-Landbaus in die landwirtschaftliche Praxis sein.

DBV im Austausch auf europäischer Ebene

Im Januar 2022 trat nach einem achtjährigen Ringen um die prozessorientierte Ausrichtung des EU-Öko-Landbaurechts die neue EU-Öko-Verordnung 2018/848 in Kraft. Der DBV war auf Brüsseler Ebene sehr aktiv, um eine rückstandsdefinierte Produktausrichtung in der neuen EU-Öko-Verordnung zu verhindern. Das hätte die Öko-Landwirte für Kontaminationen in Haft genommen, auf die sie keinen Einfluss haben und die Koexistenz mit konventionell wirtschaftenden Nachbarn in

Frage gestellt. Der DBV ist seit etwa zwei Jahrzehnten im Vorstand des Copa/Co-geca-Fachausschusses Öko-Landbau vertreten, um sich für seine Öko-Bauern an maßgeblicher Stelle einsetzen zu können. Auf Betreiben des DBV wurden Positionen zum prozessorientierten Kontrollprozedere bei Rückstandsfunden, zur Öko-Tierhaltung und zum Heterogenen Material (u.a. Populationsorten beim Saatgut) vorgelegt und mit den anderen COPA-Verbänden (und vielfach auch mit dem Dachverband der [Öko-Anbauverbände IFOAM](#)) abgestimmt und verabschiedet. Seit 2017 führt der DBV ein von der Rentenbank unterstütztes Projekt für eine nachhaltige Implementierung und Weiterentwicklung der Öko-Verordnung und die bessere und effektivere Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Interessensvertreter auf europäischer Ebene durch.

Öko-Landbau in der landwirtschaftlichen Ausbildung berücksichtigen

Der DBV spricht sich für die obligatorische Berücksichtigung des Öko-Landbaus in der [landwirtschaftlichen Ausbildung](#) aus. Die Ernsthaftigkeit der in den Curricula vorgeschriebenen Semesterwochenstunden muss sich auch in den Abschlussprüfungen widerspiegeln. Hier fordert der DBV die Prüfungsausschüsse auf, die Öko-Landbauthemen verpflichtend abzufragen. Außerdem sollen die Lehrinhalte zum Öko-Landbau bei der Neuauflage der Rahmenpläne für die landwirtschaftliche Ausbildung angemessen berücksichtigt werden.

REGIONALVERMARKTUNG

Die landwirtschaftliche Direktvermarktung ist bei den Kunden nach wie vor beliebt. Dennoch hat sie den Höchststand von vor zwei Jahren noch nicht wieder erreicht. Dringend erforderlich sind rechtliche Vereinfachungen.

Landwirtschaftliche Direktvermarkter brauchen Vereinfachung

Die Herausforderungen zur Erfüllung der rechtlichen Rahmenbedingungen sind für die zumeist familiengeführten Direkt-

vermarktungsbetriebe enorm. Um die Direktvermarkter - und damit auch den ländlichen Raum insgesamt - zu unterstützen, hat der DBV hierzu im vergangenen Jahr zahlreiche Gespräche mit Politik und Verwaltung geführt. Wichtige Themen auf nationaler und Brüsseler Ebene waren insbesondere die Verpackungsverordnung und Möglichkeiten, wie die regionale Herkunft von Lebensmitteln noch besser sichtbar gemacht werden kann.

Fördergemeinschaft „Einkaufen auf dem Bauernhof“

Die Fördergemeinschaft „Einkaufen auf dem Bauernhof“ ist eine der ältesten Vereinigungen von Direktvermarktern

in Deutschland. Im Jahr 2023 erarbeitete die Fördergemeinschaft mit ihren Gesellschaftern ein Forderungspapier an die Politik. Die Vorsitzende der Fördergemeinschaft, Katja Ölberger, hat darüber hinaus an zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen und dabei die Anliegen der Direktvermarkter aktiv gegenüber der Politik vertreten.



Energiepolitik



Die Landwirtschaft ist der größte Partner und Träger der Energiewende. Die Akzeptanz darf nicht verspielt werden und die Kosten müssen im Blick gehalten werden.

Photovoltaik und Netzausbau nicht auf Kosten der Landwirtschaft und Grundeigentümer

Der DBV konnte sich erfolgreich durchsetzen und hat die [Duldungspflicht](#) für private Grundstückseigentümer im [Gesetzentwurf](#) zum Solarpaket I verhindern können. Dieses hat der DBV von Anfang an als [verfassungswidrig](#) eingestuft. Die Duldungspflicht hätte keine Beschleunigung des Netzausbaus mit sich gebracht, da kein Projekt an privaten Verhandlungen scheitert. Allerdings hätte eine solche Pflicht unverhältnismäßig in die Eigentumsrechte der Grundstückseigentümer eingegriffen.

Die Abschaffung des [Erdkabelvorrangs](#) bei Stromtrassen würde den Netzausbau tatsächlich beschleunigen und auch die Kosten der Energiewende senken. Die derzeit verlegten Erdkabel greifen massiv in die Eigentumsrechte und auch in die Bodennutzung ein.

Biomasse „ja“, aber wie, ist sich die Bundesregierung noch nicht sicher

Gemeinsam mit dem Bündnis im Hauptstadtbüro Bioenergie hat der DBV erreicht, dass die Bundesnetzagentur die [Gebotswerte](#) für Bioenergie erhöht und an die gestiegenen Kosten und die Inflation angepasst wird. Ein großer Erfolg war zudem, dass Biomasse und Bioenergie im [Gebäudeenergiegesetz](#) berücksichtigt wird und auch Biomasse als Erfüllungsoption zählt. Der DBV setzt sich weiterhin dafür ein, dass die [Ausschreibungsmenge](#) für Biomasse angehoben wird und dass [Anlagen](#) eine Zukunft haben.

Biokraftstoffe: Empörung über mutmaßlichen Betrug bei Biodieselimporten

Seit über einem Jahr belasten Importe

von angeblich fortschrittlichen Biokraftstoffen aus China die gesamte Biokraftstoffbranche durch stark gesunkene Treibhausgasquotenpreise. Im Verbund mit den Partnern der Biokraftstoffwarenkette setzt sich der DBV gegenüber der EU, der Bundesregierung, der BLE und den Zertifizierungssystemen dafür ein, für Aufklärung bei [mutmaßlich betrügerischen Biodieselimporten](#) aus China zu sorgen und diese u.a. durch Streichung der Doppelanrechenbarkeit auf die Quote zu beenden. Auch die unter Betrugsverdacht stehenden Emissionsminderungen bei der fossilen Kraftstoffherstellung müssen aufgeklärt und eine Anrechnung auf die Treibhausgasquote verhindert werden.



Umweltrecht und Umweltpolitik

KLIMASCHUTZ UND BIODIVERSITÄT

Der Klimaschutz hat oberste Priorität für die Landwirtschaft. Zugleich muss anerkannt werden, dass Ernährungssicherung nicht ohne Treibhausgasemissionen möglich ist. Beim Erhalt der Biodiversität setzt der DBV auf aktive Kooperationen von Landwirtschaft und Naturschutz statt Ordnungsrecht und immer mehr Auflagen.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Die landwirtschaftlichen [Treibhausgasemissionen](#) sind im vergangenen Jahr abermals gesunken und stellen gegenüber dem Referenzjahr 1990 mit ca. 60 Mio. t CO₂-e einen neuen Allzeit-Tiefststand dar. Damit einher geht, dass auch im vergangenen Jahr die Obergrenzen des deutschen Klimaschutzgesetzes deutlich unterschritten worden sind. Der durch die Zielerreichung der Klimaneutralität geprägte politische Diskurs stand im vergangenen Jahr insbesondere im Zeichen der inhaltlichen Ausgestaltung ebendieses Zielpfads. Vertreten über den europäischen Bauernverband COPA konnten Positionen in der

von der EU-Kommission eingesetzten Expertengruppe zur Erarbeitung eines einheitlichen, europäisch gültigen [Zertifizierungsrahmens](#) für Kohlenstoffsinken (Carbon Removals Certification Framework, CRCF) eingebracht werden. Somit wird es in Zukunft möglich sein, Klimaleistungen der europäischen Land- und Forstwirtschaft stärker sichtbar zu machen und im Einklang mit wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen an Transparenz und Nachhaltigkeit in die Klimapolitik zu integrieren.

Ernährungssicherung stärker im Klimaanpassungsgesetz berücksichtigen

Kontrovers diskutiert wird seit dem vergangenen Jahr hingegen eine mögliche Einbeziehung des landwirtschaftlichen Sektors in ein einheitliches Treibhausgas-Emissionshandelssystem (Agrar-ETS). Der DBV wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die besondere Rolle der natürlichen, diffusen und nicht in Gänze vermeidbaren nicht-CO₂-Emissionen anerkannt und Reduktionsbestrebungen somit abseits eines Emissionshandelssystems umgesetzt werden. Darüber hinaus wird sich der DBV weiterhin für eine stärkere Berücksichtigung der Ernährungssicherung im Kontext der Klimaanpassung einsetzen, die in dem im vergangenen Jahr verabschiedeten, nationalen Klimaanpassungsgesetz (KANg) keine ausreichende

Berücksichtigung fand. Die seit der letzten Novelle des nationalen Klimaschutzgesetzes (KSG) vom DBV geforderte Berücksichtigung technischer Kohlenstoffsinken wird aller Voraussicht nach Teil des neuen Klimaschutzgesetzes sein, und somit u.a. Biogasanlagen ermöglichen, einen noch stärkeren Beitrag für die gesamtgesellschaftliche Klimaneutralität zu leisten.



EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur

Das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur verlangt, dass bis 2030 auf mindestens 20 % der Land- und Meeresgebiete der EU und bis 2050 für alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur eingeleitet werden. Die einstweilige politische Einigung zwischen den EU-Organen sah vor, dass die EU-Mitgliedsstaaten bis 2030 mindestens 30 %, bis 2040 mindestens 60 % und bis 2050 mindestens 90 % der unter das Gesetz fallenden Lebensraumtypen wieder in einen guten Zustand versetzen müssen. Zudem enthält der Text Zielvorgaben zur Renaturierung von unter anderem Flüs-

sen, Wäldern und Agrarökosystemen. Auf entwässerten Mooren sollen schrittweise bis 2030, 2040 und 2050 Wiederherstellungs- und Wiedervernässungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Der DBV hat von Beginn des Gesetzgebungsverfahrens an die immensen [negativen Auswirkungen](#) für die Land- und Forstwirtschaft mit Nachdruck verdeutlicht. Dass das Naturwiederherstellungsgesetz der falsche Ansatz war, zeigen die nur knappe Mehrheit im EU-Parlament und der deutliche Widerstand bei der Verabschiedung im Umweltrat. Im März 2024 kam keine Mehrheit unter den Mitgliedsstaaten der EU zustande.

Der DBV warnte eindringlich davor, dass die Gesetzesvorschläge zu einem massiven Verlust von Produktionsflächen führen würden und forderte eine umfassende Neuausrichtung hin zu einem [kooperativen Ansatz](#) mit der Landwirtschaft und produktionsintegriertem Naturschutz. Der DBV kritisierte, dass das Naturwiederherstellungsgesetz ein rückwärtsgewandter und verfehltter Ansatz ist. Das Gesetzesvorhaben steht im deutlichen Widerspruch zu den Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), die auf Kooperation mit Landwirten und Grundeigentümern setzt sowie auf eine [Politik der Anreize](#) anstatt auf Verbote und Auflagen.

Nationale Strategie für biologische Vielfalt: DBV mahnt Änderungen an

Der DBV hat sich in den Diskussionsprozess des Bundesumweltministeriums zur Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt aktiv eingebracht und auf erheblichen [Änderungs- und Ergänzungsbedarf](#) hingewiesen. So berücksichtigt der Vorschlag die Entwicklungen der biologischen Vielfalt der letzten Jahre nur unzureichend und fokussiert lediglich auf negative Trends und Situationen. Zudem ignoriert er die Ergebnisse der ZKL fast gänzlich und setzt schwerpunktmäßig auf die Ausdehnung von Flächen für den Naturschutz statt auf die Stärkung der Kooperation mit den Landnutzern auf Basis von produktionsintegrierten Maßnahmen, Vertragsnaturschutz und Agrarumweltmaßnahmen. Damit setzt die Strategie eher auf einen veralteten konservierenden, ausgrenzenden Naturschutz, ist eher rückwärtsgewandt und zementiert ein veraltetes Bild von Landwirtschaft im Sinne des Naturschutzes. Daneben setzt sie bereits Maßstäbe in zentralen Regelungsbereichen der Landwirtschaft ohne rechtliche Grundlage auf europäischer

Ebene im Bereich des [Naturwiederherstellungsgesetzes](#). Es ist ein fundamentaler Mangel des BMUV-Vorschlags, dass die Ergebnisse der ZKL fast keine Berücksichtigung finden, obgleich unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen ein Konsens zur Weiterentwicklung bzw. Gestaltung der Transformation der Landwirtschaft erreicht wurde. Speziell für das Handlungsfeld Biodiversität spricht sich die ZKL für die Kooperation von Landwirtschaft und Naturschutz aus. Auch im Bereich der Konflikte zwischen Weidetier- bzw. Auslaufhaltung und dem Schutz von Beutegreifern wie dem Wolf, hat die ZKL weitreichendere Empfehlungen getroffen als bisher in der Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Ferner stellt die ZKL auch fest, dass die derzeitige, weitgehende Finanzierung von biodiversitätsfördernden Instrumenten, Verfahren und Maßnahmen aus den Mitteln der GAP den Bedarf – auch bei der erforderlichen Umwandlung – nicht vollends decken können und um weitere Finanzquellen ergänzt werden müssen.

DBV fordert Stärkung von Vertragsnaturschutz und Kooperation

Darüber hinaus setzt sich die ZKL für die kooperative Organisation von Agrarumweltmaßnahmen im Bereich der Biodiversität ein. Hierfür ist ein rechtlicher und organisatorischer Rahmen für die auf regionaler Ebene getragenen Kooperativen erforderlich, der sie in die Lage versetzt, Auswahl, Durchführung und Förderung der Maßnahmen für die Betriebe zu organisieren. Diese Entwicklungen und im breiten Konsens festgehaltenen Empfehlungen der ZKL werden in der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt bisher vollständig ausgeblendet. Letztlich vermisst der DBV in dem gesamten Entwurf für eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt 2030 ein Konzept bzw. ein Programm zur Stärkung der Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz, obgleich inzwischen immer deutlicher wird, dass die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft nur gemeinsam mit den Bauern erfolgreich umgesetzt werden kann und hierfür der Vertragsnaturschutz und die Kooperation die Mittel der Wahl sind. Stattdessen setzt die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt im Wesentlichen auf mehr Schutzgebiete, Ausdehnung des Ordnungsrechts und umfangreiche Flächenansprüche.

IED-Richtlinie muss Bestandsschutz für Betriebe sichern

Die im Jahr 2023 auf europäischer Ebene verhandelte Novelle der [Industrieemissionsrichtlinie](#) (industrial emissions

directive – IED) sieht eine deutliche Ausweitung der Vorschriften für den Bau und Betrieb unter anderem von Stallanlagen aus Emissionsschutzgründen vor. Das Verhandlungsergebnis im Trilog zwischen Rat, Parlament und Kommission ist von großer Tragweite für die bäuerliche Tierhaltung, da es massive Verschärfungen gegenüber dem geltenden Recht enthält. Gerade kleine und mittlere Betriebe geraten hiermit unter massiven zusätzlichen Druck. Bereits nach geltendem Recht sind Schweinehalter mit beispielsweise 2.000 Mastschweineplätzen und Geflügelhalter mit 40.000 Plätzen Teil der Richtlinie und leisten zu deren Einhaltung erhebliche Anstrengungen. Der DBV hat im Rahmen der Verhandlungen deutlich betont, dass die Landwirtschaft generell zu dem Ziel der Emissionsminderung und fortlaufender Anstrengungen zur Reduktion steht. Der DBV hat aber auch verdeutlicht, dass die Reduzierung von Emissionen in der Tierhaltung in einem offenen System auch natürlichen Grenzen unterliegt, häufig im Zielkonflikt mit dem Tierwohl steht und wirtschaftlich tragfähig sein muss.

DBV fordert Vorrang des Tierwohls vor Emissionsschutz

Während die EU-Kommission insgesamt deutliche Verschärfungen für die Landwirtschaft vorgesehen hat, hat sich die Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament klar gegen jegliche Verschärfung ausgesprochen. Auch der DBV hat sich für den Erhalt des Status Quo für die Tierhaltungsanlagen ausgesprochen und weitere Verschärfungen des EU-Rechts deutlich kritisiert. Demgegenüber ist das [Trilog Ergebnis](#) wiederum eine massive Verschärfung, die einen nicht verkraftbaren Druck auf die Strukturen der kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe in der Schweine- und Geflügelhaltung ausüben wird. Besonders problematisch ist, wenn tierhaltende Betriebe in den Anwendungsbereich der Richtlinie ohne einen Wachstumschritt fallen, indem die Schwellenwerte der Richtlinie abgesenkt werden und ein umfassender Bestandsschutz für die bestehenden Betriebe fehlt. Ein zusätzliches Argument gegen jegliche Verschärfung ist der Zielkonflikt zwischen mehr Tierwohl und einer Emissionsminderung. Die Landwirte sind bereit, in mehr Tierwohl zu investieren und haben dies in der Vergangenheit bereits umfangreich getan. Die Anforderungen beim Emissionsschutz dürfen aber einen Umbau zu mehr Tierwohl nicht in Frage stellen. Vielmehr setzt sich der DBV für einen Vorrang des Tierwohls vor dem Emissionsschutz ein.

UMWELT-, NATUR- UND GEWÄSSERSCHUTZ



Der DBV fordert, im Düngegesetz mehr Verursachergerechtigkeit umzusetzen und als wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau, die Verpflichtung zur Stoffstrombilanz zu streichen. Zudem setzt sich der DBV dafür ein, dass der Fokus eines Bodenschutzgesetzes auf der Reduzierung des Flächenverbrauchs liegen muss.

Gewässerschonend wirtschaftende Betriebe von Düngevorschriften befreien

Der DBV setzt sich seit längerem dafür ein, dass Bund und Länder nach mehrfachen Verschärfungen der Anforderungen an die landwirtschaftlichen Betriebe im Düngerecht nun die Zusage für mehr Verursachergerechtigkeit umgesetzt wird. Hierfür müssen nachweislich gewässerschonend wirtschaftende Betriebe von den sehr weitreichenden und massiv in die Bewirtschaftung eingreifenden Auflagen für Betriebe in sogenannten Roten Gebieten befreit werden. In der laufenden Novelle des Düngegesetzes müssen dafür bereits die Grundlagen und Eckpunkte festgelegt werden. Ferner sollte die [Novelle des Düngegesetzes](#) im Sinne des Bürokratieabbaus dafür genutzt werden, die Verpflichtung zur Erstellung einer Stoffstrombilanz nicht auszudehnen, sondern gänzlich zu streichen. Weder das EU-Recht sieht eine vergleichbare Forderung vor noch ist die Stoffstrombilanz geeignet, Erkenntnisse zur Optimierung der Düngung im Sinne des Gewässerschutzes zu liefern. Letztlich sind die Länder nach wie vor gefordert, die Messnetze weiter auszubauen und zu verdichten, um eine problemorientierte Binnendifferenzierung durchführen zu können und nicht betroffene Teilgebiete sowie Betriebe ausnehmen zu können.

Anpassung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung

Von Seiten des BMEL wurde im Berichtszeitraum ein Vorschlag zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung vorgelegt, mit dem die Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat umgesetzt werden soll. Der DBV setzt sich neben einer 1:1 Umsetzung der europäischen Genehmigung dafür ein, dass im Rahmen



Quelle: Pixabay/Rony Michaud

der Novelle der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung auch die Länderoption für kooperative Lösungen im Naturschutz und zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten entfristet wird. Letztlich ist es erforderlich, das fachlich kontraproduktive Verbot des Einsatzes von Glyphosat in Wasserschutzgebieten zu streichen. Mit Blick auf die Kooperationen zwischen Wasserwirtschaft und Landwirtschaft in Wasserschutzgebieten wurde bisher der Einsatz von Glyphosat aus Gewässerschutzgründen zur Realisierung von Direktsaatverfahren und konservierender Bodenbearbeitung unterstützt. Das bei der letzten Novelle eingeführte Verbot ist weder begründet noch sinnvoll.

Bodenüberwachungs- und -resilienzgesetz: DBV fordert Fokus auf Flächenverbrauch

Das von der EU-Kommission vorgeschlagene [Gesetz zur Bodenüberwachung und Resilienz](#) sieht vor, alle europäischen Böden bis 2050 in einen gesunden Zustand zu versetzen. Dazu sollen in einem ersten Schritt ein Bodenmonitoring eingeführt werden, wobei Indikatoren, wie z.B. der Salzgehalt, organischer Kohlenstoffanteil, Erosionsrisiko, Bodenverdichtung sowie das Wasserrückhaltevermögen, überwacht und bewertet werden. Auf Basis der gesammelten Daten werden die EU-Länder in der Folge dazu verpflichtet, empfohlene bzw. zu vermeidende Praktiken der Bodenbewirtschaftung festzulegen.

Das Gesetz und die darin vorgesehenen Bodenbewirtschaftungspraktiken stellen eine Doppelung mit einer Vielzahl von bereits existierenden Regelungen aus dem Landwirtschafts- und Umweltrecht dar, die direkt oder indirekt den Schutz der Böden sicherstellen. Die Landwirtschaft leistet bereits jetzt viel für den Schutz der Böden und erfüllt dies u.a. durch die Vorgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Ferner stellt der Gesundheitszustand der Böden ein komplexes Thema dar, das sich nicht in die zwei Kategorien „gesund“ oder „ungesund“ einteilen lässt. Zudem darf der Zustand der Böden nicht dadurch schlecht geredet werden, dass von einer Vielzahl an Kriterien 100 % für einen guten Zustand erfüllt sein müssen (One-out-all-out-Prinzip). Der DBV kritisiert das im Bodenüberwachungsgesetz geschaffene Bild der europäischen Landwirtschaft bzw. der damit verbundenen Bodenutzung, das nicht der Praxis, sondern vielmehr der Legitimation einer weiteren Bürokratisierung der Bodennutzung dient. Daher fordert der DBV in seiner [Stellungnahme](#) u.a., dass der Fokus eines Bodenschutzgesetzes auf der Reduzierung des Flächenverbrauchs liegen muss. Auch muss ein wissenschaftliches Monitoring über den Zustand der Böden im Vordergrund stehen und genannte Doppelregelungen verhindert werden. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Bodennutzung besteht auf EU-Ebene kein Regelungsbedarf, denn beim Bodenschutz fängt die Landwirtschaft nicht bei Null an.

WOLF UND WEIDETIERHALTUNG



Der DBV setzt sich gemeinsam mit den Weidetierhalterverbänden und den Landnutzerverbänden für ein aktives Bestandsmanagement beim Wolf ein, da die Probleme für die Weidetierhalter mit dem Wolf nicht mehr beherrschbar sind und die Akzeptanz im ländlichen Raum nicht mehr gegeben ist.

Regional differenziertes Bestandsmanagement endlich umsetzen

Auf nationaler Ebene haben die Landnutzerverbände anlässlich des „institutionalisierten Dialogs“ zum Thema Wolf beim BMUV eine gemeinsame [Pressekonzferenz](#) durchgeführt, um ihre langjährigen Forderungen auf Bundesebene einzubringen. Neben den Erwartungen für einen offenen und regelmäßigen Dialog wurde klar kommuniziert, dass der Auftrag des Koalitionsvertrages für die Einführung eines regional differenzierten Bestandsmanagements endlich angegangen werden muss. Aufgrund des unbefriedigenden Ergebnisses des „institutionalisierten Dialogs“ haben die Landnutzerverbände in einem [Verbändebrief](#) Vorschläge für den Praxisleitfaden für ein Reaktionsmanagement und für ein Bestandsmanagement im Bundesnaturschutzgesetz an das BMUV unterbreitet.

Resolution bei Ministerpräsidentenkonferenz übergeben

Darüber hinaus überreichte der DBV anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel eine [gemeinsame Resolution](#), in der die Ministerpräsidenten aufgefordert wurden, sich gegenüber Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für eine Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes im EU-Recht auszusprechen. Letztlich sind die Weidetierhalterverbände aufgrund der Untätigkeit der Bundesregierung beim Thema Wolf aus den Arbeitsgruppen des [Bundeszentrum Weidetiere und Wolf ausgetreten](#). Das Zentrum wurde im März 2021 als zentrale Institution für die Interessen und Probleme der Weidetierhalter im Umgang mit dem Wolf mit dem Ziel eingerichtet, den Konflikt zwischen Weidetierhaltung und Wolf zu entschärfen.



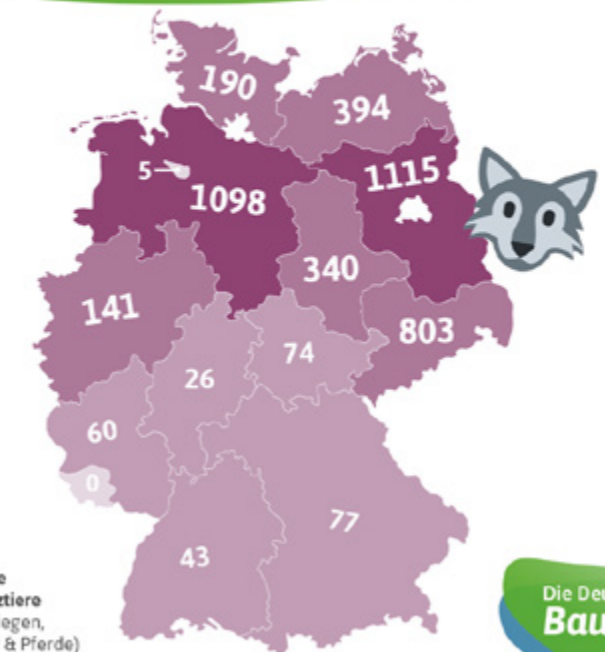
Quelle: Rudmer Zwenner/Adobe Stock

Austausch mit EU-Bauernverbänden etabliert

Daneben initiierte der DBV einen ersten gemeinsamen Austausch auf europäischer Ebene mit betroffenen Bauernverbänden anderer EU-Mitgliedstaaten zum Thema Wolf. Neben COPA-COCEGA waren unter anderem die Länder Schweden, Däne-

mark, Niederlande, Belgien, Lettland, Litauen und Frankreich vertreten. Das Ziel der Gruppe ist es, einen fachlichen und politischen Austausch zu etablieren, damit durch das Formulieren gemeinsamer Botschaften die Verantwortlichen auf EU-Ebene erreicht werden.

Wolfsverursachte Nutztierschäden* in 2022 nach Bundesländern



*vermisste, verletzte oder gerissene Nutztiere (darunter Schafe, Ziegen, Gehogewild, Rinder & Pferde)

Quelle: Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (2023)

Die Deutschen Bauern



DBV-Projekte für praxistaugliche Strategien im Natur- und Klimaschutz

DIALOG- UND DEMONSTRATIONSPROJEKT F.R.A.N.Z.

Der DBV führt gemeinsam mit verschiedenen Partnern Projekte zu kooperativem und produktionsintegriertem Naturschutz durch, die Landwirte aktiv einbinden.



Das Dialog- und Demonstrationsprojekt F.R.A.N.Z. entwickelt und erprobt seit 2016 effiziente Naturschutzmaßnahmen, die in die landwirtschaftliche Produktion integrierbar sind. Gemeinsam erproben Naturschützer und Landwirte hierzu auf zehn landwirtschaftlichen Betrieben bislang 15 Maßnahmen, die ökologisch wirksam und gleichzeitig praxistauglich und wirtschaftlich tragfähig sind. Im Jahre 2023 konnten auf insgesamt 242 Hektar Maßnahmen umgesetzt werden. Im Januar wurde die [Zwischenbilanz 2023](#) veröffentlicht. Die Bilanz umfasst neben Empfehlungen an die Politik auch Ergebnisse aus sieben Jahren Projektlaufzeit. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen präsentiert. Unter anderem war das Projekt auf der

[Grünen Woche](#), dem [Deutschen Bauern-tag](#) und der Agritechnica vertreten. Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit wurden zahlreiche Beiträge über die [F.R.A.N.Z.-Homepage](#) und die sozialen Medien (#FRANZprojekt und #franzprojekt) gestreut.

Die Impulse zur Ausgestaltung der 2. Säule-Maßnahmen wurden in diversen Formaten an die politischen Ent-

scheidungsträger herangetragen. Unter anderem fand ein [Austausch mit Bundesminister Özdemir und Ministerpräsident Kretschmann](#) sowie der [Generaldirektorin Fink-Hooijer der Generaldirektion Umwelt](#) statt. Zusätzlich wurde in Rheinland-Pfalz ein [Austausch mit Ministerin Schmitt](#) veranstaltet. Um die Ergebnisse auch in den Regionen weiterzugeben, fand eine [Vorstellung von insektenschonender Mahdtechnik im Oberallgäu](#) statt.



Quelle: DBV

KOOPERATIONSPROJEKT HUMUSKLIMANETZ



Das [HumusKlimaNetz](#) ist ein Modell- und Demonstrationsvorhaben zum Humusaufbau in Ackerböden. Bis zunächst Ende 2027 werden auf bundesweit 150 konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben Maßnahmen zum Humusaufbau und -erhalt als Beitrag zum Klimaschutz erprobt und das daraus gewonnene Wissen in die breite landwirtschaftliche Praxis getragen. Die Gesamtkoordination liegt beim BÖLW und dem DBV. Die Begleitforschung wird durch das Thünen-Institut durchgeführt. Finanziert wird das Vorhaben durch das BMEL, die BLE ist die Projektträgerin. Im Jahr 2023 konnte die Maßnahmenplanung mit den teilnehmenden Betrieben weitestgehend abgeschlossen und bundesweit mit deren Umsetzung begonnen werden.

Inwiefern die Maßnahmen auf die Humusgehalte in den jeweiligen Boden-Klimaräumen wirken, wird im Projekt anhand von Bodenproben ermittelt und von Forschern des Thünen-Instituts bewertet. Auf Grund des nassen Winters 2023/24



konnten die im Jahr 2023 begonnenen Beprobungen der Böden erst Anfang 2024 abgeschlossen werden.

Austausch in HumusClubs

Die teilnehmenden Betriebe sind in zehn Regionalgruppen aufgeteilt. Um den Austausch zu fördern, treffen sich die Landwirte alle vier Monate auf einem wechselnden Betrieb ihrer Gruppe in HumusClubs. Dies bietet die Möglichkeit, Erfahrungen und Herausforderungen aus der praktischen Umsetzung zu besprechen. Mitte Oktober fand zudem der erste öffentliche Feldtag auf dem Lerchenhof, Sachsen, mit rund 100 Teilnehmerinnen

und Teilnehmern statt, der sowohl von Seiten des Fachpublikums als auch von Medienvertretern und fachfremden Gästen positive Resonanz erhielt. Jeder Betrieb wird in der Projektlaufzeit mindestens einen Feldtag ausrichten. Neben den Feldtagen war das Projekt auf verschiedenen Messen wie der Grünen Woche, der Biofach und den Öko-Feldtagen präsent. Im März 2024 fand erstmalig der jährliche HumusKlimaTag – Symposium für Humusaufbau und Klimaschutz – mit rund 200 Gästen statt.

Alle Termine finden Sie auf der [Website](#) oder im [Newsletter](#) des HumusKlimaNetz.

Quelle: HumusKlimaNetz

KOOPERATIVENPROJEKT MONAKO



Im Dezember 2023 startete das von der Landwirtschaftlichen Rentenbank für drei Jahre geförderte Verbundprojekt „Modellhafte Erprobung von Naturschutz-Kooperativen“ (MoNaKo) unter Leitung des DBV. Das ursprünglich in den Niederlanden entwickelte Modell, über Naturschutz-Kooperativen einen Gruppenantrag von betriebsübergreifenden Agrarumweltmaßnahmen zu stellen, stellt viele Vorteile in Aussicht:

- Verringerung der Verwaltungskosten,
- Verringerung des Sanktionsrisikos,
- mehr Mitgestaltung für Landwirte sowie
- biodiversitätsfördernde Mosaikstrukturen.

Ziele von MoNaKo

Ziel von MoNaKo ist es, den Weg zu einem in Deutschland anwendbaren kooperativen Modell nach niederländischem Vorbild zu entwickeln. Somit soll das Politikinstrument für die Förderperiode der GAP nach 2027 erprobt und verfügbar sein. Mit den Regionalpartnern der Kulturlandschaftsstiftungen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie dem Landesbauernverband Brandenburg werden unterschiedliche Varianten von Naturschutz-Kooperativen in der Praxis umgesetzt.

Das Thünen-Institut als wissenschaftliche Begleitforschung im Projekt bearbeitet Fragestellungen zur Sozioökonomie sowie der Administrationskosten und führt eine SWOT-Analyse durch. In Zusammenarbeit mit den Ministerien für Landwirtschaft

und Umwelt der Länder und dem BMEL werden Fragen im Zusammenhang mit dem Thema untersucht, um am Ende des Projekts konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, potenzielle Träger, die Fachöffentlichkeit, Landwirte, Naturschützer und Wissenschaftler zu veröffentlichen und in die Breite zu tragen.



Quelle: F.R.A.N.Z. Projekt/Schoerhanring

Ländliche Räume

LEBENSRAUM UND WIRTSCHAFTSSTANDORT



Ländliche Räume verändern sich rasant durch zahlreiche Faktoren, wie beispielweise den Strukturwandel und demografischen Wandel, die Digitalisierung und neue Herausforderungen wie den Klimawandel. Es gilt, die Rahmenbedingungen positiv zu gestalten, um wirtschaftliche Perspektiven und damit auch gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Wirtschaftliche Perspektiven stärken

Ländliche Räume in Deutschland zeichnen sich durch ihre im globalen und europäischen Vergleich hohe Wirtschaftskraft aus. Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft bildet zusammen mit dem Handwerk und dem ländlichen Tourismus das wirtschaftliche Rückgrat der ländlichen Räume und sichert maßgeblich die Versorgungsstrukturen. Neben Unternehmensansiedlungen, der Förderung von Investitionen der Wirtschaft und der Flächenbereitstellung für landwirtschaftliche Betriebe tragen Investitionen in die dörfliche Grundversorgung oder in die kommunale Verkehrs-

infrastruktur maßgeblich zur Wirtschaftsentwicklung ländlicher Räume bei. Mit der Einzelbetrieblichen Förderung (AFP), der Flurbereinigung, dem ländlichen Wegebau oder der Dorfgemeinschaften gibt es gute Angebote in der Gemeinschaftsaufgabe (GAK), die weiterentwickelt werden müssen. Der DBV begleitet diesen Prozess und mahnt dabei eine Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungs- und Planungsverfahren an.

Stärkung landwirtschaftlicher Betriebe in der Wertschöpfungskette

Vieles spricht für regionale Wertschöpfungsketten. Daher versucht die Politik seit einigen Jahren, die regionale Wertschöpfung für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder zu stärken und auszubauen. Doch der Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten ist alles andere als ein Selbstläufer, denn der Strukturwandel von Mühlen, Bäckereien und Schlachtereien vor Ort lässt sich nicht kurzerhand zurückdrehen. Regionale Wertschöpfung kann einerseits über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die verschiedenen ELER-Maßnahmen der 2. Säule (Investitionen, Marktstrukturverbesserung, Diversifizierung, Zusammenarbeit) sowie über die Förderung des Bundes (insbesondere Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULE+)) und der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung

der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) gefördert werden. Andererseits kann sie über die Länder (bspw. Qualitätszeichen, EU-geschützte Herkunftsbezeichnung) gefördert werden. Der DBV begleitet die zahlreichen Fördermöglichkeiten zur [Stärkung regionaler Wertschöpfung](#) und bringt sich in Initiativen ein.

Hohe Flächenverluste zu Lasten der Landwirtschaft bremsen

Der tägliche Flächenverbrauch von 55 Hektar pro Tag durch Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen erfolgt zu großen Teilen zu Lasten der Landwirtschaftsfläche. Der Bedarf an Fläche zum Ausbau der erneuerbaren Energien wird den Flächenverbrauch weiter steigern. Die Fläche hat in den letzten 5 Jahren um knapp 200.000 Hektar abgenommen. Der DBV fordert verstärkte Aktivitäten zur Reduzierung der Versiegelung land- und forstwirtschaftlicher Flächen. Dazu zählen die Priorisierung der Innenentwicklung und Baulückenschließung, das Flächenrecycling, die Überarbeitung der naturschutzrechtlichen Kompensation, eine multifunktionale Flächennutzung und den Schutz landwirtschaftlicher Flächen in laufenden Verfahren. Nur so kann das Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Jahr bis 2030 zu reduzieren, erreicht werden.

Gemeinsam den Wandel gestalten: DBV

unterstützt Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

Im Mittelpunkt des 27. Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ standen Dorfgemeinschaften, die sich durch Zusammenhalt auszeichnen und durch Gemeinschaftsaktionen aktuelle Herausforderungen in ihren Dörfern angehen. Der DBV hat sich intensiv in den vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) in Zusammenarbeit mit den Ländern durchgeführten Wettbewerb eingebracht. Aus den rund 1.100 teilnehmenden Dörfern hatten sich 22 Dörfer für den Bundeswettbewerb qualifiziert. Sieben Dörfer gewannen „Gold“ auf Grund ihres herausragenden bürgerschaftlichen Engagements, beispielhafter Ideen und zukunftsweisender Konzepte. Weitere neun Dörfer gewannen „Silber“ und sechs Dörfer wurden mit Bronze geehrt. Im Wettbewerb zeigte sich eine gute Einbindung der Landwirtschaft in das Dorfgeschehen. Landwirte sind fester, unverzichtbarer Bestandteil der Dorfgemeinschaft und tragen dazu bei, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur zu stärken.

Digitale Infrastruktur schafft gleichwertige Lebensverhältnisse

Gigabitnetze und flächendeckende, leistungsfähige Infrastruktur sind als Teil der Grundversorgung unverzichtbar, um Angebote wie Telemedizin, Mobilitätsplattformen für den öffentlichen Personennahverkehr oder Coworking Spaces zu schaffen. Auch die Landwirtschaft mit datenintensiven Anwendungen wie digitale Ackerschlagdateien, smarter Pflanzenschutz, Melkroboter sowie die Einkommensalternativen von Direktvermarktung bis Urlaub auf dem Bauernhof sind auf stabile und leistungsfähige Verbindungen angewiesen. Die Gigabit- und Digitalstrategie der Bundesregierung setzt die richtigen Schwerpunkte. Sie rückt Kommunen mit einem hohen Anteil besonders unterversorgter Gebiete in den Fokus der Förderung und schöpft mit dem seit 2024 verpflichtenden Branchendialog den privatwirtschaftlichen Ausbau aus. Aus Sicht des DBV sind neben der digitalen Infrastruktur das kostenfreie Bereitstellen von öffentlichen Daten (Open Data) und die Standardisierung von Datenschnittstellen (Interoperabilität) zu lösen. Für die Landwirtschaft bietet die Verfügbarkeit in der Fläche, zusammen mit leistungsfähiger Sensortechnik, die Gewinnung von Hyperspektraldaten und die rasant wachsende KI-getriebene Datenauswertung ein hohes Potenzial für eine ressourcen- und klimaschonende Landbewirtschaftung, für mehr Effizienz, Nachhaltigkeit, Rückver-

folgbarkeit, Transparenz, Tiergesundheit und Tierwohl.

Nebenerwerbsbetriebe und Einkommensalternativen als stabile Betriebsform

In den letzten 10 Jahren ist der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe deutlich gestiegen. Mittlerweile macht dieser 57 Prozent aller landwirtschaftlichen Einzelunternehmen in Deutschland aus, mit regionalen Unterschieden. Die Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaften gut 3,2 Mio. Hektar Landwirtschaftsfläche und leisten somit einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der flächendeckenden Landbewirtschaftung. Nebenerwerbsbetriebe sind vielfach innovativ und in interessanten Nischen unterwegs, etwa im Sonderkulturanbau mit Direktvermarktung, im Naturschutz und der Landschaftspflege oder dem Tourismus.

Starker Trend zu Einkommenskombinationen

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Einkommensalternativen als Ergänzung zur landwirtschaftlichen Erzeugung wächst weiter deutlich an. Über die Hälfte der Betriebe sind beispielsweise in der Erzeugung erneuerbarer Energien, in der Direktvermarktung oder beim Urlaub auf dem Bauernhof aktiv. Der Produktionswert dieser Erwerbskombinationen ist gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent auf 3,9 Mrd. Euro gestiegen. Aufgrund der steigenden Bedeutung der Nebenerwerbsbetriebe und dem wachsenden Trend der Einkommenskombination baut der DBV zusammen mit den Landesbauernverbänden seine Interessenvertretung und gezielte Ansprache weiter aus.



WALDWIRTSCHAFT UND JAGD



Der DBV hat sich aktiv in den Zukunftsdialog Wald eingebracht. Bei der nationalen Umsetzung entwaldungsfreier Lieferketten fordert der DBV, überbordende Bürokratie zu vermeiden.

Bundeswaldgesetz: aktive Waldbewirtschaftung muss Vorrang haben

Bereits im Vorfeld der Novellierung des Bundeswaldgesetzes BWaldG hatte sich der DBV in dem vorgeschalteten Zukunftsdialog Wald in zahlreichen Waldtreffs mit seiner Positionierung klar und deutlich geäußert. Vor allem zum Betretensrecht und zur Erholungsfunktion des Waldes, zu der Ausgestaltung der Klimaschutz- und Ökosystemleistungen und zur notwendigen aktiven Bewirtschaftung des Waldes gab es Diskussionsbeiträge und schriftliche Eingaben des DBV, die im Abschlussdokument „Wald-Notizen“ ([Zukunftsdialog Wald: Waldnotizen \(zukunftsdialog-wald.de\)](#)) aufgenommen wurden.

Neues Bürokratie-Monster bei entwaldungsfreien Lieferketten verhindern
Mit der im Juni 2023 verabschiedeten Verordnung der EU über entwaldungsfreie Lieferketten (kurz EUDR) droht ein weiteres Bürokratie-Monster. Aus den 7 gelisteten Rohstoffen ist für die deutsche Landwirtschaft vor allem Rind und Soja relevant. Aber auch waldbesitzende Landwirte könnten von zusätzlichen Dokumentationspflichten, Sorgfaltspflichten, Risikoanalysen etc. betroffen sein, da Holz ein weiterer gelisteter Roh-



Quelle: Pixabay/wave11

stoff ist. Der DBV setzt sich dafür ein, dass bei der ausstehenden nationalen Umsetzung und der Festlegung von Verwaltungsvorgaben sowie Sanktionierungsvorschriften möglichst keine zusätzlichen Auflagen und Belastungen für (waldbesitzende) Landwirte entstehen.

DBV lehnt europäisches Wald-Monitoring ab

Über den europäischen Dachverband Copa-Cogeca hat der DBV verdeutlicht, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagene Einführung eines europaweiten Wald-Monitorings - EU-Forest Monitoring - von oben herab und neben den bereits existierenden nationalen Monitoringsystemen als weiteres unnützes Instrument abgelehnt wird. Es hebt zudem den Grundsatz der Subsidiarität aus, wonach Waldpolitik in der nationalen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegt.

Reviersystem im Jagdrecht hat sich bewährt

Aufgrund von Bestrebungen aus forstlichen Interessensvertretungen heraus wurden in Brandenburg und Rheinland-Pfalz Anläufe gestartet, die landesjagdrechtlichen Vorgaben zugunsten von forstbetrieblichen Zusammenschlüssen zu ändern. Die Folge wäre eine Aushöhlung des bewährten Reviersystems ohne zusätzlichen Nutzen gegenüber den bereits bestehenden Möglichkeiten des Jagdrechts zur Reduzierung von Wildverbiss zur Förderung des Waldumbaus gewesen. In beiden Bundesländern wurden die Gesetzgebungsverfahren aufgrund massiver Proteste, auch von Seiten der jeweiligen Landesbauernverbände mit Unterstützung durch den DBV, gestoppt. Sollten neue Anläufe drohen, wird sich der DBV mit seinem Bekenntnis zum Reviersystem und seinen Vorschlägen hinsichtlich des sogenannten „Wald-Wild-Konfliktes“ erneut positionieren.

URLAUB AUF DEM BAUERNHOF UND LANDURLAUB LIEGEN IM TREND



Landtourismus ist in vielen Regionen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und die Popularität für diese Urlaubsform ist weiter steigend. Der Landtourismus unterstützt aber nicht nur den Ausbau und Erhalt von ländlicher Infrastruktur und sorgt für

Arbeitsplätze. Für landwirtschaftliche Betriebe bietet er zudem eine alternative Einkommensquelle.

Bauernhofurlaub als Einkommenskombination

10.300 landwirtschaftliche Betriebe bieten

Urlaub auf dem Bauernhof als Einkommenskombination an. Gemäß der letzten Landwirtschaftszählung im Jahr 2020 ist die Zahl der Betriebe in den letzten fünf Jahren um 10 Prozent gestiegen. Die Gründe für einen Neueinstieg sind vielfältig. Genannt werden u.a. eine bessere Risikostreuung und eine bessere Wertschöpfung der betriebseigenen Ressourcen. Rund 140.000 Betten werden auf den Bauernhö-

fen regelmäßig in Ferienwohnungen und Ferienhäusern an Gäste vermietet. Das überwiegende Wachstum der Angebote findet im Bestand statt, wobei die Begrenzung des Ausbaus im Außenbereich durch das Baugesetzbuch eingeschränkt wird. Bereits ein Drittel der Betriebe betreiben Urlaub auf dem Bauernhof als Auslagerung im Rahmen eines rechtlich eigenständigen Betriebes.

Die landwirtschaftlichen Ferienhöfe spielen auch als Botschafter für die Landwirtschaft eine wichtige Rolle im Verbraucherdialo. Gemeinsames Ziel des DBV und des Bundesverbandes Urlaub auf dem Bauernhof und [Landtourismus](#) ist es, Neueinsteiger zu unterstützen und die Qualifizierung der Anbieter auszubauen.

Qualitätszeichen erleichtern Gästen die Auswahl des passenden Ferienhofes

Wer Urlaub auf dem Bauernhof mit Erfolg anbieten möchte, muss seine potenziellen Zielgruppen bei den Urlaubsgästen genau kennen und mit Angeboten ansprechen. Klassifizierungen und Qualitätszeichen im Landtourismus informieren die Gäste objektiv und verbindlich über den Standard von Ausstattung und Komfort, Freizeitmöglichkeiten und Service eines Urlaubsangebotes. Damit erleichtern sie die Auswahl des passenden Ferienhofes. Für die charakteristischen ländlichen Urlaubsformen Bauernhof, Kinderhof, Winzerhof, Obsthof, Reiterhof, Fischerhof, Erlebnishof und Landurlaub hat der Bundesverband acht spezifische Qualitätszeichen im Landtourismus entwickelt, die mittlerweile von mehr als 1.000 Ferienhöfen in Deutschland beworben werden und sich einer guten Bekanntheit in den Regionen erfreuen.

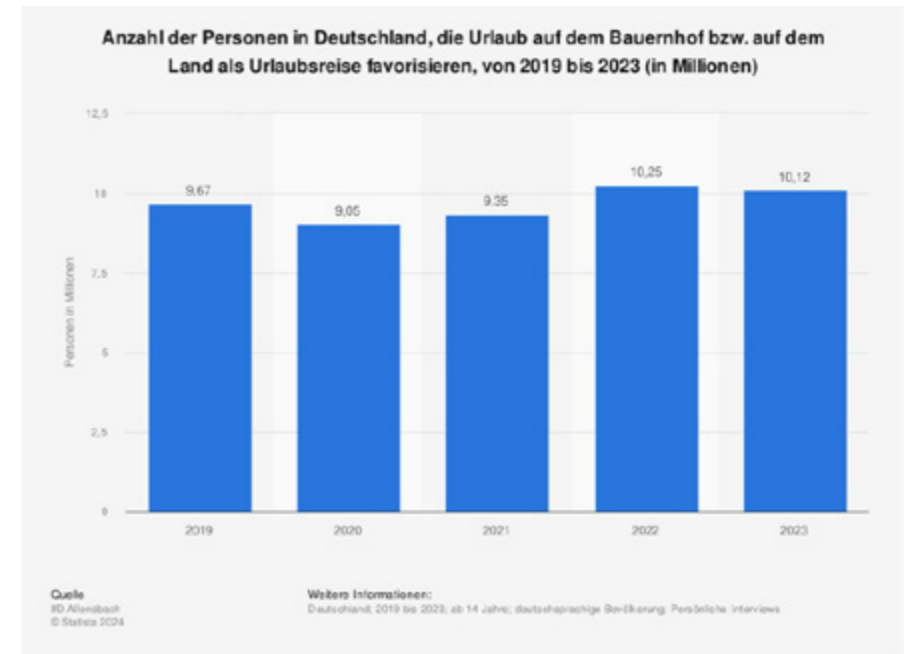


Investitionen ziehen wieder an

Der überwiegende Teil der Ferienhöfe geht von einer stabilen Entwicklung des touristischen Betriebszweiges in den nächsten zwei bis drei Jahren aus. Nach deutlicher Investitionszurückhaltung in den Coronajahren planen zwei Drittel der Betriebe in den nächsten zwei Jahren wieder Investi-



Quelle: landsichten.de



tionen - vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien und Qualitätssteigerung.

Mitarbeiterverfügbarkeit ist große Herausforderung

Trotz positiver Aussichten nennen die Ferienhöfe den Arbeitskräftebedarf als große Herausforderung. Der Bundesverband

entwickelt zusammen mit den Landesverbänden und den Ferienhöfen Maßnahmen und Initiativen zur Gewinnung und Weiterbildung von Arbeitskräften. Hierbei wird auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) als Lösungsansatz im Landtourismus geprüft.



Recht und Steuern

Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

ALLGEMEINE RECHTSFRAGEN



Beim Dauerthema Baurecht ist endlich ein wichtiger Schritt zum Tierwohlumbau in der Schweinehaltung gelungen. Weitere dringende Erleichterungen stehen noch aus.

„Frischlufstall“, „Auslauf/Weide“ oder „Bio“. Anders als im ursprünglichen Vorschlag der Bundesregierung vorgesehen, erfolgt diese Privilegierung ohne zusätzlichen Bestandsabbau. Weitere Tierarten müssen folgen, ebenso die aufgezeigten Erleichterungen im Immissionsschutz- und im Naturschutzrecht.

Energiewende und Netzausbau: Belange der Landwirtschaft berücksichtigen
Auch nach dem erfolgreichen Abschluss der Rahmenvereinbarungen über drei große Erdkabelprojekte in den Jahren 2022/2023 kommen auf den Berufsstand durch die Transformation der Energiesysteme im Strom- und Gasbereich weiter große

Baugesetzbuch: existenzielle Bedeutung

Neben der Absicherung des landwirtschaftlichen Baurechts ist es für den DBV die baurechtliche Hauptaufgabe, den Um- und Neubau von Ställen mit höheren Tierwohlstandards möglich zu machen. Das derzeitige Baurecht steht dem jedoch entgegen. Bereits zu Jahresbeginn 2020 erarbeitete die DBV-Arbeitsgruppe Baurecht, bestehend aus Baurechtsexperten der Landesbauernverbände und dem DBV, einen eigenen Vorschlag für ein Artikelgesetz, mit dem die Voraussetzungen für bauliche Tierwohlanpassungen im Bau- und Umweltrecht geschaffen werden können. Im Jahr 2023 ist nun endlich ein großer Schritt zum [Tierwohlstallumbau](#) gelungen. In enger Anbindung an das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz ermöglicht § 245a Abs. 6 Baugesetzbuch den Stallumbau in die Haltungsformen



Quelle: Countrypixel / Adobe Stock

Herausforderung zu. Koordiniert durch den DBV trifft sich eine Arbeitsgruppe der Landesbauernverbände regelmäßig zum Thema Netzausbau. Dieses „Netzwerk Landwirtschaft und Netzausbau“ adressiert die Anliegen der betroffenen Grundstückseigentümer und Landwirte bei Entschädigung, Bodenschutz, Aufhebung des [Erdkabelvorrangs](#) und naturschutz-

rechtlichen Ausgleichsmaßnahmen mit Nachdruck an die politischen Entscheidungsträger.

DBV lehnt Patente auf Pflanzen und Tiere ab

Der DBV lehnt Patente auf Tiere und Pflanzen grundsätzlich ab. Dies gilt auch und insbesondere im Zusammenhang mit

den [Neuen Züchtungsmethoden](#), die nicht dazu führen dürfen, dass das eigentliche Schutzregime für geistiges Eigentum im pflanzlichen Bereich, der Sortenschutz, ausgehebelt wird. Auch das Europäische Parlament hat diesen Standpunkt in der Positionierung zur Novellierung des EU-Gentechnikrechts aufgegriffen.

STEUERRECHT UND STEUERPOLITIK



Der DBV fordert eine steuerpolitische Flankierung für das einzelbetriebliche Risikomanagement und für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Wachstumschancengesetz bleibt weit hinter Erwartungen zurück

Die Folgen der sprichwörtlichen Zeitenwende erfordern dringend steuerliche Instrumente für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Nach der enttäuschenden Steuererhöhung beim Agrardiesel und der damit verbundenen inakzeptablen Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im europäischen Binnenmarkt fordert der DBV kurzfristig einen gleichwertigen und angemessenen Ausgleich. Insbesondere zur Stärkung des einzelbetrieblichen Risikomanagements müssen weitere steuerliche Entlastungen und Maßnahmen, insbesondere eine rechtsformneutrale Risikorücklage sowie die Tarifglättung auf den Weg gebracht werden.

So blieb das [Wachstumschancengesetz](#) weit hinter den Erwartungen zurück. Zwar können auch die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe die verlängerte degressive Afa nutzen, für mehr Investitionen und Planungssicherheit bedarf es aber unbedingt weiterer Maßnahmen.

Entwurf des Jahressteuergesetz 2024: DBV fordert Entfristung der Tarifglättung

Auch der Entwurf eines [Jahressteuergesetz](#) 2024 ist bislang kein großer Wurf. Der DBV begrüßt die darin angekündigte Verlängerung der Tarifglättung gemäß § 32c EStG für zwei weitere Betrachtungszeiträume als ein erstes positives Signal. Da aber die land- und forstwirtschaftlichen



Quelle: Edoar / Pixabay

Betriebe wie keine andere Branche dem Klimawandel und den damit verbundenen möglichen Ernteausfällen und volatilen Märkten ausgesetzt sind und dies auch in Zukunft zu stark schwankenden Gewinnen führen wird, muss eine verlässliche und nachhaltige Ertragslage dauerhaft und nicht nur bis 2028 gesichert werden. Daher kann eine Verlängerung bis 2028 nur ein erster Schritt sein und muss im Ergebnis zur Entfristung der Vorschrift führen. Da dieses steuerliche Instrument noch dazu nicht für jede Rechtsform anwendbar ist und auch die davon ausgeschlossenen juristischen Personen ebenso den klimabedingten Gewinnschwankungen ausgesetzt sind, bedarf es daneben der Möglichkeit einer Risikorücklage. Eine solche findet sich jedoch nicht im Gesetzentwurf. Auch weitere steuerliche Entlastungsmaßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe (wie z.B. Erweite-

rung der Inanspruchnahmemöglichkeiten von Investitionsabzugsbeträgen, Sonderabschreibungen, Erweiterung der Reinvestitionsmöglichkeiten) stehen nicht im Gesetzentwurf. Der DBV fordert dringend eine Nachbesserung.

DBV lehnt Absenkung des Umsatzsteuer-Pauschalatzes ab

Ebenso kritisch ist die angekündigte weitere Absenkung des Pauschalatzes von 9% auf 8,4% für das Kalenderjahr 2024. Wiederholt wird die aktuelle Vorsteuerbelastung der in der Pauschalierung verbliebenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe damit gerade nicht realitätsgerecht berücksichtigt. Eine solche deutliche und bewusst erfolgte Benachteiligung der pauschalierenden Landwirte durch Verzerrungen im Berechnungssystem und die Definition der Berechnungszeiträume lehnt der DBV ab.

LEBENSMITTELRECHT



DBV fordert Wahrheit und Klarheit und drängt bei der Kennzeichnung auf unbürokratische und machbare Lösungen.

Kennzeichnung muss vor Täuschung schützen

Im Bereich Lebensmittelrecht und Verbraucherschutz setzt sich der DBV für ein Kennzeichnungsrecht ein, das die Verbraucher vor Täuschung schützt. Klarheit und Wahrheit fordert der DBV insbesondere für die Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Fleischersatzprodukten. Die Verwendung von Bezeichnungen der Fleischoriginale wird deshalb abgelehnt. Einer Umgehung des Bezeichnungsschutzes für Milch und Milchprodukte stellt sich der DBV vehement entgegen. Ebenso fordert der DBV eine lückenlose Herkunftskennzeichnung. Die mittlerweile erreichte Kennzeichnung von unverpacktem Fleisch ist dafür nicht ausreichend. Dringend muss auch die Herkunft der Rohware von verarbeiteten Lebensmitteln erkennbar gemacht werden - auch in Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung.

Ernährung: „Aufklärung statt Lenkung!“

Die deutsche Landwirtschaft ermöglicht den Verbrauchern eine reichhaltige Auswahl gesunder Lebensmittel. Der frühzeitige Erwerb von Ernährungskompetenz fördert eine eigenverantwortliche ausgewogene und gesunde Ernährungsweise. Eine Verbraucherbevormundung und die Schlechterstellung tierischer Lebensmittel über die [Ernährungsstrategie der Bundesregierung](#) lehnt der DBV entschieden ab. **Wissenschaftsbasiertes Handeln garantiert höchste Lebensmittelsicherheit**

Nationale und internationale Erhebungen bestätigen deutschen Lebensmitteln höchste Qualität und Sicherheit. Staatliches sowie privates Monitoring belegen die Einhaltung der hohen umfassenden Anforderungen. Wissenschaftlich nicht begründete Vorgaben und Grenzwerte lehnt der DBV ab.



Quelle: congedesign/ Pixabay



Quelle: Adobe Stock/ Africa Studio

Keine Lebensmittelverschwendung in der Landwirtschaft

Auf landwirtschaftlichen Betrieben gibt es keine Lebensmittelvernichtung. Wesentliche Pfeiler einer wirksamen Strategie gegen Lebensmittelverschwendung sind für den DBV insbesondere:

- eine weiter optimierte Lagerung und Logistik vom Acker bis zum Teller,
- eine nachhaltige Preisbildung statt Billigstrategie und
- die bessere Wertschätzung durch Ernährungsbildung.



Bildung, Innovation, Forschung



Quelle: Andrea Winterberg

BERUFSBILDUNG, BILDUNGSPOLITIK UND NACHWUCHSWERBUNG

Die Ausbildungszahlen in den 14 Grünen Berufen sind gestiegen. Besonders beliebt ist der Beruf Landwirt. Die Nachwuchswerbung findet zielgruppengerecht vor allem in den Sozialen Medien statt.

Neuordnungen und konzeptionelle Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung

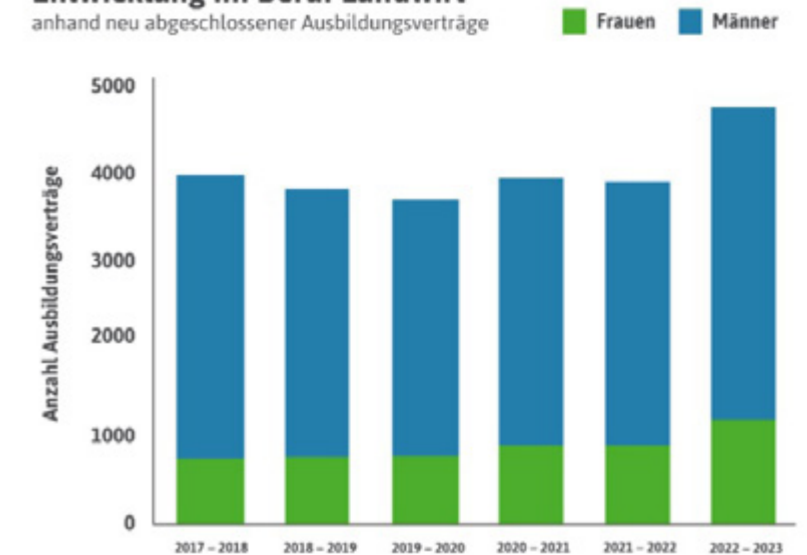
Für die Novellierung des Ausbildungsberufs Landwirt/in wurden die berufsständischen Beratungen und Abstimmungen fortgeführt. Im Juni 2023 und im März 2024 fanden Expertenworkshops mit Vertretern aus den Landesbauernverbänden statt. Ein arbeitgeberseitiger Eckdatenentwurf wurde erstellt, mit dem aktuell die sozialpartnerseitige Eckdatenberatung mit der IG BAU erfolgt. Die Neuordnung der Musterausbildungsordnung Fachpraktiker/in und personenbezogene Dienstleistungen wurde Anfang 2023 abgeschlossen. Außerdem diskutierten Bildungsexperten und Praktiker über eine mögliche Neuordnung der Fischwirtschaftsmeisterprüfung.

Berufsbildungspolitische Entwicklungen auf Bundesebene

Das 2020 novellierte Berufsbildungsgesetz stellt u.a. bei der geforderten Prüferanzahl eine große Herausforderung für den Agrarbereich dar. Der DBV brachte diese Anliegen im Rahmen einer bundesweiten Evaluierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) in entsprechende Kanäle auf Bundesebene ein und wird die Evaluation weiterhin aktiv begleiten.

Im Oktober 2023 fand seit über 15 Jahren erstmals wieder ein Agrarbildungskongress, organisiert durch das BMEL in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern statt. Wichtige Akteure der beruflichen Bildung kamen zusammen und bekannten sich zum Prinzip der Sozialpartnerschaft in der agrarischen Berufsbildung. Im März 2024 wurde dies im Rahmen eines Spitzengesprächs mit Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir zusammen

Entwicklung im Beruf Landwirt anhand neu abgeschlossener Ausbildungsverträge



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

mit den Sozialpartnern bekräftigt.

Ausbildungszahlen gestiegen

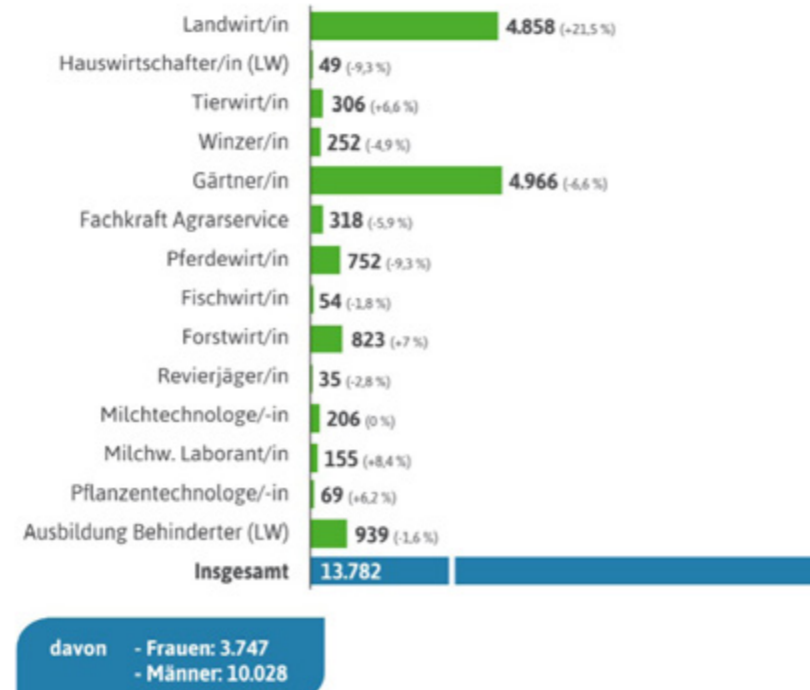
Mit 13.782 Neuverträgen (Stichtag: 30.09.2023) in den landwirtschaftsnahen Berufen liegen die Ausbildungszahlen laut BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) über dem hohen Niveau des vergangenen Jahres (+ 3,5 %). Insbesondere die Ausbildung zum Landwirt ist beliebt: Im Vorjahresvergleich entschieden sich 21,5 % mehr junge Männer und Frauen für diese Ausbildung.

Nachwuchswerbung in den 14 Grünen Berufen

Ein besonderer Fokus wurde bei der diesjährigen Grünen Woche auf die Nachwuchswerbung gelegt. Der DBV-Stand hat sich entsprechend insbesondere den grünen Ausbildungsberufen gewidmet und das breite Ausbildungsangebot vorgestellt. Digital warb der DBV weiterhin über seine Nachwuchskampagne KrassGrün samt online-Aktivitäten in den Sozialen Medien und moderner 360°-Videos für eine Ausbildung in den grünen Berufen.

Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den Grünen Berufen 2022 – 2023

im Vergleich zu 2021 – 2022



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

SCHORLEMER STIFTUNG DES DBV



Die Schorlemer Stiftung des DBV bietet Bildung und Weiterbildung für junge Menschen aus der Agrarbranche an. Diese Bildungsarbeit findet auf internationaler Ebene als Auslandspraktika statt.

Internationale Praktika für aufstrebende Agrarprofis

Auslandspraktika erfreuen sich großer Beliebtheit – nicht nur weil sie im späteren Berufsleben Chancen ermöglichen, sondern vor allem, weil sie zur fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung beitragen. So gab es im Jahr 2023 eine Vielzahl an Interessierten, die ein Auslandspraktikum in einem der 14 Partnerländer der Schorlemer Stiftung absolvieren möchten. Insgesamt reisten 112 junge Menschen vor allem aus den Bereichen Landwirtschaft, Gartenbau und Weinbau ins Ausland, wobei die USA mit 35 Teilnehmenden als Favorit galt. Das beliebteste Reiseziel innerhalb der EU war Irland, gefolgt von Island. Auch nach Deutschland zieht es



Quelle: UNYFA (Uganda)

internationale Nachwuchskräfte, u.a. aus Uganda, Tansania, Japan, Kanada und der Schweiz. 35 Teilnehmende arbeiteten bis zu einem Jahr auf deutschen Betrieben und lernten Deutschland als Agrarstandort kennen.

Umstrukturierung für eine intensivere Zusammenarbeit

Zum Jahresstart 2023 veränderte sich die Stiftung personell und gliederte sich stärker an die Andreas Hermes Akademie an, mit der sie bereits eng bei gemeinsamen

Bildungsprojekten zusammenarbeitet. Der Fokus auf den gemeinsamen Bildungsschwerpunkt für Menschen im ländlichen Raum, der beide Organisationen vereint, generiert die Basis für eine intensivere Zusammenarbeit. Dieser strategische Zusammenschluss schafft zudem Synergien und fördert effiziente Bildungsarbeit. Personell besetzt ist die Teamleitung der Schorlemer Stiftung durch Thorben Persch, ebenfalls Programmmanager bei der AHA. Dr. Andreas Quiring übernimmt entsprechende Tätigkeiten im Bereich der Geschäftsführung. Dabei bleibt die Schorlemer Stiftung weiterhin eigenständig, ihre Satzung und Aufgabenfelder unverändert.

Bildungsangebote und Veranstaltungen für Zielgruppen

Für Teilnehmende, ehemalige Praktikantinnen und zukünftige Bewerberinnen organisierte die Stiftung zahlreiche Veranstaltungen. Diese dienten einerseits dazu, über die Bildungsangebote an Universitäten, Schulen und Landwirtschaftsstätten zu informieren und andererseits mit entsprechenden Seminaren den Austausch vorzubereiten bzw. ihn zu begleiten. So konnten u.a. Alumni beim Ehemaligen-seminar in Berlin ihren Austausch Revue passieren lassen und an einem Kurzworkshop zum Thema „rechte Strömungen im

ländlichen Raum“ teilnehmen, während das internationale Praktikantenseminar den ausländischen Teilnehmenden die Landwirtschaft in Deutschland näherbrachte.

Organisationsentwicklung und Förderung der Mitarbeiter

Um auch zukünftig junge Talente bestmöglich zu fördern und beim Thema Auslandsaufenthalt zu unterstützen, optimierte die Stiftung ihre eigenen Arbeitsprozesse in einem Organisationsentwicklungsworkshop und förderte die Mitarbeitenden in verschiedenen internen und externen Schulungen. Um die gemeinsame Arbeit mit internationalen Partnern zu vertiefen, nahmen Mitarbeitende der Stiftung an der Weltkonferenz „Grow Abroad Alliance“ teil, bei der sich

Partnerorganisationen aus aller Welt zu arbeitsrelevanten Themen austauschen. Individuell ausgewählte Weiterbildungen zielten auf die Fortbildung persönlicher Fertigkeiten und Fachkenntnisse der Beschäftigten ab.

Reichweite und Imagebildung durch intensive Mediennutzung

Die Schorlemer Stiftung nutzte sowohl Online- als auch Offline-Maßnahmen, um positiv über ihre Arbeit zu berichten. In den Sozialen Medien, auf der stiftungseigenen Website sowie in einem Podcast werden aktuelle Informationen zu den Bildungsangeboten sowie Erfahrungsberichte regelmäßig geteilt. Durch das Teilen authentischer Erfahrungen und Erfolge der Praktikanten in diversen Medien hat die Stiftung ein breites Publikum erreicht.



Quelle: Stefanie Lechter (Stand)

WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION



Die wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft brauchen Antworten aus Wissenschaft und Forschung. Ein besonderer Fokus liegt auf anwendungsnahen Techniken und praxisrelevanten Fragen.

Risiken eines CO2-Zertifikatehandels für die Landwirtschaft. Insbesondere wurden anwendungsnahe Techniken und Maßnahmen wie die Agri-Photovoltaik, Carbon Farming sowie der Forschungsstand zu alternativen Kraftstoffen vorgestellt und praxisrelevante Fragen erörtert.

Weitere Themen waren die aktuellen For-

schungs- und Innovationsaktivitäten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie verschiedener Bundesforschungsinstitute wie dem Julius-Kühn-Institut und dem Thünen-Institut. Darüber hinaus diskutierte der Initiativkreis Synergien zwischen konventionellem und ökologischem Landbau in Produktion und Forschung.



Quelle: Lukas Johns/Privat

BUND DER DEUTSCHEN LANDJUGEND



Der **Bund der Deutschen Landjugend BDL** engagiert sich gemeinsam mit dem **DBV** für attraktive Perspektiven junger Menschen in den ländlichen Räumen.



Berufswettbewerb 2025: Zukunft gestalten – Talente entfalten!

Grüne Berufe sind voller Leben. Das ist kein Wunschdenken, wie der Berufswettbewerb der deutschen Landjugend (BWB) im Jahr 2023 sehr deutlich gezeigt hat. Nichts hat er an Attraktivität verloren, auch wenn er Pandemie bedingt pausieren musste, so dass eine ganze Azubigeneration die deutschen Jugendmeisterschaften der Grünen Berufe verpasste. Davon war

2023 nichts zu spüren. [Knapp 10.000 angehende Fachkräfte hatten das Motto „Mit Herz und Hand – smart fürs Land“ zum Leben erweckt](#). Schließlich kürte die Agrarbranche nach vier Jahren Corona bedingter Pause im Juni wieder neue [grüne Champions](#). Es gab viele Überraschungen. Die größte: [Zwei der drei neuen grünen Stars der Landwirtschaft sind junge Frauen](#). Zwischen Rebecca Niers, Niedersachsen, und Jasmina Neumann, Sachsen-Anhalt, hatte sich Cornelius von Eller-Eberstein Silber

er kämpft. „Nie hatten wir smartere Aufgaben, nie motiviertere Finalistinnen und Finalisten“, sagt BDL-Vorsitzende Theresa Schmidt. Nach den Ehrungen mit dem Wettbewerbs-Schirmherrn Cem Özdemir im Sommer 2023, steuert das größte und wichtigste außerunterrichtliche Bildungsprojekt der grünen Berufe im Jahr 2024 auf den nächsten BWB zu.

Das Motto „Grüne Berufe sind voller Leben: Zukunft gestalten – Talente entfalten!“ weist auf die Innovationskraft junger Menschen in den grünen Berufen und auf ihre Bedeutung für die Zukunft der ländlichen Räume hin. Zugleich ruft es dazu auf, sie an agrar- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen und Entwicklungen teilhaben zu lassen. Der Startschuss fällt am 4. Februar 2025 auf Haus Düsse in Nordrhein-Westfalen.



Agrarsozialpolitik

ANDREAS HERMES AKADEMIE AHA



„Der Mensch im Mittelpunkt“ ist für die **Andreas Hermes Akademie AHA Inhalt und Anspruch** zugleich.

Von Nachwuchs bis Internationales

Die Begleitung von Entwicklungs- und Veränderungsprozessen von Menschen und Organisationen stellt jede und jeden Einzelnen, ihre Individualität und ihre Selbstwirksamkeit in den Fokus. Zudem verbindet die AHA Menschen, Organisationen und Themen und erzielt damit einen positiven Einfluss („creating impact“) auf die Landwirtschaft in Deutschland und international. Die Grüne Woche ist ein Kulminationspunkt dafür:

- Natürlich nutzte der **49. TOP** Kurs die Grüne Woche, um Akteure zu treffen und über die Zukunft der Agrarbranche zu sprechen. Über [Instagram](#) ist dies live zu verfolgen.
- Die Führungsrige des **Pan-Afrikanischen Bauernverbandes (PAFO)** sowie Junglandwirtinnen und -landwirte aus afrikanischen Verbänden kamen nach Berlin, um an Workshops und dem GFFA teilzunehmen. Den Gemeinschaftsstand von PAFO/AHA besuchte auch Bundesland-

wirtschaftsminister Cem Özdemir. Zudem traf PAFO die Vertreter der Afrikanischen Union im Rahmen des Agrarpolitischen Dialogs, einem neuen BMEL-Projekt der AHA zusammen mit IAK Leipzig und FANRPAN (Pan-Afrikanisches Netzwerk). So gelang es der AHA, wichtige Akteure miteinander zu vernetzen und auf Augenhöhe [Austausch](#) zu ermöglichen.

- Ein neues und doch schon etabliertes Feld sind die **StartUpDays** auf der Grünen Woche, die im Auftrag der Messe Berlin von der AHA organisiert wurden. Junge Unternehmen präsentierten ihre Innovationen aus

Agrartechnologie und Foodbranche.

- **„LANDSCHÖPFT.WERT.** – Starke ländliche Regionen“ lautete das Thema des [Zukunftsforums](#) auf der Grünen Woche. Mit zwei Foren brachten die AHA und ihre Partner Impulse zur Entwicklung von Regionen.

- Übrigens feierte die AHA letztes Jahr ihr **75-jähriges Jubiläum** - die große Feier holen wir nach, wenn der neue Standort in der Friedrichstraße 124 vollkommen fertig ist.

Sie wollen regelmäßig informiert werden? Den Newsletter AHAFash gibt's [hier!](#)



Quelle: AHA

Der Erhalt und die Fortentwicklung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems bleiben wesentliche Forderungen des DBV.

System weiterentwickeln und Synergieeffekte sichern

Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem ([SVLFG](#)) bietet den landwirtschaftlichen Unternehmern und ihren Familien eine bedarfsgerechte Absicherung in allen Bereichen der sozialen Sicherung - Alterssicherung, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung - und das aus einer Hand. Die dadurch entstehenden Synergieeffekte gilt es zu sichern und stetig zu verbessern. Dies ist umso wichtiger, da nach wie vor die Anzahl der Versicherten in der SVLFG rückläufig ist. In der landwirtschaftlichen Krankenkasse sinkt die Zahl der Mitglieder jährlich um rund 3 %, in der landwirtschaftlichen Alterskasse um rund 2 bis 3 %.

Finanzielle Absicherung unverzichtbar

Wesentlich für den Erhalt des eigenständigen Systems ist die langfristige finanzielle Absicherung. Dies gilt insbesondere auch für die Bundesmittel zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV). Diese müssen im Hinblick auf steigende Leistungsausgaben, insbesondere auch durch die Aufnahme einer neuen Berufskrank-

heit „Parkinson durch Pestizide“, deutlich aufgestockt und gesetzlich abgesichert werden. Nur so können massive Beitragserhöhungen vermieden werden.

Eine weitere zentrale Forderung des DBV bleibt die Anrechnung von Beitragszeiten in der Alterssicherung der Landwirte auf Wartezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Landwirte, die einen Teil ihres Erwerbslebens nicht in der Alterskasse, sondern in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, müssen dort auch die Möglichkeit haben,

durch Anrechnung von Beitragszeiten in der Alterssicherung der Landwirte einen Rentenanspruch für (besonders) langjährig Versicherte zu erfüllen.

Selbstverwaltungsgremien in der SVLFG

Bei der Sozialwahl 2023 hat der überwiegende Teil der wahlberechtigten Versicherten in der Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte den Listen der Landesbauernverbände erneut ihr Vertrauen ausgesprochen. Die insgesamt 6 Listen der Bauernverbände konnten wie bei der Wahl 2017 wieder 14 der insgesamt



Quelle: BBV

20 Sitze in der Vertreterversammlung belegen. Dies sichert die Kontinuität in der verantwortungsvollen Aufgabe der [Selbstverwaltungsorgane der SVLFG](#).

Arbeitsmarktpolitik: Arbeits- und Fachkräftemangel gewinnen an Brisanz

Die Sicherung einer ausreichenden Anzahl an Arbeits- und Fachkräften für die Landwirtschaft in Deutschland ist ein enorm wichtiges Thema. Schon jetzt fehlen häufig gut ausgebildete Fachkräfte. Gleiches gilt für den Bereich der nicht oder gering qualifizierten Arbeitskräfte. Dieses Problem wird in Zukunft an Brisanz gewinnen. Mit der Weiterentwicklung der Fachkräfteteinwanderung im Jahr 2023 wurde ein erster wichtiger Schritt gemacht, der aber bezogen auf die gerade für Sonderkulturbetriebe wichtigen saisonalen Hilfskräfte nicht ausreicht. Diese können Erntehelfer weiterhin nur aus Georgien und der Republik Moldau, mit denen besondere Abkommen geschlossen wurden, rekrutieren. Gemeinsam mit dem Gesamtverband der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände setzt sich der DBV deshalb für eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes, insbesondere für nicht und gering qualifizierte Arbeitskräfte aus

Drittstaaten ein sowie für eine deutliche Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungs- und Visaverfahren.

Mindestloohnerhöhungen gefährden Obst-, Gemüse- und Weinbau

Im (hand-)arbeitsintensiven Obst- und Gemüseanbau machen die Lohnkosten in Deutschland bis zu 60 bis 70 % der gesamten Produktionskosten aus. Die deutlichen Erhöhungen des gesetzlichen [Mindestlohns](#) in den letzten Jahren - nicht zuletzt durch die politische Anhebung auf 12 Euro im Jahr 2022 - stellen die Sonderkulturbetriebe deshalb vor große Herausforderungen. Daher darf es keinen weiteren politischen Eingriff bei der Mindestlohnfestsetzung geben. Anpassungen sind einzig nach der gesetzlichen Systematik über die paritätisch besetzte Mindestlohnkommission vorzunehmen. Um gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen auf dem europäischen Markt zu schaffen, fordert der DBV darüber hinaus eine Angleichung der Löhne für diesen Sektor innerhalb der EU. Nur so kann eine (weitere) Verlagerung der Produktion ins europäische Ausland verhindert werden.

Der DBV setzt sich auch für den Erhalt

einer gänzlich sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung ein. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung eines vollen Krankenschutzes für ausländische Saisonkräfte ist weder erforderlich noch von den Saisonkräften gewünscht. Diese sind über private Gruppenkrankensicherungen ausreichend abgesichert.



Agrarpolitische Zeittafel 2023

JANUAR

16.01.

VDM und DBV veröffentlichen im Rahmen der Sektorstrategie Milch 2030 vor der Internationalen Grünen Woche einen [10-Punkte-Plan zur digitalen Zukunft der deutschen Milchwirtschaft](#).

18.01.

Beim [Agrarpolitischen Jahresauftakt](#) des DBV auf der IGW 2023 sind Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien geladen. Im Fokus stehen agrarpolitische Themen sowie Klima-, Wirtschafts-, Umwelt- und Mittelstandsprogramm.



Quelle: DBV



Quelle: DBV

19.01.

Die Spitzenvertreter der Molkereiwirtschaft und des DBV treffen sich zu ihrem traditionellen [Austausch](#) mit einer Agenda über Herkunfts- und Tierhaltungskennzeichnung, nachhaltige und entwicklungsfreie Futtermittel sowie Branchenkommunikation Milch.



Quelle: DBV

19.01.

Das Unter [„Konjunkturbarometer agrar“](#) zeigt nach langer Durststrecke eine kurzfristige Stimmungsaufhellung zum Jahreswechsel 2022/2023.

20.01.

Das F.R.A.N.Z-Projekt präsentiert sich auf der Grünen Woche 2023 unter dem Motto Landwirtschaft und Naturschutz im Dialog für mehr Biodiversität.

23.01.

Im Livestream-Format veranstaltet der DBV bei der IGW 2023 unter dem Motto [„Tierwohl in der Milchviehhaltung: Mehr Transparenz durch Kennzeichnung und](#)

Digitalisierung?“ das Fachforum Milch.



Youtube-Video

Tierwohl in der Milchviehhaltung: Mehr Transparenz durch Kennzeichnung und Digitalisierung?

24.01.

DBV-Fachforum bei der IGW 2023 zum Thema: [Selbstständig - Selbstbewusst - Selbstverständlich - Unternehmerinnen in Landwirtschaft und Verband](#)



Youtube-Video

Selbstständig- Selbstbewusst- Selbstverständlich – Unternehmerinnen in Landwirtschaft und Verband

24.01.

DBV-Fachforum bei der IGW 2023 zum Thema: [Zukunftsbauer: Wo liegen neue Perspektiven für unsere Höfe?](#)



Youtube-Video

Zukunftsbauer: Wo liegen neue Perspektiven für unsere Höfe?

24.01.


DBV-Fachforum bei der IGW 2023 zum Thema: [Intelligent reduzieren statt pauschal verbieten - Wege zu einem nachhaltigen Pflanzenschutz.](#)



Youtube-Video

Intelligent reduzieren statt pauschal verbieten – Wege zu einem nachhaltigen Pflanzenschutz


24.01.
DBV-Fachforum bei der IGW 2023 zum Thema: Ernährungssicherheit global und national - Was zu tun ist

 **Youtube-Video**
Ernährungssicherheit global und national – Was zu tun ist

24.01.
Der DBV stellt ein Unter [Rechtsgutachten](#) vor, das die Integration von Landwirtschaft und Klimaschutz als Staatsziele ins Grundgesetz untersucht. Präsident Rukwied betont die Dringlichkeit einer Grundgesetzänderung für eine umfassende Agrarpolitik inklusive Umwelt- und Klimaschutz.

25.01.
Im Rahmen des 16. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung „Land.kann.Klima“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums bei der Grünen Woche richtet der DBV gemeinsam mit AHA, ASG, BLG, DLT, DStGB, Landwirtschaftliche Rentenbank, Thünen Institut, VLK und ZDH ein Forum „Klimapositive ländliche Räume: Unser Zukunftsbild für 2045“ aus.

25.01.
DBV-Fachforum bei der IGW 2023 zum Thema: Vielfalt säen, Nachhaltigkeit ernten – Nachhaltigkeitsstrategien in Einkommenskombination in der Landwirtschaft.

 **Youtube-Video**
Nachhaltigkeitsstrategien in Einkommenskombination in der Landwirtschaft

25.01.
DBV-Fachforum bei der IGW 2023 zum Thema: Carbon Farming – Scheinriese oder Schlüssel zur Klimaneutralität?

 **Youtube-Video**
Carbon Farming – Scheinriese oder Schlüssel zur Klimaneutralität?!

27.01.
Die Abschlussveranstaltung des Projektes [Contracts 2.0](#) findet im Haus der Land- und Ernährungswirtschaft in Berlin statt.

FEBRUAR

06.02.
Der Berufswettbewerb der deutschen Landjugend 2023 wird eröffnet.

08.02.
DBV und VDL beziehen Stellung zu den [Beratungen im Bundestag](#) zum Wolf über einen Antrag für ein aktives Bestandsmanagement in Deutschland im Rahmen einer Expertenanhörung.

15.02.
Auf der Biofach in Nürnberg findet ein Austausch von Öko-Fachausschuss-Vorsitzenden Präsident Hendrik Wendorff und DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken mit dem BÖLW statt.

MÄRZ

02.03.
In einer Online-Informationsrunde informiert der DBV 450 Mitglieder aus den Landes-, Regional- und Kreisbauernverbänden über die Eckpunkte der GAP-Förderperiode 2023-2027 und die Grundlagen der Direktzahlungen.

09.03.
In einer Online-Informationsrunde des DBV informieren sich 530 Landwirte über praktische Fragen zur Umsetzung der neuen Konditionalität und der GLÖZ-Verpflichtungen in der GAP-Förderung.

Ab KW 09
In den Monaten März und April bietet das [ife-Institut Kiel](#) gemeinsam mit dem DBV und anderen Partnerorganisationen bundesweit Online-Seminare zum Management von Preisrisiken über Warenterminkbörsen für Landwirte, Molkereien und Multiplikatoren an.

15.03.
Das ife-Institut Kiel veranstaltet u. a. in Kooperation mit dem DBV ein Diskussionsforum über „Volatile Milchmärkte – Was können Festpreismodelle bewirken?“. Im Fokus stehen Erfahrungen der Molkereien mit Preisabsicherungsmodellen sowie Zukunftskonzepte.

16.03.
Die [Maßnahmen und Vorgaben der neuen Ökoregelungen](#) im Rahmen der Direktzahlungen (I. Säule) stehen im Fokus der dritten Online-Informationsrunde des DBV für seine Mitglieder zur Vorbereitung auf die GAP-Antragstellung 2023.

16./ 17.03.
Das [13. Berliner Milchforum](#) von DBV, MIV, DRV und DLG zum Thema „Corona, Klima, Kennzeichnung, Kriegsfolgen – Strategien für die Milch“ findet hybrid statt. Etwa

500 Teilnehmer aus der deutschen Milchbranche tauschen sich aus.



Quelle: Tanja Schmitzler

20.03.
Der DBV betont die Priorität der [Lebensmittelerzeugung bei der Wassernutzung](#) anlässlich der Verabschiedung der Nationalen Wasserstrategie im Bundeskabinett.

22.03.
Anlässlich der Frühjahr-Agrarministerkonferenz 2023 in Büsum bringt der DBV ein [Anliegenpapier](#) ein, das kurz- und langfristige Maßnahmen zur Sicherung der heimischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung fordert.

22.03.
Der DBV lädt zum Parlamentarischen Abend ins Haus der Land- und Ernährungswirtschaft ein.



Quelle: DBV

23./ 24.03.
Das [DBV-Ackerbauforum](#) findet im badi-schen Kippenheimweiler statt. Im Fokus stehen digitale Technologien und deren Umsetzung in der Praxis.

APRIL

05.04.
[F.R.A.N.Z. führt Dialog zwischen Landwirtschaft und Naturschutz](#) in Rheinland-Pfalz. Umwelt- und Landwirtschaftsministerium im Austausch mit dem F.R.A.N.Z.-Projekt zu Übertragungsoptionen von erfolgreichen Biodiversitätsmaßnahmen.



Quelle: DBV

20.04.
Die gemeinschaftliche mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank durchgeführte Agrarfinanzmarkttagung findet in Berlin statt.



Quelle: DBV

20.04.
Der DBV fordert eine [Neuverhandlung des Agrarteils im EU-Mercosur-Abkommen](#). Der DBV betont die Notwendigkeit vergleichbarer Standards im Umwelt-, Klima- und Tierschutz, um die europäische Landwirtschaft und Ernährungsautonomie zu sichern.

21.-23.04.
Der DBV ist mit einem Stand auf dem Bundesparteitag der FDP in Berlin präsent.



Quelle: DBV

26.04.
Ein fachpolitisches Bauernfrühstück findet mit Europaabgeordneten im Europäischen Parlament zur Wiederherstellung der Natur statt.

27.04.
Der DBV fordert die Aufhebung des gesetzlichen [Erdkabelvorrangs im Netzentwicklungsplan 2037/2045](#) und mehr Berücksichtigung von Freileitungen aufgrund ihrer geringeren Bodeneingriffe.

28.04.
Anlässlich des [DBV-Wolfgangipfels](#) in Berlin fordert der DBV die Politik auf, die bisherige Strategie im Umgang mit dem Wolf grundsätzlich zu ändern und in ein aktives Bestandsmanagement einzusteigen.



Quelle: DBV

MAI

04.05.
Der DBV fordert bezüglich zur Vorlage der [Photovoltaik-Strategie](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vorrangig auf den Ausbau auf Dächern und Gebäuden zu setzen.

04.05.
[F.R.A.N.Z.-Projekt im Gespräch mit Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir und Ministerpräsident Kretschmann](#): In Kupperzell, Baden-Württemberg, findet eine Feldbegehung mit Austausch statt, um die Biodiversität in der Agrarlandschaft zu erhalten und zu erhöhen.



Quelle: DBV

10.05.
Zur Generaldebatte im EU-Parlament über die Rolle der Landwirte im „grünen Transformationspfad“ fordert DBV-Präsident Rukwied in Sachen [Umsetzung von Green Deal, Farm-to-Fork-Strategie und GAP-Förderung](#) mehr Vernunft, Praxisnähe und Zukunftsperspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft in der EU.

11.05.
Bei der 100. Umweltministerkonferenz in Königswinter übergeben Landnutzerverbände eine Erklärung an den UMK-Vorsitzenden Oliver Krischer mit [Forderungen für ein aktives Bestandsmanagement](#) beim Wolf.

17.05.
Die Kreisgeschäftsführertagung findet in Berlin statt.



Quelle: DBV

22.05.
Der DBV und die Landesverbände kritisieren die [niedrigen Fördersätze für Ökoregelungen der GAP](#). Sie fordern für 2024 eine Anhebung und eine entsprechende

Anpassung des GAP-Strategieplans durch das Bundeslandwirtschaftsministerium.

25.05.
Beim [Biogas-Innovationskongress](#) findet die Verleihung der Biogas-Innovationspreise durch den DBV statt.

30.05.
Der DBV nimmt beim Waldkongress teil, der vom BMEL als Abschlussveranstaltung zum Zukunftsdialog Wald in Berlin ausgerichtet wird. In Workshops verdeutlicht der DBV seine Position zu walddpolitischen Themen.

31.05.
Tag der Sozialwahl:
In der Gruppe der Sonstigen ohne fremde Arbeitskräfte (SofA) kommt es zur Urwahl. Die Listen der Bauernverbände können 14 von 20 Sitze in der Vertreterversammlung der SVLFG erzielen.

JUNI

01.06.
Am 1. Juni ist Internationaler Tag der Milch. Der DBV startet eine Plakatkampagne mit der „Initiative Milch 2.0“. Vor der Presse am Brandenburger Tor erneuert DBV-Vizepräsident Karsten Schmal die Forderung nach einem [Grünland-Klimabonus](#).

01.06.
DBV, VDL und weitere Verbände nehmen an der „Dialogreihe Wolf“ beim BMUV teil.

05.06.
Die Kommission legt einen Vorschlag zur Novellierung des Saatgutrechts vor, ähnlich einem früheren von 2014, der jedoch abgelehnt wird. Der DBV befürwortet grundsätzlich eine europaweite Harmonisierung, warnt jedoch vor einigen Sonderregelungen.

05.06.
Die Kommission stellt Vorschläge zu Neuen Züchtungsmethoden vor, die der DBV größtenteils positiv beurteilt. Der pragmatische Ansatz bietet eine solide Diskussionsgrundlage, aber es besteht noch erheblicher Verbesserungsbedarf, insbesondere bei Patentfragen.

05.06.
Der DBV und das Projektkonsortium von Contracts2.0 veröffentlichen ein [Handbuch](#) mit Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger zur Förde-

zung der biologischen Vielfalt im Rahmen der GAP.

04.-06.06.

Teilnahme an Jahrestagung des Deutschen Forstwirtschaftsrates in Kiel als auch bei allen Sitzungen des Erweiterten Präsidiums um die Anliegen der Landwirte als Waldbesitzer einzubringen.

13.06.

Anlässlich der Beratungen des Agrarausschusses im Deutschen Bundestag **bekräftigt DBV-Präsident Rukwied** die Anliegen und Verbesserungsvorschläge des Berufsstandes bei den Ökoregelungen.

14.06.

Der DBV-Fachausschuss Ökolandbau ist zu Gesprächen auf den Öko-Feldtagen bei Stuttgart. DBV-Präsident Rukwied gratuliert dem stellvertretenden Fachausschussvorsitzenden Carsten Niemann zur Verleihung des Bundespreises Ökolandbau für den Öko-Hof Ritzleben.

22.06.

Zum Abschluss des Wissenschaftsprojekts „Nationales Tierwohlmonitoring“ nimmt der DBV an einer Podiumsdiskussion mit BMEL-Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick teil. Neben der Chance auf mehr Transparenz sieht der DBV Herausforderungen in der Umsetzung, wie z.B. objektive Indikatorenenerfassung, Datenschutz und Kosten.

23.06.

Der DBV nimmt auf Einladung von BMEL-Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick an einem Verbändegespräch zum Milchmarkt teil. Dort werden zwei Studien des Thünen-Instituts präsentiert: eine zu den Effekten der Anwendung des Artikels 148 der GMO und eine zu staatlichen Vorgaben von Erzeugerpreisen über Produktionskosten. Der DBV sieht keine Notwendigkeit für weitere gesetzgeberische Aktivitäten aufgrund dieser Studien.

26.06.

Die Mindestlohnkommission beschließt eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12,41 Euro/Arbeitsstunde ab Januar 2024 und auf 12,82 Euro/Arbeitsstunde ab Januar 2025.

28.06.

Beim **Deutschen Bauerntag** in Münster wird Günther Felßner in den DBV-Vorstand gewählt. Die Mitgliederversammlung verabschiedet die Münsteraner Erklärung zur Bewältigung von Klima- und Biodiversitäts-Herausforderungen. Es wird die Notwendigkeit einer vielfältigen,

wettbewerbsfähigen heimischen Landwirtschaft betont und Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen gefordert. Zudem wird der Ausbildungsbetrieb des Jahres 2023, der Betrieb Lohmann aus Ascheberg, geehrt.



Quelle: Ulrich Günther für DBV

29.06.

Angesichts der weitreichenden Änderungen des nationalen Düngerechts im Zusammenhang mit dem Vertragsverletzungsverfahren zur Umsetzung der Nitratrichtlinie fordert der DBV eine **kritische Prüfung der Novelle des Düngegesetzes**.

30.06.

Die Sieger des Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ werden bekannt gegeben. Der DBV war in der Jury des 27. Bundeswettbewerbs vertreten. Die Siegerehrung des Dorfwettbewerbs findet bei der Grünen Woche 2024 statt.

JULI

01.07.

Das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz tritt in Kraft und bringt Verbesserungen für Pflegebedürftige und Angehörige. Die Rentenwerte sind nun einheitlich bei 37,60 Euro in Ost und West. Die Ost-West-Angleichung in der Alterssicherung der Landwirte erfolgt planmäßig bis zum 30. Juni 2024.

05.07.

DBV-Präsident Joachim Rukwied warnt eindringlich vor drastischen **Mittelkürzungen in der GAK** und appelliert, das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland beizubehalten.

05.07.

DBV-Generalsekretär Bernhard Krüskens begrüßt den **Kommissionsvorschlag zu den Neuen Züchtungstechniken (NBT)** als überwiegend positiv.

05.07.

DBV-Präsident Joachim Rukwied kritisiert den Entwurf des **EU-Kommissions Boden-**

überwachungsgesetzes als bürokratisch und nicht zielführend.

07.07.

Der Bundesrat verabschiedet Gesetz und Verordnung zur Förderung der Fachkräfteinwanderung aus Drittstaaten, um dem Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft entgegenzuwirken.

11.07.

Der DBV begrüßt das Votum des Europäischen Parlaments zur **Novelle der Industriemissionsrichtlinie**, insbesondere die Beibehaltung der Regelungen für die landwirtschaftliche Tierhaltung.

12.07.

DBV-Präsident Rukwied kritisiert das EU-Parlament für das **Ergebnis der Plenarabstimmung zum Naturwiederherstellungsgesetz** als verpasste Chance für effektiven Naturschutz mit Landwirten.

20.07.

Erster DBV-Erntebericht: Die Wintergerste sorgt in weiten Teilen des Landes für einen guten Start in die diesjährige Ernte. Auch qualitativ kann die Wintergerste überzeugen, vereinzelt wird allerdings von Schmachtkorn und niedrigen Eiweißgehalten berichtet.



Quelle: DBV

AUGUST

03.08.

Zweiter DBV-Erntebericht: In vielen Teilen Deutschlands haben die reichlichen Niederschläge der zurückliegenden 14 Tage dafür gesorgt, dass die Mähdrescher oft auf dem Hof stehen bleiben mussten. Für Weizen und Roggen deutet sich ein allenfalls durchschnittliches Erntergebnis an. Für die folgenden Wochen braucht es dringend eine stabilere und vor allem trockenere Wetterlage.

KW 34

Das Lenkungsgremium der Strategie 2030, mit dem DBV als Mitglied, plant eine Positionierung zur Forschungspolitik und ein Pilotprojekt mit dem Fraunhofer-Institut zur Verbesserung von Produktions- und Verbrauchsvorhersagen. Auch wird die

Fortsetzung der Branchenkommunikation „Initiative Milch 2.0“ über 2024 hinaus erörtert.

22.08.

Die DBV-Pressekonferenz zum **Ernteabschluss** findet in Berlin statt. Der Deutsche Bauernverband prognostiziert eine unterdurchschnittliche Getreideernte und bezeichnet die Situation als „echte Zitterpartie“.



Quelle: DBV

24.08.

Nach einer späten Verschärfung der **Mindestbodenbedeckungspflicht (GLÖZ 6)** fordert der DBV von der EU-Kommission eine rasche Korrektur des Vertrauensbruchs gegenüber den Landwirten im GAP-Strategieplan.

30.08.

DBV-Präsident Rukwied kritisiert die erneute **Absenkung des Umsatzsteuer-Pauschalierungssatzes im „Wachstumschancengesetz“** und fordert eine Korrektur.

31.08.

Der DBV nimmt an einer Konferenz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Zukunft der Milchviehhaltung teil. Das BMEL veröffentlicht daraufhin einen 4-Punkte-Plan, den der DBV teilweise kritisiert.

SEPTEMBER

04.09.

Verbunden mit einem **aktuellen Informationspapier** setzt sich der **DBV nachdrücklich gegen den geplanten Kahlschlag der Bundesregierung** zu Lasten der Agrarstruktur und der ländlichen Räume bei den GAK-Mitteln im Bundeshaushalt 2024 ein.

06.09.

Anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel fordert der DBV in einer Resolution die Ministerpräsidenten auf, sich gegenüber Kommissionspräsidentin von der Leyen für eine **Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes im EU-Recht** auszusprechen.

07.09.

In Zusammenarbeit mit dem DBV und der German Agri Food Society (GAFS) findet das AHA-Event **„Alles auf Start:Up! Was ist dran am Protein-Hype?“** statt.

20.09.

Der DBV lehnt pauschale Stilllegungsvorhaben in der GAP-Förderung ab und fordert vereinfachte Ökoregelungen. Er betont die gemeinsame Verantwortung von EU, Bund und Ländern für praktikable Konditionalitätsvorgaben.

20.09.

Der DBV lädt zum Grummet-Fest ins Haus der Land- und Ernährungswirtschaft ein.

21.09.

75 Jahre Deutscher Bauernverband - Anlässlich seines 75-jährigen Bestehens blickt der DBV im Rahmen eines Festaktes in Berlin auf zahlreiche Errungenschaften zurück und zeichnet ein Zukunftsbild für die kommenden Jahre. Bundeskanzler Olaf Scholz hält die **Festrede** zu Ehren des Bauernverbandes.



Quelle: DBV



Quelle: DBV

20.-21.09.

Die Kreisvorsitzendentagung findet in Berlin statt.



Quelle: DBV

29.09.

In einer gemeinsamen **Erklärung zum Erntedank 2023** machen der dlV, die EKD, die KLB und der DBV auf den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen aufmerksam.

OKTOBER

01.10.

Die traditionelle und feierliche Übergabe der Erntekrone an den Bundespräsidenten findet in Talle, Nordrhein-Westfalen, statt.



Quelle: DBV

01.10.

Das Gesetz zur Erleichterung der baulichen Anpassung von Tierhaltungsanlagen an die Anforderungen des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes tritt in Kraft.

KW 41/42

Der DBV vertritt die Interessen der deutschen Milcherzeuger auf dem **IDF-Weltmilchgipfel** in Chicago, USA. Der Gipfel ist die jährliche Konferenz des globalen Milchsektors, auf der sich über 1.000 Teilnehmer aus der ganzen Welt zum Austausch treffen.

10.10.

Die im Jahr 2017 gewählte Vertreterversammlung der SVLFG beschließt einen Beitragsmaßstab für die landwirtschaftliche Krankenversicherung ab dem Jahr 2025.

Die konstituierende Sitzung der in den Sozialwahlen 2023 gewählten Vertreterversammlung der SVLFG findet statt.

12.10.

Der DBV äußert sich nach der Bekanntgabe eines Konzepts von Bundesumweltministerin Lemke für **„Schnellabschlüsse“ bei Problemwölfen** kritisch. Die Vorschläge sind völlig unzureichend und nicht geeignet, die offensichtlichen Probleme für die Weidetierhaltung zu lösen.

24.10.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments unterstützt knapp die Empfehlungen **der Berichterstatterin Sarah Wiener (GRÜNE) zur Sustainable Use Regulation (SUR)**. Der DBV kritisiert, dass damit erneut eine Chance vertan wurde, die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie gemeinsam zu erreichen.

24.10.

Der **DBV-Veredlungstag** findet in Cloppenburg, Niedersachsen, statt. Die Veranstaltung bietet Lösungsansätze, um Schweine-

produzenten dabei zu unterstützen, auch unter wachsendem gesellschaftlichen Druck sowie Preisdruck eine stabile Existenz aufrechtzuerhalten.



Quelle: DBV

25.10.

Das jährliche Spitzentreffen von DBV und BÖLW mit DBV-Präsident Joachim Rukwied, DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken und DBV-Öko-Landbau-Fachausschussvorsitzendem Henrik Wendorff, seinem Vize Carsten Niemann und der BÖLW-Vorstandsvorsitzenden Tina Andres sowie BÖLW-Vorstand Landwirtschaft Hubert Heigl und dem geschäftsführenden BÖLW-Vorstand Peter Röhrig findet in Berlin statt.

26.10.

DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken nimmt als Experte zum Gesetzentwurf Solarpaket I am Bundestagausschuss Klima und Energie beratend teil: klare Positionierung gegen die Duldungspflicht, die im Solarpaket für private Grundstücke vorgesehen ist.

NOVEMBER

06.11.

In einem gemeinsamen [Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages](#) fordern der DBV und weitere Verbände weitere Anpassungen im parlamentarischen Verfahren zum Wachstumschancengesetz.

06.11.

Der DBV fordert im Rahmen der Sachverständigenanhörung im Deutschen Bundestag zum Düngegesetz die Streichung der Stoffstrombilanz und mehr Verursachergerechtigkeit im Düngerecht.

14.11.

Das [DBV-Mentoringprogramm „Kompass“](#) ist gestartet. Die Initiative des DBV-Fachausschusses Unternehmerinnen will mit dem Programm gezielt Frauen in der Verbandsarbeit fördern.



Quelle: DBV

15.11.

DBV-Präsident Rukwied stellt vor breitem Publikum das [Diskussionspapier für eine GAP-Förderung nach 2027](#) vor, das mit den Landesbauernverbänden entwickelt wurde und sich an den Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft orientiert.

16.11.

Die EU-Kommission folgt ihren ständigen Fachbehörden und verlängert Wirkstoffgenehmigungen für Glyphosat um 10 Jahre.

20.11.

Auf Grundlage der Beratungen der „AG Goslar“ verdeutlicht der DBV anlässlich der [Sonderagrarministerkonferenz](#) zu mittelfristigen Umsetzung und langfristigen Weiterentwicklung der GAP-Förderung die Anliegen der Landwirte für bessere Ökoregelungen, praxistaugliche Konditionalität sowie mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

21.11.

Mit Blick auf die [Europawahl im Juni 2024](#) veröffentlicht der DBV seine Kernanliegen für die Legislaturperiode 2024 bis 2029.

23.11.

Die geplante Verordnung [SUR scheidet](#) im Europäischen Parlament. Pauschalverbote und praxisferne Vorgaben, die die Existenz vieler landwirtschaftlicher Betriebe gefährdet hätten, werden von einer Mehrheit der Abgeordneten klar abgelehnt.

23.-26.11.

Der DBV ist mit einem Stand bei der Bundesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Karlsruhe präsent.



Quelle: DBV

27.11.

Der DBV startet die [Videokampagne ZukunftsBauer](#). Darin erklären Landwirtinnen und Landwirte aus ganz Deutschland, mit welchem Selbstverständnis und welchen Maßnahmen sie an der Lösung von Zukunftsfragen auf ihren Höfen wie auch in Branchenorganisationen mitwirken.

29.11.

Weidetierhalterverbände kündigen die Mitarbeit im Bundeszentrum für Weidetiere und Wolf aus Protest gegen die Wolfspolitik der Bundesregierung.

30.11.

Überreichung einer [gemeinsamen Erklärung](#) zum Thema Wolf und Weidetierhaltung an Bundesumweltministerin Lemke bei der Umweltkonferenz in Münster.

DEZEMBER

02.12.

Einigung zwischen dem GLFA und der IG BAU über eine neue tarifliche Zusatzversorgung. Der alte Tarifvertrag zur Zusatzversorgung war arbeitgeberseitig zum 31. Dezember 2020 gekündigt worden.

07.12.

Der DBV veröffentlicht seinen [50. Situationsbericht](#). DBV-Präsident Joachim Rukwied erklärt vor der Presse, dass trotz steigender Betriebsergebnisse wenig investiert wird, bedingt durch unsichere politische Rahmenbedingungen. Rukwied fordert eine stabile Politik zur Förderung von Investitionen und zur Bremsung des Strukturwandels.



Quelle: DBV

08.-10.12.

Der DBV ist mit einem Stand auf dem Bundesparteitag der SPD in Berlin präsent.



Quelle: DBV

13.12.

Der DBV lehnt das Vorhaben der Ampel-Koalition, den sogenannten [Agrardiesel für die Land- und Forstwirtschaft zu streichen](#), als absolut inakzeptabel ab.

15.12.

Unter dem Motto: [„Zu viel ist zu viel! Jetzt ist Schluss!“](#) ruft der DBV gemeinsam mit den Landesbauernverbänden zu einer Demonstration und Kundgebung in Berlin auf.

18.12.

Der DBV veranstaltet am Brandenburger Tor eine Großdemonstration gegen die geplanten Kürzungen der Ampel-Koalition. Zwischen 8000 und 10.000 Teilnehmer und 3000 Trecker nehmen an der Protestaktion teil. DBV-Präsident Rukwied for-

dert die Ampel-Koalition zur Rücknahme von Einsparplänen beim Agrardiesel und der Kfz-Steuer auf und kündigt weitere Protestaktionen an. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir stellt sich den protestierenden Bäuerinnen und Bauern und spricht vor der Menge. Er kündigt weitere Beratungen in der Regierung dazu an.



Quelle: DBV

20.12.

Die Europäische Kommission schlägt vor, den [Schutzstatus für den Wolf herabzusetzen](#). Grundlage ist eine Tiefenanalyse, bei der sich der DBV im Voraus beteiligt hatte.

22.12.

Nach den vielen Diskussionen im GAP-Antragsjahr 2023 um teils praxisferne Vorgaben bei der Konditionalität sowie schlecht konzipierte Ökoregelungen und schließlich einer ersten EU-seitig genehmigten [Änderung des Nationalen GAP-Strategieplans mit zaghaften Verbesserungen](#) gibt der DBV ein Update und Ausblick auf das zweite Jahr 2024 der GAP-Förderperiode.



Quelle: Adobe Stock / Countrypixel

Impressum

Herausgeber:
Deutscher Bauernverband e.V.
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Telefon: 0 30 - 3 19 04 -0
Telefax: 0 30 - 3 19 04 -205
E-Mail: presse@bauernverband.net
Internet: www.bauernverband.de

Redaktion: Dr. Anni Neu
Layout und technische Umsetzung: dieMAYREI GmbH

Berlin, Juni 2024

ISSN: 2748-8756

